

Protokoll der 23. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Freitag, dem 15. Januar 1993, 9.00 Uhr in Bonn, Bundeshaus, Sitzungssaal NH 1903; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit“

Inhalt

Eröffnung

Vorsitzender Rainer Eppelmann 4

Vorträge

Karl Wilhelm Fricke 7

„Das Ministerium für Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument der SED – Kontinuität und Wandel“

Thomas Rudolph 19

„Die Bearbeitung von Kirche, Kultur und Opposition durch die Dienst-einheiten der Linie XX des MfS – Verantwortung, Funktion, Methodik“

Diskussion 31

Zeitzeugen und Experten: „Die Arbeit des MfS mit inoffiziellen Mitarbeitern“ (Gesprächsleitung Martin Gutzeit)

Klaus Schwalm 48

Hans-Joachim Memmler 52

Walter Schilling 56

Franz Pfitzenreuter 60

Lothar Tautz 66

Michael Altwein 67

Irena Kukutz 68

Heinz Busch 72

Zeitzeugen und Experten: „Die Bearbeitung von Bürgern in Operativen Personenkontrollen (OPK) und Operativen Vorgängen (OV)“ (Gesprächsleitung Gerd Poppe)

Reinhard Schult 76

Katrin Eigenfeld 81

Vinzenz Gerlach 85

Benno Gerlach	89
Bernhardt Simon	92
Diskussion	95

Anlagen

– Schaubild: Strukturschema des MfS (Stand: 1.10.1989)	117
– Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit vom 8. Februar 1950	118
– Statut des Ministeriums für Staatssicherheit (1969)	119

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, Sie alle bei dieser öffentlichen Anhörung über das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR hier im Bonner Bundeshaus begrüßen zu können. Die Anhörung wird veranstaltet von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die sich die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland zur Aufgabe gesetzt hat.

Um diesem Auftrag gerecht zu werden, arbeitet die Enquete-Kommission, unterstützt von ihrem Sekretariat, mit zahlreichen Wissenschaftlern und Zeitzeugen zusammen, die ihr Wissen in Expertisen, in Dokumentationen und Forschungsprojekte einbringen.

Neben diesen Aktivitäten, die eine längere Anlaufzeit benötigen und auch in ihrer Durchführung oft recht zeitaufwendig sind, stehen gleichberechtigt die öffentlichen Anhörungen. Diese geben einerseits Gelegenheit zur unmittelbaren und persönlichen Begegnung mit Menschen, die von der SED-Diktatur zu Opfern gemacht wurden, andererseits sollen sie auch denen, die auf sehr unterschiedliche Weise am Erhalt und Ausbau der SED-Diktatur beteiligt waren, die Möglichkeit bieten, sich zu ihren Motiven, Erfahrungen und heutigen Einsichten zu äußern.

Die äußere Form der öffentlichen Anhörung stellt ein Forum her, auf dem zumindest Ansätze jenes Gesprächs praktiziert werden können, die zustande kommen müssen, wenn die Geschichte und die Folgen der SED-Diktatur in Deutschland wirklich aufgearbeitet werden sollen. Ich danke deshalb all denen, die durch ihr Erscheinen und ihre Teilnahme an dieser Anhörung bekunden, daß sie zu solcher Aufarbeitung bereit sind und sie betreiben und unterstützen wollen.

Bei der heutigen Anhörung geht es um das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und damit um jene Behörde, die bis zum Ende der DDR das ganze Land durchsetzt hatte. Wenn in späteren Zeiten einmal der DDR gedacht werden sollte, dann wird sich solches Erinnern immer und vielleicht bei vielen sogar zuerst mit diesem Instrument verbinden, dessen inzwischen üblich

gewordene Bezeichnung „Stasi“ eine eigentlich unzulässige Verharmlosung darstellen würde, wüßten wir nicht, daß in solchem Verharmlosen auch etwas vom verzweifelten Mut jener aufgehoben ist, für die der Staatssicherheitsdienst eine alltägliche und sehr reale Bedrohung gewesen ist.

In der Einladung zur heutigen Anhörung habe ich zu verdeutlichen versucht, daß es uns hier um die Strukturen und um die Entscheidungsabläufe innerhalb des Ministeriums geht, nicht aber um Fragen, die in Richtung persönlicher Verantwortlichkeit zielen. Diese Selbstbegrenzung nochmals an dieser Stelle zu unterstreichen erscheint mir als unbedingt notwendig.

Verständlicherweise richtet sich in der Öffentlichkeit ein starkes Interesse auf das Problem: Wer arbeitete mit der Staatssicherheit zusammen? Was waren seine Motive dafür? Worin bestand seine Arbeit? Wem schadete er damit? Welchen persönlichen Nutzen hatte er davon? Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Alle diese Fragen sind berechtigt, und wir dürfen deshalb auch nicht aufhören, diese und ähnliche Fragen zu stellen. Aber auch eine Enquete-Kommission kann ihre Arbeit nur ordentlich tun, wenn sie sorgfältig überlegt, einen Schritt nach dem anderen tut. Wer anders vorgehen möchte, wird rasch ins Stolpern geraten und damit Unsicherheiten hervorrufen, die nur denjenigen nützlich sein können, denen heute alles an einer Verwischung von klaren Unterschieden des moralischen Handelns der Menschen gelegen ist.

Was das Ministerium für Staatssicherheit war, wie es arbeitete, was es anrichtete und woran es schließlich scheiterte, das also sind die Fragen, die uns heute beschäftigen sollen.

Am 8. Februar 1990 hätte das Ministerium für Staatssicherheit seinen 40. Jahrestag feiern sollen, wenn es da noch die DDR gegeben hätte. Die Tischkarten für dieses Jubiläum waren bereits gedruckt. Das erinnert übrigens fatal an jene Tischkarten, die auf der Festtafel aus Anlaß der Eroberung Leningrads 1944 verwendet werden sollten. Auch dieses Galadiner hat niemals stattgefunden.

Die Tischkarten zum 40jährigen Jubiläum des MfS sind geschmückt mit dem Emblem der Staatssicherheit, dem Schwert und dem Schild, das in den Farben der DDR gehalten war und deren Staatswappen zeigte. Darüber sind die Ministerworte, also die Mielke-Worte, zu lesen: „Sozialismus und Frieden – Sinn unseres Kampfes“. Nimmt man den Minister für Staatssicherheit wirklich beim Wort, so wird man feststellen dürfen, daß auch hier Anspruch und Wirklichkeit in einer Weise auseinanderklaffen, die zum Schluß für große Teile der DDR kennzeichnend geworden war.

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR sah sich von Anfang an in der Traditionsfolge der stalinistischen Geheimpolizei, die nur derjenigen Menschen wirklich sicher sein konnte, die sie im Archipel Gulag zumeist auf Nimmerwiedersehen festgesetzt hatte. Sicher konnte man nur derjenigen sein, denen man alle Menschenrechte genommen hatte, und am sichersten

war man sich derer, die darüber dann auch ihre Menschenwürde verloren. In der Praxis der stalinistischen Geheimdienste verlor der einzelne Mensch aber diese Würde schon dadurch, daß er nur als Material behandelt wurde, das man zunächst bearbeitete und aufklärte, bevor man es manipulierte und mißbrauchte, was im Stasijargon bezeichnenderweise als „Krümmen“ bekannt war. Das Material mußte so lange verformt werden, bis es den Zwecken der Machthaber auf optimale Weise entsprach. Wo Menschen aber nur noch als Material wahrgenommen, bearbeitet und eingesetzt werden, da werden sie in einem im wahrsten Sinne des Wortes unmenschliche Parallele zu jenem Material gesetzt, über das der Staatssicherheitsdienst gleich in kilometerlangen Reihen verfügte.

Für das plötzliche Ende der DDR sind gewiß viele Gründe zu nennen. Da ist auf den Mut derjenigen hinzuweisen, die sich in den Friedens- und Menschenrechtsgruppen zusammenfanden und schließlich mit ihrer Ausdauer viele Menschen im Herbst 1989 ansteckten. Da sind die zum Schluß unlösbar werdenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der sozialistischen Planwirtschaft zu nennen. Da müssen die weltpolitischen Machtverschiebungen beachtet werden, die die SED-Diktatur ihrer wichtigsten Sicherheitsgarantie, der Soldaten der UdSSR, beraubte. Da darf aber auch nicht der innere Zersetzungsprozeß übersehen werden, der vom Staatssicherheitsdienst selbst ausging. Dieser konnte sich zum Schluß selber nicht mehr steuern, weil er die lebendigen Menschen nur noch als Material sah und mißbrauchte. Die Unmenschlichkeit führte sich damit selber ad absurdum.

Über die Einzelheiten dieses Prozesses werden wir in der heutigen Anhörung – so hoffe ich – sehr viel Aufschlußreiches hören können. Das kann uns helfen, die Geschichte besser zu verstehen.

Aber die Enquete-Kommission des Bundestages, die diese Anhörung veranstaltet, will ja nicht nur die Geschichte der SED-Diktatur, sondern auch deren Folgen in Deutschland aufarbeiten. Auch darum geht es bei dieser Anhörung. In einem Brief, der uns vor kurzem erreichte, heißt es sehr bitter:

Außer mir wird kaum jemand Fragen stellen. Die Abhängigkeiten sind zu groß, die Leute haben zuviel Angst. So weit ist es schon gekommen. So sieht die Versöhnung aus – eine Versöhnung in der Lüge, eine Versöhnung auf dem Rücken der Opfer. Macht gesellt sich zu Macht.

Ich kann die Gefühle der Briefschreiberin nachempfinden. Diese Anhörung will einen Beitrag dazu leisten, daß weiterhin Fragen gestellt werden, daß Abhängigkeiten nicht zu übermächtig werden, daß die Angst nicht weiter wächst. Diese Anhörung soll gegen eine Versöhnung in der Lüge und auf dem Rücken der Opfer angehen. Diese Anhörung soll ein Zeichen dafür setzen, daß es nicht so einfach nach der Regel gehen darf: Macht gesellt sich zu Macht.

Wenn das gelingt – und ich hoffe das –, dann ist die Enquete-Kommission auf

dem richtigen Wege. Möge der heutigen Anhörung in diesem Sinne Erfolg beschieden sein.

(Beifall)

Wir hören nun zunächst zwei Vorträge, den ersten von Herrn Karl Wilhelm Fricke, Deutschlandfunk Köln, und den zweiten dann von Herrn Thomas Rudolph aus Dresden. Ich bitte Herrn Fricke um das Wort.

Karl Wilhelm Fricke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf mein Referat mit der These einleiten, daß das Ministerium für Staatssicherheit in seiner fast 40jährigen Geschichte stärker durch Kontinuität als durch Wandel geprägt worden ist und daß dort, wo Wandel eintrat, dieser quantitativer, nicht qualitativer Natur gewesen ist. Die Kontinuität des MfS war im wesentlichen durch seine Funktion als konstitutives Herrschaftsinstrument der SED bestimmt – und diese Funktion war ihm sowohl unter der Ägide Walter Ulbrichts als auch unter der Ägide Erich Honeckers zugeordnet. Die 47 Tage des glücklosen Generalsekretärs Egon Krenz stellen in diesem Zusammenhang eine zu vernachlässigende Größe dar.

Die Staatssicherheit der DDR war, anders gesagt, zu jeder Zeit ihres Bestehens ein wichtiges – wahrscheinlich das wichtigste – Herrschaftsinstrument der Staatspartei oder, um Hermann Weber zu zitieren, „ein Instrument der SED-Bürokratie zur Aufrechterhaltung ihrer Macht“ bestimmt dazu, „das Sicherheitsbedürfnis der führenden Parteilique“ zu befriedigen. Sie hat den Überwachungs- und Unterdrückungsapparat auch jederzeit unter politischer Kontrolle gehabt. Das MfS war nicht „Staat im Staate“. Wer das Gegenteil behauptet, mindert die historische Verantwortung der SED für die Schuld der Staatssicherheit. „Schild und Schwert der Partei“ sollte und wollte die Staatssicherheit sein. Ohne die Herrschaft der SED wäre das MfS nicht geschaffen worden – das ist richtig –, aber ohne das MfS wäre die Herrschaft der SED auch nicht zu realisieren gewesen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß Entstehung und Tätigkeit des MfS – Rainer Eppelmann hat es schon angedeutet – nur im Kontext zur Geschichte der sowjetischen Sicherheitsorgane zu begreifen sind. Es wurde mit deren tätiger Unterstützung aufgebaut, es übernahm bis in Details hinein die Strukturen und die Arbeitsmethodik der sowjetischen Tschekisten. Lange Zeit wurde das MfS durch sowjetische Instruktoren bzw. Berater gesteuert und kontrolliert. Das änderte sich erst, als im Verhältnis des MfS zum KGB aus Subordination Kooperation wurde.

Gleichwohl hat das historisch begründete enge Zusammenwirken von MfS und KGB bis zum Herbst 1989 gedauert, bis zur friedlichen Revolution in der DDR. Es basierte auf einer vertraglichen Grundsatzvereinbarung, die durch Protokolle und Arbeitspläne regelmäßig aktualisiert und ergänzt wurde. Seit 1979 war das MfS auch in das „System der vereinigten Speicherung von Daten über den Gegner“ einbezogen, einen elektronischen Datenverbund der

Geheimdienste der Staaten des Warschauer Paktes, dessen Rechenzentrum beim KGB in Moskau eingerichtet war.

Ähnlich wie in der Sowjetunion war auch in der DDR die Einordnung des MfS in die von stalinistischen Machtstrukturen geprägte Staats- und Rechtsverfassung an einer gesetzlichen Bestimmung nicht festzumachen. Das am 8. Februar 1950 in der Volkskammer einstimmig beschlossene Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit bestand aus lediglich zwei Paragraphen, in denen die Umbildung der bis dahin dem Ministerium des Innern unterstellten Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit sowie das Inkrafttreten des Gesetzes zum Zeitpunkt seiner Verkündung festgelegt waren.

Allerdings war von vornherein klar, daß das MfS primär zur inneren Herrschaftssicherung geschaffen wurde. In den ersten Jahren seiner Existenz kam das auch dadurch zum Ausdruck, daß der als „Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ getarnte Außenpolitische Nachrichtendienst der DDR beim Ministerium für auswärtige Angelegenheiten angebunden war. Erst mit Wirkung vom 1. September 1953 wurde das IWF als Hauptabteilung XV in den Apparat der Staatssicherheit eingegliedert.

Zu diesem Zeitpunkt bestand die Staatssicherheit übrigens nicht als selbständiges Ministerium, sondern als Staatssekretariat mit relativer Eigenständigkeit innerhalb des Ministeriums des Innern. Denn als Konsequenz aus dem Aufstand vom 17. Juni 1953 wurde nicht nur der erste Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, seines Amtes entbunden, sondern durch Beschluß vom 23. Juli 1953 wurde auch die Staatssicherheit in das MdI, in das Ministerium des Innern, integriert, und zwar unter Leitung von Ernst Wollweber, der als Staatssekretär und Stellvertreter des Innenministers firmierte.

Dieser Zustand dauerte knapp zweieinhalb Jahre. Am 24. November 1955 erhielt die Staatssicherheit ihre Eigenständigkeit als Ministerium zurück, formell genommen – faktisch hatte es sich ohnehin autonom behaupten können. Wollweber wurde zum Minister berufen, verlor freilich sein Amt zwei Jahre später an Erich Mielke, der zum 1. November 1957 das Amt des Ministers für Staatssicherheit übernahm und bis zum bitteren Ende behalten sollte – für genau 32 Jahre!

Durch Gesetz waren die Kompetenzen des MfS, wie gesagt, nicht geregelt. Zu seinen Aufgaben und Zuständigkeiten ergingen statt dessen interne Bestimmungen – Statuten, Richtlinien, Befehle, Dienstanweisungen –, die strengster Geheimhaltung unterlagen. Meiner Auffassung nach beruhte das Fehlen eines Gesetzes, das die Kompetenzen des MfS überprüfbar definiert und begrenzt hätte, nicht auf einem Versäumnis – es war gewollt. Die Einbindung der Macht der Staatssicherheit in den Rahmen eines Gesetzes wäre mit den Prinzipien stalinistischer Herrschaft kaum vereinbar gewesen.

Das nach meiner Kenntnis zuletzt gültige Statut des MfS – das im Gegensatz

zu den im Gesetzblatt veröffentlichten Statuten anderer DDR-Ministerien zur „Geheimen Kommandosache“ deklariert worden war – wurde am 30. Juli 1969 vom Nationalen Verteidigungsrat der DDR bestätigt. Das MfS wurde darin „als Sicherheits- und Rechtspflegeorgan“ mit dem Auftrag charakterisiert, „die staatliche Sicherheit und den Schutz der Deutschen Demokratischen Republik“ zu gewährleisten. Zitat:

„Die Tätigkeit des MfS konzentriert sich auf die Aufklärung und Abwehr zur Entlarvung und Verhinderung feindlicher Pläne und Absichten der aggressiven imperialistischen Kräfte und ihrer Helfer.“

Ergänzend zu dieser Bestimmung in § 1 waren in § 2 des Statuts folgende Hauptaufgaben niedergelegt – ich darf sie im Wortlaut zitieren –:

- „– feindliche Agenturen zu zerschlagen, Geheimdienstzentralen zu zersetzen und andere politisch-operative Maßnahmen gegen die Zentren des Feindes durchzuführen ...;
- entsprechend den übertragenen Aufgaben, alle erforderlichen Maßnahmen für den Verteidigungszustand vorzubereiten und durchzusetzen;
- Straftaten, insbesondere gegen die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, den Frieden, die Menschlichkeit und Menschenrechte sowie gegen die Deutsche Demokratische Republik – also sogenannte Staatsverbrechen – aufzudecken, zu untersuchen und vorbeugende Maßnahmen auf diesem Gebiet zu treffen;
- die zuständigen Partei- und Staatsorgane rechtzeitig und umfassend über feindliche Pläne, Absichten und das gegnerische Potential sowie über Mängel und Ungesetzlichkeiten zu informieren;
- die staatliche Sicherheit in der Nationalen Volksarmee und den anderen bewaffneten Organen zu gewährleisten;
- im Zusammenwirken mit ... dem Ministerium für Nationale Verteidigung und dem Ministerium des Innern die Staatsgrenze mit spezifischen Mitteln und Methoden zu schützen und unter Einbeziehung der Zollverwaltung ... den grenzüberschreitenden Verkehr zu sichern; (sowie)
- eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.“

Selbst in der verschleiernenden Terminologie dieses Statuts deutet sich an, wie umfassend die dem MfS zugewiesenen Hauptaufgaben waren. Die besondere Gefährlichkeit aber lag in der Bündelung seiner weder administrativ noch parlamentarisch kontrollierten Kompetenzen als politische Geheimpolizei DDR-intern, als geheimer Nachrichtendienst DDR-extern und als Untersuchungsorgan in allen im Sinne des Regimes schweren politischen Strafsachen begründet.

Das Wachregiment „Felix Dzierzynski“, das zuletzt mit rund 11 000 Mann Divisionsstärke erreicht hatte, war als Verfügungstruppe des MfS ein zusätzlicher, nach innen wirkender Machtfaktor.

In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, daß das MfS seine Aufgaben laut Statut in erster Linie auf der Grundlage des Programms der SED sowie der Beschlüsse des Zentralkomitees und des Politbüros der SED verwirklichen sollte. Erst an dritter Stelle nannte das Statut die Verfassung sowie die Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer, in deren Rahmen das MfS tätig werden sollte; danach spezifizierte das Statut weitere staatliche Rechtssetzungen, zumal solche des Nationalen Verteidigungsrates, die für das MfS verbindlich sein sollten.

In aller Regel bezogen sich im übrigen Richtlinien, Dienstanweisungen und Befehle des MfS ausdrücklich auf grundsätzliche Beschlüsse der SED, wobei nicht nur ein abstrakter Führungsanspruch der Partei postuliert wurde, sondern gelegentlich auch operative Maßnahmen durch Rückgriff auf einschlägige Parteibeschlüsse begründet wurden.

Für Erich Mielke war das MfS – ich zitiere – ein „zuverlässiger Schild und scharfes Schwert der Partei“. Er hat sein Credo unermüdlich bekräftigt, aber seine Bekenntnisse waren keineswegs nur verbale Pflichtübungen, wie die folgende, einer Rede vom 16. Januar 1986 entnommene Äußerung belegt:

Die gründliche Klärung der Frage „wer ist wer?“ in jedem Verantwortungsbereich – darin eingeschlossen auch die Feststellung, auf wen sich die Partei verlassen kann – ist und bleibt eine politisch-operativ äußerst bedeutsame Aufgabenstellung. Und das gilt für alle operativen Diensteinheiten. Wir müssen der Partei auch zuverlässig sagen können, auf welche Menschen, standhafte Kämpfer und fähige Fachleute sie sich fest verlassen kann, für wen wir die Verantwortung übernehmen.

Laut Statut leitete der Minister das MfS „nach dem Prinzip der Einzeileitung“. Obwohl ihm ein Kollegium zur Seite stand, dessen zuletzt 13 Mitglieder er selbst berufen hatte, war er „persönlich für die gesamte Tätigkeit des MfS verantwortlich“ – so § 8 des Statuts.

Verantwortlich wem? De facto weder der Volkskammer noch dem Staatsrat oder dem Ministerrat, als dessen Organ das MfS de jure galt. Verantwortlich war der Minister für Staatssicherheit letztlich eben – Hermann Weber – der „führenden Parteiclique“ mit dem Generalsekretär an der Spitze.

Dienst in der Staatssicherheit wurde als – auch das ist ein Zitat – „spezifische Parteiarbeit“ begriffen. Wilhelm Zaisser und sein Nachfolger mußten jeweils mit ihrem Sturz bezahlen, daß sie das ignoriert hatten. Demgegenüber gründete Mielke seine Karriere auf bedingungsloser Loyalität gegenüber der Partei. Sie war nicht unbedingt identisch mit seiner Loyalität gegenüber der jeweiligen Nummer eins in der Führung der SED. Im Gegenteil: In dem Augenblick, da er von der Notwendigkeit eines personellen Wechsels in der Spitze im Interesse der Partei überzeugt war, stellte er sich 1971 mit Honecker gegen Walter Ulbricht, 1989 mit Krenz gegen Erich Honecker – vermutlich stets mit Rückendeckung durch das KGB.

Wirksamster Hebel zur Durchsetzung dessen, was die SED die „führende Rolle der Partei“ in der Staatssicherheit nannte, war einerseits die Kaderpolitik. Andererseits sorgten dafür die in allen Dienstseinheiten der Staatssicherheit existierenden Grundorganisationen und Parteigruppen der SED.

Kaderpolitik hieß planmäßige Auswahl aller hauptamtlichen Mitarbeiter durch das MfS selbst. Sogenannte Selbstbewerber wurden nicht eingestellt. Das MfS versprach sich davon politische Zuverlässigkeit und Schutz vor dem Eindringen von Klassenfeinden. Den Einstellungen gingen umfangreiche Überprüfungen voraus. Nicht selten erfolgten die Einstellungen dann formal auf Weisung der SED – im Wege des sogenannten Parteiauftrags.

Wie in allen Schlüsselstellungen in Staat und Gesellschaft der DDR waren auch im MfS alle Führungspositionen mit Nomenklaturkadern nach den Richtlinien des ZK der SED zu besetzen – mit zuverlässigen, parteierprobten Genossen, die nach der Nomenklatur des Zentralkomitees der SED ausgesucht, bestimmt und dementsprechend eingestellt wurden.

Zusätzliche politische Kontrolle der Staatssicherheit versprach sich die SED-Bürokratie von der Einbindung von Generalen und Offizieren des MfS in die Parteileitungen aller Ebenen: Durch ihre Mitgliedschaft im Zentralkomitee, in den Bezirksleitungen, in den Kreisleitungen der SED waren so MfS-Strukturen mit der Parteibürokratie auch personell verquickt. Auch von daher sollte jeder Verselbständigung des Überwachungs- und Unterdrückungsapparates als Staat im Staate entgegengewirkt werden. Es paßt in dieses Konzept, daß Erich Mielke seit 1971 – mithin seit dem Wechsel Ulbricht/Honecker – im Politbüro der SED präsent gewesen ist, seit 1971 als Kandidat, seit 1976 als Mitglied des Politbüros.

Neben der Kaderpolitik realisierte die Parteibürokratie ihren Führungsanspruch im MfS durch die in allen Strukturen bestehenden Parteiorganisationen. In keiner anderen Institution der DDR war der Organisationsgrad der SED so hoch wie unter den Angehörigen der Staatssicherheit. Mit Ausnahme des Wachregiments „Feliks Dzierzynski“ und einiger wissenschaftlich-technischer Bereiche des MfS gab es keine Dienstseinheiten, in denen die hauptamtlichen Mitarbeiter nicht vollzählig Mitglieder oder Kandidaten der SED gewesen wären.

Die Parteiorganisation der SED im MfS arbeitete nach besonderen, selbstverständlich auch geheimen Instruktionen des Zentralkomitees. Sie gestaltete innerhalb der Staatssicherheit ein ähnliches „Parteileben“ mit regelmäßigen Versammlungen und Schulungen, wie es die SED auch sonst allenthalben vorexerzieren ließ, freilich immer speziell auf die Belange des MfS abgestellt. Die Spitze bildete eine Kreisleitung mit Sekretariat, das von dem 1. Sekretär der Kreisleitung des MfS geleitet wurde – zuletzt ein Generalmajor namens Horst Felber. Sein bürokratischer Apparat umfaßte in der Endzeit der Staats-

sicherheit mehr als 150 hauptamtliche Mitarbeiter, woran sich ermessen läßt, welchen Stellenwert die Parteiarbeit im MfS besessen hat.

Strukturell hatte die Führung der SED Zugriff auf den Apparat des MfS durch den im Sekretariat des Zentralkomitees für Sicherheitsfragen zuständigen Sekretär des ZK – zuletzt, vor seiner Wahl zum Generalsekretär der SED, war das rund sechs Jahre lang Egon Krenz. Da er, zugleich Mitglied des Politbüros, für die Umsetzung der Militär- und Sicherheitspolitik der SED verantwortlich war, hatte Krenz Einfluß auf alle relevanten einschlägigen Entscheidungen, auch in bezug auf das Ministerium für Staatssicherheit. Wenn er heute so tut, als habe er keine Ahnung von dem gehabt, was wirklich vorging, so muß darin ein penetranter Täuschungsversuch gesehen werden und sonst nichts.

In seiner Funktion als ZK-Sekretär unterstand Krenz im Apparat des Zentralkomitees die Abteilung Sicherheitsfragen, die für die politische Anleitung und Kontrolle der bewaffneten Organe und damit auch der Staatssicherheit zuständig war. Seit 1985 unter Leitung von Wolfgang Herger, steuerte sie speziell auch die Parteiorganisation der SED im MfS. Mit anderen Worten: Die Abteilung Sicherheitsfragen hatte mit Hilfe der Parteiorganisation die ideologische Disziplinierung und politische Mobilisierung der hauptamtlichen Mitarbeiter im MfS zu gewährleisten. Leistung und Zuverlässigkeit der Staatssicherheit in der operativen Arbeit wären ohne sie kaum denkbar gewesen. Wo sie unter sich waren, die Kader der Staatssicherheit, etwa auf internen Partei- und Dienstkonferenzen haben sie auch nie ein Hehl daraus gemacht.

Mielke am 16. Januar 1986 auf einer Delegiertenkonferenz der Hauptverwaltung Aufklärung:

„Die Partei- und Grundorganisationen müssen mit darauf achten, daß nirgends von der operativen Lage und Praxis losgelöste, vom tschekistischen Kampf wegführende, philosophische Betrachtungsweisen Fuß fassen können. Derartige Theoretisierereien können wir nicht gebrauchen. Was wir brauchen, ist Parteilichkeit, Objektivität und Wissenschaftlichkeit im Denken und Handeln unserer Genossen, die Verkörperung der Einheit von marxistisch-leninistischer Theorie und operativer Praxis.“

Bei einer Analyse des Beziehungsgeflechts zwischen SED und MfS ist schließlich ihre strukturelle Vernetzung durch den Nationalen Verteidigungsrat und die ihm nachgeordneten Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen in Betracht zu ziehen. Die Einsatzleitungen, die auf Bezirks- und Kreisebene existierten, auch in Berlin, waren Führungs- und Koordinierungszentren des Nationalen Verteidigungsrates in ihrem Bereich, die in normalen Zeiten regelmäßig tagten, um Fragen der militärischen und der inneren Sicherheit zu beraten und in ihre Zuständigkeit fallende Entscheidungen zu treffen. In Spannungszeiten, auch bei „ernsthafter Gefährdung der staatlichen Sicherheit“ – so Statut –, konnten sie ad hoc einberufen werden.

Laut Statut waren für die Einsatzleitungen auch Parteibeschlüsse unmittelbar

verbindlich, nicht nur staatliche Rechtsvorschriften. Verbindlich waren auch Befehle des Generalsekretärs der SED, der ja zugleich Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates war, sowie der 1. Sekretär der Bezirks- und Kreisleitungen, die jeweils auch Vorsitzende der Einsatzleitungen auf Bezirks- bzw. Kreisebene waren. Ihre Weisungsbefugnis erstreckte sich - was in diesem Zusammenhang besonders interessiert - auch auf den jeweiligen Chef der Bezirksverwaltung oder Kreisdienststelle der Staatssicherheit. In Spannungszeiten fungierten der Nationale Verteidigungsrat und seine Organe sowie die Einsatzleitungen folglich unmittelbar als operative Führungsorgane der Parteibürokratie. Der Unterschied zwischen Partei und Staat war de facto aufgehoben.

Zurück zum MfS, dem eigentlichen Gegenstand meines Referats: Sein Charakter als Herrschaftsinstrument der SED bedingte logischerweise, daß der Apparat der Partei und seine hauptamtlichen Mitarbeiter von der Staatssicherheit nicht operativ bearbeitet werden durften - im Gegensatz zu den Blockparteien und Massenorganisationen, in die inoffizielle Mitarbeiter und Offiziere im besonderen Einsatz eingeschleust wurden.

Das Fehlen einer gesetzlichen Begrenzung seiner Befugnisse hat die Zuständigkeiten des MfS mehr und mehr ausufern lassen. In seiner Endzeit gliederte sich der Apparat horizontal in 13 Hauptabteilungen und 20 selbständige Abteilungen, ferner in mehrere zentrale Arbeitsgruppen, Stäbe und Verwaltungen - darunter die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe ZAIG mit weit über 400 Planstellen - sowie schließlich in die Hauptverwaltung Aufklärung, zu welcher 1956 die hauptsächlich für Spionage zuständige Hauptabteilung XV aufgewertet worden war.

Die Spitze des MfS bildeten der Minister und seine vier Stellvertreter mit genau abgegrenzten Aufgabenbereichen und Zuständigkeiten, wobei eine Analyse ergibt, daß Mielke etwa genausoviel Kompetenz an sich gezogen hatte wie seine vier Stellvertreter zusammen.

Im Statut waren dazu keine Bestimmungen enthalten, auch nicht zur vertikalen Struktur, die sich in Bezirksverwaltungen des MfS in Ost-Berlin und den 14 Verwaltungsbezirken der DDR sowie in zuletzt 211 Kreisdienststellen und einer Anzahl sogenannter Objektdienststellen gliederte; Objektdienststellen existierten z. B. in Großbetrieben wie dem Kernkraftwerk Greifswald oder den Leuna-Werken „Walter Ulbricht“ oder auch an der Technischen Universität Dresden. Ihre Zahl variierte im Laufe der Zeit, das MfS entschied darüber nach reiner Zweckmäßigkeit, nicht selten übrigens auf Weisung der Partei.

Das Beispiel bestätigt die generelle Erfahrung, daß der Apparat des MfS strukturell wie personell ständig den politischen Erfordernissen der Herrschenden angepaßt wurde. So wurde, um konkret zu sein, mit dem Inkrafttreten des Grundlagen-Vertrages und der erwarteten relativen Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen die elektronische Aufklärung zur Überwachung

des innerdeutschen Fernsprechverkehrs enorm ausgebaut. Zuletzt hatte sie über 3000 Planstellen.

Als sich mit Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte die Ausreisebegehren häuften, entstand mit Hunderten von Planstellen im MfS die Zentrale Koordinierungsgruppe mit nachgeordneten Bezirkskoordinierungsgruppen, die ausdrücklich damit beauftragt waren, das Verlassen der DDR koordiniert zu bekämpfen. Als die Devisenbeschaffung für die DDR-Wirtschaft zu einer existentiellen Bedingung wurde, schuf sich das MfS als selbständige Abteilung den Bereich Kommerzielle Koordinierung zu dem Zweck, die Geschäfte Alexander Schalck-Golodkowskis abzuschirmen und unter Kontrolle zu halten.

Pointiert formuliert, ließe sich in der Geschichte des MfS wie unter einem Brennglas die Geschichte der SED-Diktatur anschaulich machen. Auch die letztlich absurde Hypertrophierung des Personalbestandes im MfS belegt diesen Zusammenhang. Nach gewiß noch vorläufigen Recherchen belief sich der Personalbestand im ersten Jahr des MfS, also 1950, auf 1 000 hauptamtliche Mitarbeiter. Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 wurde er erheblich aufgestockt. Die Zahl für 1954 lautet 11 700. Drei Jahre später, als Mielke zum Minister berufen wurde, hatte die personelle Stärke bereits 17 500 erreicht. Die Tendenz zu unverhältnismäßiger Expansion setzte also schon in den fünfziger Jahren, zu Zeiten Walter Ulbrichts, ein.

In den folgenden anderthalb Jahrzehnten bis kurz nach dem Machtwechsel Ulbricht/Honecker stieg der Personalbestand auf 52 700 – die Zahl für 1973. Wiederum anderthalb Jahrzehnte später war der Kaderbestand auf 85 600 gewachsen. Das jedenfalls ist die Zahl, die am Runden Tisch genannt wurde. Vielleicht waren es sogar noch mehr, vielleicht waren es sogar 97 000 hauptamtliche Mitarbeiter, wie man in jüngster Zeit aus der Gauck-Behörde hören kann. Wer die hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter dazurechnet, die in Scheinarbeitsverhältnissen vom MfS finanziert waren, kann diese Zahl durchaus für realistisch halten.

Im Kontext dazu ist die Hypertrophierung des Bestandes an Inoffiziellen Mitarbeitern zu sehen. Es gehört zu den am Runden Tisch verbreiteten Legenden unter der Regierung Hans Modrow, daß die „totale flächendeckende Überwachung“ in der DDR erst seit Mitte der achtziger Jahre angestrebt worden wäre - mit Erlaß der allerdings fatalen Dienstanweisung 2/85 zur „vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit“. Sie war tatsächlich dazu bestimmt, die Überwachung und Repression politisch Andersdenkender wirksam zu verstärken. Aber tatsächlich wurde die allgegenwärtige Spitzelei bereits seit den fünfziger Jahren systematisch organisiert.

Erste Richtlinien über den Aufbau eines auch damals schon sogenannten inoffiziellen Netzes ergingen am 20. September 1950. Mit der Richtlinie 21 vom 20. November 1952 wurde in offizieller Darstellung des MfS -

ich zitiere - „auf der Basis einer wissenschaftlichen Analyse erstmalig ein zusammenfassendes Dokument über die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern geschaffen“.

Nach dem 17. Juni 1953 ist eine deutliche Ausweitung des inoffiziellen Netzes zu beobachten – veranlaßt übrigens durch eine Entschließung des 15. Plenums des ZK der SED, auf dem Zaisers Sturz sanktioniert und die Abwehr- und Aufklärungsarbeit als „auf einem äußerst niedrigen Niveau“ stehend kritisiert worden waren. Die später erlassenen Richtlinien 1/58, 1/68 und 1/79, jeweils zur Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern, belegen gleichsam dokumentarisch die Bürokratisierung und Formalisierung des Spitzelunwesens in der DDR, den Auf- und Ausbau eines verdeckten Informationsnetzes so engmaschig und weitverzweigt wie möglich.

Gebessert – „gebessert“ im Sinne des Regimes selbstverständlich - hat sich im Laufe der Zeit die Qualität der Inoffiziellen Mitarbeiter: Sie wurden zuverlässiger, sie arbeiteten häufig aus Überzeugung, zumindest mit größerer Bereitwilligkeit als in der Frühzeit der DDR.

Unklar blieb bis heute die Zahl der Inoffiziellen Mitarbeiter. Die Regierung Modrow ließ sie am Runden Tisch auf „etwa 109 000“ beziffern, der frühere Stasi-General Heinz Engelhardt will von 180 000 wissen, Bürgerrechtler sprechen von „mehreren hunderttausend“ IM. Diese Größenordnung halte ich für realistisch, sie dürfte der Wirklichkeit am nächsten kommen.

Konkret belegbar ist bislang immerhin der IM-Bestand in einzelnen Bereichen. Die mit Abstand größte Zahl Inoffizieller Mitarbeiter wies in der Zentrale des MfS die Hauptabteilung I - „Abschirmung der Streitkräfte“ - mit ca. 15 000 IM auf. Besonders dicht war die „inoffizielle Durchdringung“ – das sind Zahlen des MfS, wohlgemerkt - mit 1 : 20 in den Grenztruppen: auf zwanzig Grenzer ein Spitzel! Demgegenüber wiesen die Landstreitkräfte der Nationalen Volksarmee mit 1 : 100 die „niedrigste inoffizielle Durchdringung“ auf, wie es heißt.

Belegt ist mit über 5 000 IM der Bestand Inoffizieller Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Halle, einer von 15 Bezirksverwaltungen. Für die Bezirksverwaltung Suhl ist eine Zahl von gut 4 000, für die Bezirksverwaltung Leipzig von knapp 10 000 nachgewiesen. Das, meine Damen und Herren, sind die Dimensionen. Dabei ist zu bedenken, daß 53 % aller IMs von den Kreisdienststellen des MfS geführt wurden, mehr als von den Bezirksverwaltungen und der Zentrale zusammen.

Zu diesem Kapitel Staatssicherheit nur noch kurz der Hinweis auf eine Einsatzvariante im inoffiziellen Netz des MfS, die Mielke 1968 eingeführt hat: Die Rede ist von der Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz, den sogenannten OibEs, sowohl der Abwehr wie der Aufklärung. Es waren ausgewählte Stasi-Offiziere, die unter Legendierung ihres Dienstverhältnisses mit dem MfS auf der Grundlage eines besonderen Arbeits- oder Dienstverhält-

nisses in sicherheitspolitischen bedeutsamen Positionen im Staatsapparat, in der Volkswirtschaft oder in anderen Bereichen der Gesellschaft tätig waren.

In Schlüsselpunkten hatten die OibEs spezifische Leitungs- und Überwachungsaufgaben zugleich wahrgenommen, selbstverständlich ohne als Offiziere des MfS erkennbar zu sein. Zum Beispiel waren OibEs im Außenministerium tätig, im Ministerium des Innern, in den Leitungen von Kombinat und Außenhandelsbetrieben, zumal im Bereich Kommerzielle Koordinierung. Bis zum 28. September 1990 hatte die DDR-Volkskammer 3 030 Offiziere im besonderen Einsatz enttarnt - davon 2 448 in der Abwehr, 582 in der Aufklärung. Die Dunkelziffer ist bis heute nicht ermittelt.

In der Endzeit des Regimes ersann Mielke zusätzlich zu den OibEs die sogenannten U-Mitarbeiter, die Unbekannten Mitarbeiter, sozusagen „die Geheimsten der Geheimen“, die „besonderen Anforderungen zur Gewährleistung der Konspiration und Geheimhaltung“ unterlagen. Vermutlich hatten sie Stasi-Mitarbeiter, aber auch andere hohe Staats- und Wirtschaftsfunktionäre zu kontrollieren, die unter Verdacht von Feindkontakten geraten waren. Ob die Zahl der U-Mitarbeiter jemals genau recherchiert werden kann, steht dahin.

Genutzt hat aller Aufwand nichts. Die rund 4 Milliarden Mark, auf die in der Endzeit der DDR der Jahresetat des MfS jeweils kam, bedeuteten vergeudetes Geld. Zuletzt ist die Staatssicherheit an ihrer eigenen Informationsflut gescheitert. Sie litt an einer von ihr selbst hervorgebrachten Krankheit, indem die Überfülle der Informationen den Apparat des MfS zur Ineffizienz verdammt. Von der Führungsspitze der SED wurden sie kaum noch zur Kenntnis genommen, sie blieben zumindest in den achtziger Jahren ohne Einfluß auf die politische Entscheidungsfindung.

Diese Entwicklung beruhte nicht auf der Unfähigkeit des MfS, sondern auf seiner absurden Sicherheitsdoktrin, durch die Überwachung und Unterdrückung in der DDR als Garantien für politische Stabilität mißverstanden wurden.

Dabei haben grundsätzlich alle Dienstseinheiten der Staatssicherheit zusammengewirkt. Es machte mithin durchaus keinen prinzipiellen Unterschied, ob ein Mitarbeiter des MfS bei der Abwehr tätig war oder bei der Aufklärung. Die Legende, die Hauptverwaltung Aufklärung habe sich von westlichen Geheimdiensten eigentlich nur durch die entgegengesetzte Stoßrichtung unterschieden, zerbröckelt allmählich. Tatsächlich bestand eine enge wechselseitige Kooperation zwischen Abwehr und Aufklärung. Gerade darin lag ja der Vorzug einer Bündelung aller Kompetenzen im MfS. Die „Kundschafter an der unsichtbaren Front“ sammelten nicht nur geheime Informationen aller Art, sie übten sich auch im illegalen Waffen- und Technologietransfer, sie betrieben Desinformation und andere „aktive Maßnahmen“ bis hin zu gezielter Diffamierung und Erpressung politischer Gegner im Operationsgebiet, sie waren auch aktiv in die Eindämmung der Ausreisebewegung und in die Unterdrückung der inneren Opposition in der DDR einbezogen.

Letztlich kann ein Unterschied zwischen Mitarbeitern der Aufklärung und der Abwehr nur aus der Arbeitsteilung abgeleitet werden, generell arbeiteten sie für dieselbe Zielsetzung. Sie wußten auch alle, was sie taten. Von fehlendem Unrechtsbewußtsein kann meiner Auffassung nach kaum die Rede sein. Kein Offizier der Staatssicherheit war unwissend genug, um sich nicht im klaren darüber zu sein, für wen und gegen wen er tätig zu sein hatte, welche Rechtsverletzungen in der Arbeit des MfS alltäglich waren. Einfach lachhaft daher die unlängst in einem „Spiegel“-Interview gemachte Äußerung Mielkes: „Wir haben kein Recht gebrochen.“

Der Bruch selbst geltenden DDR-Rechts reicht von der fortgesetzten Mißachtung bürgerlicher, speziell justitieller Grundrechte, zumal in den MfS-eigenen Untersuchungsgefängnissen, bis zur Strafvereitelung aus politischem Kalkül, bis zur Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung, bis zu Tötungsdelikten - von Menschenraubaktionen und Mord im Operationsgebiet ganz zu schweigen.

Ungesetzlich – und zwar auch nach DDR-Recht - war ebenso die Präjudizierung politischer Strafurteile durch die Hauptabteilung IX des MfS und die ihr nachgeordneten Abteilungen IX in den Bezirksverwaltungen. Sie waren für Ermittlungen und Untersuchungen zuständig. Sie verfügten DDR-weit über nicht weniger als 1 244 Vernehmungsoffiziere. Durch manipulierte Untersuchungsergebnisse haben sie entweder im unmittelbaren Auftrag der Parteibürokratie oder - auch das ist dokumentarisch zu belegen - mit deren Wissen oft vorwegentschieden, was hernach die Strafgerichte in ihren Urteilen juristisch zu formalisieren hatten.

Wie das konkret geschah, darf ich an einem Schreiben des damaligen Generalstaatsanwalts Ernst Melsheimer vom 16. Juli 1957 an die Abteilung Staats- und Rechtsfragen im Zentralkomitee der SED exemplifizieren. Melsheimer übersandte dem Abteilungsleiter Klaus Sorgenicht seine Anklageschrift gegen Walter Janka und andere, die er mit den Worten kommentierte:

Sie hält sich eng an den Schlußbericht des Ministerium für Staatssicherheit, der, wie mir der Genosse Mielke mitteilte, vom Politbüro gutgeheißen wurde.

Danach teilte Melsheimer die beabsichtigten Strafanträge mit und schloß sein Schreiben wie folgt:

Ich nehme an, daß wie in früheren Fällen, auch dieses Mal eine Abschlußbesprechung mit dem Genossen Ziegler, – das war damals der Vizepräsident des Obersten Gerichts – dem Genossen Mielke und mir in Deiner Abteilung stattfinden wird.

Hier dürfte quasi entschieden sein, welches Urteil das Oberste Gericht hernach, also zehn Tage später, am 26. Juli 1957 gesprochen hat. Die höchstrichterliche Entscheidung war vom MfS vorgegeben und von der Parteibürokratie sanktioniert worden.

Selbst Todesurteile wurden durch die Staatssicherheit vorwegentschieden. Aus zeitlichen Gründen will ich mir sparen, das ausführlicher darzulegen. Sollte Informationsbedarf bestehen, kann das in der Diskussion nachgetragen werden.

Ich muß es mir auch versagen, im Rahmen dieses Referats auf die Praktiken des MfS einzugehen, auf die Bearbeitung Operativer Vorgänge, auf die Vorgehensweise bei Operativen Personenkontrollen, auf die Usancen bei der Postkontrolle, auf Lauschangriffe verschiedenster Art. Über die Skrupellosigkeit beim Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter, speziell der Diensteinheiten der Linie XX, wird Thomas Rudolph referieren, vermutlich auch über die Vorbereitungen zur Isolierung und Internierung potentieller Regimegegner im Spannungsfall.

Ein kurzer Blick vielleicht noch auf die Qualität der hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Generell waren die Kader des MfS politisch zuverlässig und ideologisch diszipliniert, schließlich waren sie sorgfältig ausgesucht. Ihre fachliche Befähigung wurde im Laufe der Jahre erkennbar verbessert. 1983 verfügten 12 300 hauptamtliche Mitarbeiter über einen Universitäts- oder Hochschulabschluß, 30 000 waren Fachschulabsolventen.

Es waren aber nicht nur politische Zuverlässigkeit und militärischer Gehorsam, wodurch die Kader motiviert wurden. Auch Angst hat die Staatssicherheit zusammengehalten. Die Lösung des Dienstverhältnisses war nur unter Schwierigkeiten möglich. Aussteiger wurden sozial geächtet und unter Kontrolle gehalten, sogenannte Verräter unnachsichtig zur Rechenschaft gezogen – im Regelfall mit dem Tode bestraft. Mielke hat an seiner Abschreckungsphilosophie bis in die achtziger Jahre hinein festgehalten. Zitat aus einem Schlußwort auf einer Kollegiumssitzung vom 19. Februar 1982 – und ich betone noch einmal, es ist absolut authentisch, es liegt sogar ein O-Ton vor –:

Wir sind nicht davor gefeit, daß auch mal ein Schuft unter uns sein kann. Wir sind nicht gefeit dagegen. Leider. Wenn ich das schon jetzt wüßte, dann würde er ab morgen schon nicht mehr leben. Ganz kurzen Prozeß! Aber weil ich Humanist bin, deshalb hab' ich solche Auffassung. . . . Und das Geschwafel, von wegen und so weiter . . . nicht hinrichten und nicht Todesurteil – alles Käse, Genossen.

Todesurteile gegen Verräter aus den Reihen der Staatssicherheit sind zeitweilig zur Abschreckung sogar in den Diensteinheiten durch Tagesbefehl bekanntgegeben worden. Mindestens acht gegen Offiziere des MfS verhängte und vollstreckte Todesurteile habe ich bis heute recherchieren können. Die letzte Hinrichtung erfolgte am 26. Juni 1981. Die Dunkelziffer kennt niemand.

Ich komme zum Schluß: Eine politisch-psychologische Konsequenz der Instrumentalisierung der Staatssicherheit durch die SED bestand in dem Fehlen jedes Widerstands gegen die Liquidierung des MfS nach der revolutionären Wende in der DDR – sieht man einmal davon ab, daß planmäßig MfS-Akten beiseite

geschafft oder vernichtet wurden. Mit dem politisch-ideologischen Verfall der Staatspartei verfiel auch die ideologische Motivierung und politische Mobilisierung der hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Mit der Krise der SED kam auch das MfS in die Krise. Von irgendeiner kämpferischen Selbstbehauptung der Tscheakisten der DDR ist nie zu hören gewesen. Ein Staat im Staate, wäre das MfS denn ein solcher gewesen, hätte er sich nicht ohne weiteres liquidieren lassen. Da sich die Existenz des MfS jedoch ausschließlich aus seiner Funktion als Herrschaftsinstrument der SED herleitete, war sie mit dem Ende der Staatspartei auch selbst beendet.

Natürlich kam ein weiteres machtpolitisches Moment von weitreichender Konsequenz hinzu: In der entscheidenden Situation enthielt sich das KGB, das in der DDR personalstark vertreten war, jeglicher Solidarität mit dem MfS. „Als es uns an den Kragen ging, hatten wir keine moralische Hilfe mehr vom KGB“, hat der schon erwähnte Stasigeneral Heinz Engelhardt bekundet. „Die haben uns schnell fallengelassen.“

Gewiß hat auch dieser Umstand erheblich dazu beigetragen, daß Verfall und Auflösung des MfS-Apparates in der Zeit der Wende ohne Widerstand erfolgt sind, daß aus den Reihen der Staatssicherheit keinerlei Versuche unternommen wurden, sich dieser Entwicklung aktiv zu widersetzen. Letztlich demonstrierten die Kader der Staatssicherheit auch damit, daß mit dem historischen Debakel der SED auch der Daseinszweck des MfS politisch obsolet geworden war.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Karl Wilhelm Fricke. Es drängt uns sicher, Fragen zu stellen. Ich verzichte aber zunächst darauf, eine solche Fragerunde durchzuführen, und bitte den nächsten Referenten – ich hoffe, daß wir im Anschluß daran noch etwas Zeit haben, Fragen zu stellen –, Stasi-Auflöser in Leipzig, Archivleiter des Forschungszentrums für die Verbrechen des Stalinismus in Dresden, den vorhin schon genannten Thomas Rudolph. Bitte, Herr Rudolph.

Thomas Rudolph: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Werte Damen und Herren! Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß ein Schriftsteller, Sportler oder Kirchenmann als Inoffizieller Mitarbeiter der Hauptabteilung XX der ehemaligen Staatssicherheit benannt wird. Beträchtliche Teile einer interessierten Öffentlichkeit diskutieren mit, wenn es um Manfred Stolpe, Katharina Witt, Heiner Müller oder den Trompeter Ludwig Güttler geht. Und Oppositionelle, ob unter oder außerhalb der Kirche, wurden – so meint zumindest die große Öffentlichkeit – von der Hauptabteilung XX bearbeitet. Die Hauptabteilung XX gilt mittlerweile als das Instrument zur Unterdrückung schlechthin. Der Rest war Sicherung von Wirtschaft und Verkehr oder eben Spionageabwehr und Aufklärung, wie es noch jeder Staat getan hat.

Diese Trennung in einen quasi völkerrechtlich üblichen und einen die Menschenrechte mißachtenden Teil des MfS verkennt die Struktur und Methodik der Staatssicherheit vollständig. Die Bezeichnungen der Abteilungen als „Sicherung der Wirtschaft“, „Sicherung von Post- und Verkehrsverbindungen“, „Spionageabwehr“, „Aufklärung“ u. a. geben vielmehr den Ort oder den Sicherungsbereich an. Sie setzen zwar Schwerpunkte der Arbeit, aber letztlich finden Aufklärung und Abwehr immer in allen Abteilungen statt.

So heißt es in der Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit z. B., daß die Hauptverwaltung Aufklärung, die rechtzeitige Aufklärung und beweiskräftige Dokumentierung der Pläne, Absichten und Maßnahmen feindlicher Führungszentren und Kräfte zur Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und anderen sozialistischen Staaten zu gewährleisten hat.

Bedenkt man, daß die Abteilung XV der Bezirksverwaltung Leipzig für ihre Arbeit mehrere hundert Inoffizielle Mitarbeiter in der DDR als Kurier, zur Beobachtung oder Absicherung ihrer rund 50 West-IM oder richtiger „IM im Operationsgebiet“ hatte, die höchstens zweimal in die Bundesrepublik bzw. in das sogenannte NSW reisen durften, so ist klar, daß sich die Abteilung XV für die restlichen Wochen für diese Inoffiziellen Mitarbeiter noch einen Maßnahmeplan ausgedacht hat. In einem Dokument der Abteilung XV der Bezirksverwaltung Leipzig liest es sich dann so:

IM „Albert“ Verbindung halten zur Aufklärung des Bistums Meißen, IM „Ellipse“ Aufklärung der Reformationsfeiernvorhaben der Evangelischen Kirche, GMS „Gieseler“ – Vater CDU-Funktionär – Kontakte zu Kirchenkreisen knüpfen, Reinhold Höfer Kontrolle und Beeinflussung des Sohnes, Frank Schlosser Aufklärung von Übersiedlern im Bereich der Ehefrau, IM „Manuel“ Bearbeitung eines Operativen Vorganges eines Schriftstellers, IM „Teichmann“ Bearbeitung eines weiteren Operativen Vorganges eines bildenden Künstlers.

Ich könnte das jetzt noch eine Weile fortsetzen, aber daran wird deutlich, denke ich, daß die Inoffiziellen Mitarbeiter der so „sauberen“ Hauptverwaltung Aufklärung von Markus Wolf außer bei diesen zwei Westreisen im Jahr sehr massiv nach innen gearbeitet haben.

Dies ergibt sich auch aus anderen Gründen fast ganz von selbst. Selbstverständlich mußte jeder Inoffizielle Mitarbeiter auch Berichte über sich selbst und seine Lebensumstände abgeben. Und so schreibt dann ein Inoffizieller Mitarbeiter in einem Bericht:

Eines der Hauptthemen dieser Gruppe ist die Ablehnung des aktiven Wehrdienstes und die Forderung nach einer nicht staatlich organisierten unabhängigen Friedensbewegung. Außerdem würden alle die Jugend interessierenden Probleme freimütig diskutiert, dort herrscht ja Meinungs-

freiheit. Mein Sohn hatte sich bereit erklärt, nach Absolvierung der Lehre zur Kriminalpolizei zu gehen, jetzt scheint das nicht mehr so zu sein. Er berichtet begeistert von einem stattgefundenen Treffen dieser Gruppe in Wilkau, wo frei über Schule, Arbeit und Politik diskutiert wurde. Auf personelle Einzelheiten ging er nicht ein, da er nicht zum Verräter an seinen Kumpels werden könne

usw. usf.

Zur Übermittlung solcher Informationen aus der Hauptverwaltung Aufklärung von Markus Wolf und später Werner Großmann wurden in den Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen Stellen für Verbindungsoffiziere eingerichtet. So gab es Verbindungsoffiziere in die Abteilung II, die Spionageabwehr, in die Abteilung XVIII, Sicherung der Volkswirtschaft, in die Abteilung XIX, Sicherung von Post- und Verkehrswesen, in die Abteilung XX und selbstverständlich in jede Kreisdienststelle einer Bezirksverwaltung. Ich denke, Sie sehen hieran sehr gut, wie intensiv die Hauptverwaltung Aufklärung an der Durchdringung und Bekämpfung von Kirche, Kultur und Opposition beteiligt war.

Ähnlich wie bei der Aufklärung verhält es sich bei der Spionageabwehr. Es ging in der Spionageabwehr wie in der Aufklärung auch um die Informationsgewinnung aus der Bundesrepublik, aus den Diplomatischen Vertretungen oder von westlichen Journalisten über das Denken und Handeln von Künstlern, Kirchenmännern und Oppositionellen bzw. die Informationskontakte von diesen zu bevorrechteten Personen oder Bundesbürgern. Aber auch neue Erkenntnisse über Kirche, Kultur und Opposition kamen als sogenannte Ersthinweise von der Spionageabwehr ohne Aufforderung zur Abteilung XX, die davon vorher noch gar nichts gewußt hatte.

So heißt es z. B. in einem Informationsbericht der Abteilung II der Bezirksverwaltung Dresden an die Auswertungs- und Kontrollgruppe und an die Abteilung XX:

Von dem ... ist bekannt, daß er fünf Verwandte hat, die als kirchliche Würdenträger in der DDR tätig sind. In seinem Wirken als FDJ-Sekretär ist er bestrebt, nach außen hin die tatsächlichen Widersprüche in der Kollektiventwicklung zu verschleiern. Zu seinem engsten Freundeskreis gehören nachfolgend aufgeführte Studenten. Der IM schätzt ein, daß der Obengenannte ein harter Verfechter des pazifistischen Kurses der Evangelischen Kirche ist. Der Obengenannte war Träger des Symbols „Schwerter zu Pflugscharen“ am 15.04.82, und der mit ihm befreundete Student ...

usw. usf.

Anschließend wird zu diesen Personen ein Operativer Vorgang durch die Abteilung XX eingeleitet. Nicht die Abteilung XX leitet einen Operativen Vorgang ein, weil sie meint, hier tue jemand etwas Staatsfeindliches im Inne-

ren, sondern die Abteilung II, die Spionageabwehr, gibt einen entscheidenden Hinweis, daß im Inneren Personen bearbeitet werden.

Diese Beispiele ließen sich fortsetzen mit der Hauptabteilung I und der Bearbeitung von Bausoldaten, mit den Vernehmungs- und Festnahmeoffizieren von vermeintlichen Republikflüchtlingen der Abteilung VI, den Untersuchungsorganen der Abteilung IX, welche Rechtskonstruktionen zur Verurteilung von Oppositionellen und Mißliebigen ersann und begutachtete, oder der Abteilung XIV, die in den Untersuchungsgefängnissen des MfS Staatsfeinde zu demoralisieren und zu zersetzen suchte.

Selbst mit den Abteilungen XVIII, Sicherung der Wirtschaft, und XIX, Sicherung von Verkehr und Post, verhält es sich in Leipzig z. B. nicht anders. Selbst unter den nur neun Operativen Vorgängen, die diese beiden Abteilungen der Bezirksverwaltung am 31. März 1989 bearbeiteten, sind einige zu Personen aus nichtstaatlichen Gruppierungen und gegen Übersiedlungsersuchende, kein einziger zu Wirtschaftsfragen oder zu einem Vergehen im Rahmen von Verkehrsdingen.

Die Bearbeitung von Kirche, Kultur und Opposition ist also keine Aufgabe nur der Abteilung XX oder nur der Abwehrdiensteinheiten, sondern das zentrale Thema des MfS. Aber die sogenannten Abwehrdiensteinheiten übernahmen auch Aufklärungsaufgaben in Westdeutschland. Die Abteilungen XX, I und XXII hatten Inoffizielle Mitarbeiter im Operationsgebiet, und alle Dienst-einheiten des MfS waren angewiesen, in den gemeinsamen Speicher der sozialistischen Staaten, auf den Herr Fricke vorhin schon hingewiesen hat, die operativ relevanten Ergebnisse über die westliche Welt einzuspeisen.

Zu den Methoden: Die Methoden lassen sich grob in technische, operativ-taktische und die Methoden der Informationsgewinnung unterteilen.

Mit technischen Hilfsmitteln war das MfS in der Lage, Speicheluntersuchungen durchzuführen, daktyloskopische Untersuchungen, Fährtenhunde einzusetzen, um auf Grund bereits einliegender Geruchskonserven festzustellen, wer dieses oder jenes Flugblatt verteilt hat. Die Abteilung 26 hatte einen Bereich A für Telefonüberwachung, einen Bereich B für Wanzen, einen Bereich D für Bildauswertung, aber sie beschäftigte sich auch mit der Telexkontrolle und dem Einsatz von Sicherungs- und Markierungsmitteln. Die Abteilung M überwachte den Briefverkehr. Zusätzlich gab es einen Schriftenspeicher im Ministerium für Staatssicherheit, wo von jedem Bürger, dessen Schrift man kannte, eine Probe, sein Name und seine Personenkennzahl eingelegt wurden.

Der zweite Bereich wären die operativ-taktischen Maßnahmen und Methoden. Da wären zu nennen: die Zersetzungsmaßnahmen mit Hilfe der Verbreitung von Gerüchten zur Diskreditierung dieser Personen oder die Organisierung beruflichen Mißerfolgs oder die Veröffentlichung auf Grund des gesellschaftlichen Moralkodex kompromittierenden Materials, der Psychoterror mit Hilfe

anonymer Briefe und Anrufe, die Aufgabe von Anzeigen, man würde einen Fernseher verschenken, und in der nächsten Woche noch einmal eine Anzeige, man würde einen Trabant verkaufen, und in der übernächsten Woche, man würde ein Haus verschenken, das alles natürlich mit Wohnanschrift, so daß möglichst viele Personen über Wochen klingelten und fragten, während der Betreffende selbst von nichts wußte.

Oder auch die Methode der Verunsicherung. Man führte die „Operativen Vorgänge“ häufig zu oder inhaftierte sie mehrfach kurz hintereinander. Oder man versuchte sie mit Hilfe einer Anschleusung von Inoffiziellen Mitarbeitern zu verunsichern, die Mißmut und Resignation verbreiteten, oder eben mit Hilfe einer aktiven, wahrnehmbaren Beschattung, bei der tagelang zwei, drei, vier, fünf MfS-Mitarbeiter neben und vor einem gingen, wohin man auch ging.

Oder man versuchte Entscheidungen zu beeinflussen, so Kirchenkongresse, Gruppensitzungen, Synodenbeschlüsse durch die Beeinflussung von, sagen wir, 20 Personen auf einer Veranstaltung, wo 30 waren.

Zu den Methoden der Informationsgewinnung: In der DDR gab es keinen Schutz personenbezogener Daten. Es gab nur die Geheimhaltung aller Daten über die DDR durch den Nationalen Verteidigungsrat, seine Organe, den Wirtschaftsboß Mittag vor der eigenen Bevölkerung. Der Nationale Verteidigungsrat und seine Organe sammelten hingegen genauso wie Wirtschaftsboß Mittag und die SED-Kaderorgane alles Datenmaterial, was sie nur über einen DDR-Bürger bekamen. Mindestens 300 rechnergestützte Datenprojekte haben existiert. Rund 120 verwaltete das MfS. Auf rund 120 weitere, die sich außerhalb des MfS befanden, hatte das MfS ungehinderten Zugriff.

Der Zugangsschlüssel zu diesen Datenbanken war eine jeden Bürger spezifizierende Personenkenzähl. So existierten zu allen Lebensbereichen riesige Datenbänke zu jeder Person. Ich möchte jetzt ganz kurz hintereinander ein paar dieser Projekte nennen, damit Sie eine Vorstellung haben: die Kontenbewegungen der DDR-Bürger, die Geschlechtskrankheiten, der Autobesitz, die Arbeitsstellen, die nicht bezahlten Ordnungsstrafen, die Verwandten, die Versicherungsarten, die Anträge auf Reisen – und selbstverständlich auch die ins sozialistische Lager –, die Mitgliedschaft in Organisationen und Religionsgemeinschaften usw. usf. – 300 insgesamt, nicht jeder war natürlich in jeder enthalten.

Das MfS, die Organe des Nationalen Verteidigungsrates, die SED und Wirtschaftsboß Mittag hatten so zu jeder Person eine riesige rechnergestützte Akte angelegt, auf die das MfS jederzeit Zugriff hatte. Wohl deshalb ist zu den wenigsten DDR-Bürgern eine Akte beim MfS angelegt worden. Es hatte nämlich schon zu jeder Person eben eine rechnergestützte Akte gegeben, wobei viele dieser Akten vom MfS selbst nie gelesen oder benutzt wurden. Das MfS selbst legte nur Personenakten an, wenn es eine Person zur Mitarbeit gewinnen, überprüfen oder als „Feindperson“ liquidieren wollte.

Neben diesen normal anfallenden Informationen, die im Prinzip alle durch die Hauptabteilung XX genutzt werden konnten, gab es noch ein ausgeklügeltes System der inoffiziellen Informationsbeschaffung und des inoffiziellen Informationsaustausches, das von sechs Personengruppen oder Gruppen inoffizieller Informationsbeschaffer getragen wurde:

Erstens die Inoffiziellen Mitarbeiter, wie IMS, IMB usw., und ihre hauptamtlich konspirativ tätigen Mitstreiter, die Offiziere im besonderen Einsatz, die Unbekannten Mitarbeiter und die Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter.

Zweitens die sogenannten Partner des Operativen Zusammenwirkens, die dem MfS direkt berichteten. Auch diese Akten sind minuziös über jeden Partner des Operativen Zusammenwirkens beim MfS geführt worden und liegen dort ein. Leider hat der Gesetzgeber hier vergessen, diese Partner des Operativen Zusammenwirkens so zu behandeln, wie sie das Ministerium für Staatssicherheit behandelt hat, nämlich als Inoffizielle Mitarbeiter.

Drittens die Nomenklaturkader der SED, deren inoffizielle Informationen an die SED auf Nachfrage über die 1. Sekretäre, die Abteilungen Sicherheitsfragen oder die Einsatzleitungen für das MfS beschaffbar waren.

Viertens die sogenannten Inoffiziellen Kriminalpolizeilichen Mitarbeiter und Unbekannten Mitarbeiter der K 1, also des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei, deren Auftragserteilung und Ergebnisabgabe samt Archivierung sowieso beim MfS erfolgten.

Fünftens die Berichterstattung sogenannter B-Beauftragter im Rahmen des Nationalen Verteidigungsrates und der Einsatzleitungen.

Sechstens die durch Inoffizielle Mitarbeiter in der Verwaltung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung beschafften Informationen, welche im Rahmen der Zusammenarbeit der Verwaltung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung dem Ministerium für Staatssicherheit zur Verfügung standen.

Mit Hilfe der Nomenklaturkader, der Partner des Operativen Zusammenwirkens und einiger weniger ausgewählter Inoffizieller Mitarbeiter konnte die Linie XX den beruflichen Werdegang eines Menschen entscheidend mitbestimmen. In den Mitarbeitern des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei und ihren IKM und Unbekannten Mitarbeitern hatte das MfS zudem eine Polizeitruppe, welche ausschließlich im Auftrag des MfS arbeitete und mit der Erarbeitung von Plänen der Zurückdrängung und Aufdeckung von sogenannten staatsfeindlichen Kräften und Aktionen die Abteilung XX maßgeblich unterstützte.

Viele haben die Frage gestellt: Wie viele Inoffizielle Mitarbeiter hat das Ministerium für Staatssicherheit gehabt? Herr Fricke hat vorhin einige Zahlen genannt, ich möchte jetzt einige weitere nennen. So hat die Bezirksverwaltung Rostock insgesamt zum letzten Junitag 1989 9 263, die Bezirksverwaltung Dresden zum letzten Dezembertag 1988 13 733 Inoffizielle Mitarbeiter gehabt.

Diese Zahlen schließen allerdings die Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter, die Inoffiziellen Mitarbeiter im Operationsgebiet und die Hauptamtlichen Mitarbeiter der Abteilung XV aus.

Um einen Vergleich zu machen, wie viele davon in der Abteilung XX einer Bezirksverwaltung gearbeitet haben, müßte man erst die Inoffiziellen Mitarbeiter der Kreisdienststellen abziehen, wenn man dort nicht eindeutig zuordnen kann, für welches Referat sie gearbeitet haben.

Wenn wir davon ausgehen, daß in Rostock 3 952 Inoffizielle Mitarbeiter – das ist wiederum die exakte Zahl für den letzten Junitag 1989 – für die Abteilung der Bezirksverwaltung gearbeitet haben, so haben davon 752 für die Abteilung XX gearbeitet. Damit ist die Abteilung XX in Rostock diejenige Abteilung, die die zweitmeisten Inoffiziellen Mitarbeiter geführt hat, nämlich nach der Abteilung XVIII, die 767 geführt hat, und vor der Abteilung XIX, die 422 geführt hat.

In Leipzig war das Verhältnis so, daß von 3 015 Inoffiziellen Mitarbeitern, die die Bezirksverwaltung zum September 1989 geführt hat, 786 die Abteilung XX geführt hat. An zweiter Stelle steht die Abteilung XVIII und an dritter Stelle mit 440 die Abteilung XIX.

Bei einer so großen Vielzahl von Abteilungen und Referaten wird daran, denke ich, schon deutlich, wie wichtig diese Abteilung XX insgesamt für das MfS war.

Zur Struktur der Abteilung XX: Einen genauen Titel der Abteilung XX kann man nicht nennen. Er ergibt sich aus dem Inhalt. Viele umschreiben das mit Sicherung von gesellschaftlichen Verantwortungsbereichen des Staates, von Organisationen, von Kirchen und eben Bearbeitung von Opposition. Die Abteilung XVIII befaßte sich mit der Sicherung der Wirtschaft, wobei ich allerdings gesagt hatte, daß für Leipzig auch dort vorrangig Oppositionelle und Übersiedlungsersuchende bearbeitet wurden. Die Abteilung XIX ist die Sicherung von Post und Verkehr, wobei ich ebenfalls gesagt hatte, daß dort zumindest in Leipzig eigentlich nur Oppositionelle und Übersiedlungsersuchende bearbeitet worden sind.

Die Hauptabteilung XX gliedert sich in neun Abteilungen. Ich möchte für Sie nur die wichtigsten etwas erläutern, die Ihnen vielleicht auch am bekanntesten sind.

Da wäre zum einen die Abteilung 4 in der Hauptabteilung XX. Das ist die Abteilung, die versucht hat, die Pläne und nicht zuletzt natürlich auch die Kaderpolitik von Kirche zu durchdringen und zu beeinflussen. Dort wurde versucht, eine „operative Kontrolle des politischen Mißbrauchs“, wie es die SED nannte, der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu üben und eine Sicherung und Unterstützung der Politik der Partei in Kirchenfragen zu geben. Gleichzeitig hatte diese Abteilung ganz offizielle

Verbindungen zum ehemaligen Staatssekretariat für Kirchenfragen und zu einzelnen kirchenleitenden Personen.

Eine weitere wichtige Abteilung in der Hauptabteilung XX ist die Abteilung 5. Sie beschäftigt sich mit der vorhin schon genannten Arbeit in das Operationsgebiet. Diese Abteilung hat vier Referate. Das Referat 1 bearbeitet „Feindliche Kräfte und Ausgangspunkte der politischen Untergrundtätigkeit“. Das Referat 2 versucht, „Inspiratoren und Organisatoren der politischen Untergrundtätigkeit“ – so nannte das zumindest das MfS – herauszufinden. Zu denken wäre hier etwa an Jürgen Fuchs, Siegmara Faust oder auch die Herausgeber des Ost-West-Diskussionsforums in Düsseldorf. Im Referat 3 wurden die Anhänger alternativer Gruppierungen und Organisationen, wie der Grünen, von Greenpeace oder anderen, bearbeitet. Im Referat 4 wurde ganz allgemein das Verbindungswesen von Ostdeutschen zu diesen von mir eben genannten Westdeutschen aufzuklären versucht.

Die Abteilung 7 in der Hauptabteilung XX hat im Referat 1 versucht, das Fernsehen und das Filmschaffen in der DDR im Griff zu behalten, im Referat 2 auf das Kulturministerium eingewirkt, im Referat 3 die Presse, ADN und den Rundfunk zensiert und im Referat 4 die Schriftsteller, Verlage und bildenden Künstler an einer selbständigen Veröffentlichung zu hindern versucht. Das Referat 5 beschäftigt sich dann wieder mit der Information, Auswertung und Dokumentation, also der Zusammenfassung und dem Schreiben von Auswertungsberichten an diejenigen, für die das eigentlich gemacht wird, nämlich für die 1. Sekretäre der SED.

In der Abteilung 9 müßte man das Referat 1 als die eigentliche Abteilung der Bearbeitung von Opposition bezeichnen. Im Referat 1 werden die Träger der politischen Untergrundtätigkeit und Intellektuelle bearbeitet, im Referat 2 die Operativen Schwerpunkt Vorgänge, wie etwa der jetzt vom „Spiegel“ veröffentlichte OV „Verräter“ oder andere. Im Referat 3 wurden die feindlichen Stützpunkte und Rückverbindungen untersucht, und im Referat 4 wurde die Bearbeitung bedeutender zentraler, überbezirklicher Operativer Vorgänge und Materialien gemeinsam mit den Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit abgestimmt. Denken Sie hier etwa an überregional tätige Gruppierungen wie die „Frauen für den Frieden“ in der ehemaligen DDR oder die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“.

Ich möchte die Behandlung der Struktur aus Zeitgründen etwas abkürzen und zu den Opfern übergehen.

Wer waren die Opfer des Ministeriums für Staatssicherheit? Es soll 6 Millionen personenbezogene Unterlagen geben. Das sagt zumindest der Bundesbeauftragte Herr Gauck. Dort sollen 4 Millionen DDR-Bürger und 2 Millionen Westdeutsche und Ausländer erfaßt sein. Zieht man davon Sicherheitsüberprüfungen, Kaderunterlagen der hauptamtlichen Mitarbeiter, nicht realisierte Werbungen zu Inoffiziellen Mitarbeitern, IM-Akten und ähnliche Unterlagen

ab, so dürfte sich die Anzahl schon beträchtlich verringert haben, was die Anzahl derer angeht, über die das MfS einen eigenen Untersuchungsvorgang, Operativen Vorgang oder eben eine Operative Personenkontrolle angelegt hat. Bedenkt man des weiteren, daß über viele Personen zwei, drei, vier oder mehr Akten angelegt wurden, so dürfte die Zahl derer, über die ein Untersuchungsvorgang, ein Operativer Vorgang oder eine Operative Personenkontrolle angelegt wurde, bei höchstens 1 Million Personen innerhalb der gesamten 40 Jahre DDR gelegen haben. Konkrete Zahlen hierzu hat der Bundesbeauftragte leider noch nicht veröffentlicht.

Diese Zahlen decken sich mit den genauen Zahlen an Operativen Vorgängen und Operativen Personenkontrollen in den ehemaligen Bezirksverwaltungen Leipzig und Dresden, die bereits vorliegen. Danach hat das Ministerium für Staatssicherheit zum 30. September 1989 im gesamten Bezirk Leipzig 115 Operative Vorgänge geführt, in denen 205 Personen bearbeitet wurden. Von diesen 115 Operativen Vorgängen entfallen 65 auf die Kreisdienststellen, und von diesen 65 wiederum reichlich 40 auf Personen, die dem politischen Untergrund zugerechnet werden. In der Abteilung XX der Bezirksverwaltung selbst wurden 27 Operative Vorgänge geführt. Das ist die reichliche Hälfte der gesamten Operativen Vorgänge. Wenn man sämtliche operativen Vorgänge, die Kirche und Opposition betreffen, zusammenzählt, so muß man sagen, daß 23 Operative Vorgänge im gesamten Bezirk Leipzig außerhalb von Kirche, Kultur und Opposition angefallen sind. Alle anderen betrafen die Bearbeitung eben dieser Personen. Nicht anders verhält es sich mit der Gesamtzahl der Operativen Personenkontrollen für die Bezirksverwaltung Leipzig. Sie betrug am 30. September 1989 670. Davon betrafen wiederum über 500 solche Personen, die der Kirche, der Kulturszene oder der Opposition zuzurechnen waren.

Ähnlich verhält es sich auch in Dresden. Ich möchte nur der Vollständigkeit halber hier auch noch die Gesamtzahl nennen, allerdings für ein Dreivierteljahr früher: Am 31. Dezember 1988 betrug die Gesamtzahl der Operativen Vorgänge für den gesamten Bezirk Dresden 162 und die Gesamtzahl der Operativen Personenkontrollen 754.

Eine Vorstellung über die fast genaue Größenordnung der vom MfS als „innere Feinde“ bearbeiteten Personen ergibt sich trotzdem, nämlich aus den Überblicksdokumenten, die das Ministerium für Staatssicherheit im Auftrag des Nationalen Verteidigungsrates und der Bezirkseinsatzleitungen zur spezifisch-operativen Vorbeugungsarbeit im Spannungsfall bzw. im Verteidigungszustand erstellt hat.

Danach wären, wenn in der DDR das Kriegsrecht verhängt worden oder ein äußerer Spannungsfall, sprich der Kriegszustand, aufgetreten wäre, am 30. November 1988 2 967 Personen innerhalb von 16 Stunden verhaftet worden. Allerdings verschwinden diese dann. Das heißt, sie werden verhaftet,

werden eingeliefert, und nach einer Woche werden die Objekte, in die sie eingeliefert werden, nicht mehr durch die Sicherheitsorgane bewacht. 10 918 Personen wären innerhalb von 24 Stunden in sogenannte Isolierungsobjekte verbracht worden, 71 417 Personen, die durch das MfS erfaßt oder in Kerbblockkarteien bearbeitet waren, wären unter Überwachung gestellt worden, und 865 „unzuverlässige Kader“ wären ebenfalls überwacht bzw. unter der Maßgabe eines kurzfristigen Austauschs aus ihren Positionen entfernt worden.

Auf diese Frage komme ich dann noch einmal zurück.

Diese Zahlen decken sich in etwa, wenn man nämlich die Kriterien für die Einordnung der Personen in die einzelnen Vorbeugungskomplexe nimmt, mit der Anzahl der Operativen Vorgänge, der Operativen Personenkontrollen und der Kerbblockkarteierfassung gegen auffällige DDR-Bürger und Oppositionelle zum 30. November 1988, weil für die Erfassung dieser Personen in diesen Vorbeugungskomplexen genau dieselben Richtlinien und Anweisungen galten wie für das Anlegen von OV, OPK usw. usf.

Zur Frage der Verantwortung und Entscheidungsfindung für die Bearbeitung von Kirche, Kultur und Opposition: Sicher wiegt die politische Indoktrination der Sicherheitskräfte durch die zuständigen Stellen der SED und ihres Politbüros schon schwer genug, um diese Frage für beantwortet zu erklären, doch hat die SED nur allgemeine Aufgabenstellungen zur Informationsgewinnung an das MfS gegeben. Diese waren schon groß genug.

So hat das Ministerium für Staatssicherheit z. B. vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1989 dem damaligen 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden 235 schriftliche Informationen für Partei- und Staatsfunktionäre übermittelt. 210 davon gingen direkt an den 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden. In 67 Fällen bekam sie der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, in 74 Fällen der Stellvertreter für Inneres, in 40 Fällen der Chef der BDVP, in 62 Fällen der 1. Sekretär der Stadtleitung, und in 29 Fällen der Oberbürgermeister.

Reichte den 1. Sekretären der SED diese Informationsübermittlung aus? Reichte es, wenn sie regelmäßig über Schwerpunkte in der Informationstätigkeit bei dem der politischen Untergrundtätigkeit zuzuordnenden Wirksamwerden kirchlicher Amtsträger in Verbindung mit den bestehenden kirchlichen Basisgruppen und ihnen nachgeordneten Arbeitsgruppen, von denen massive Angriffe auf staatliche Positionen ausgegangen sind, informiert wurden, oder wollten nicht gerade die aus der Komintern hervorgegangenen Politbürokraten als kampferprobte Helden, die sich gegenseitig Orden ansteckten, selbst gegen den inneren Feind operativ tätig werden?

Wenn man Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit zu bestimmten, aus der alltäglichen Geschichte des MfS herausragenden Ereignissen durchsieht, finden sich Spuren von mit den Bezirkseinsatzleitungen besprochenen Sicherheitskonzeptionen, von durch die Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitun-

gen bestätigten Maßnahmeplänen. Es scheint, als brächten die Stasi-Unterlagen allein uns allerdings an dieser Stelle nicht weiter. Bei einem „untergeordneten Sicherheitsorgan“, wie Herr Fricke vorhin sagte, ist auch nicht zu erwarten, daß die Führungsunterlagen eben dort liegen.

Den zentralen Schlüssel hierzu bilden jedoch die Unterlagen der sogenannten B-Struktur, also des Nationalen Verteidigungsrates, der Bezirkseinsatzleitungen, der Kreiseinsatzleitungen und ihrer Koordinierungs- und Arbeitsorgane. Nach dem Aufstand am 17. Juni 1953 als Sicherheitsrat innerhalb des MdI geschaffen, war er ab 1960 das Koordinierungs- und Befehls-gremium aller Sicherheitsorgane in der DDR.

Im Statut der Einsatzleitungen, dem grundlegenden Dokument für die Arbeitsweise der Bezirkseinsatzleitungen, das an dieser Stelle weder 1972 noch 1973 noch 1981 geändert ist, lesen wir unter § 217 Abs. 1:

Die Vorsitzenden der Einsatzleitungen und ihre Vertreter im Amt sind gegenüber den Mitgliedern hinsichtlich der Erfüllung der durch den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik gestellten Aufgaben sowie der Durchsetzung der durch die Einsatzleitungen gefaßten Beschlüsse weisungsberechtigt.

Die Bezirkseinsatzleitungen sind kein Koordinierungsorgan, wie bisher gemeinhin angenommen wurde, sondern sie sind ein Befehlsorgan des jeweiligen 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung.

Ähnliche Festlegungen finden Sie auch im Abschnitt XVI des Statuts, wo das Prinzip der Einzelleitung auch für eine Zeitspanne, wo keine erhöhte Einsatzstufe gilt, festgelegt ist. Danach verwirklichen die Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen die Führung über die Mitglieder der Bezirkseinsatzleitungen.

Innerhalb der Unterlagen des Nationalen Verteidigungsrates und der Einsatzleitungen befinden sich entsprechend diesen statuarischen Festlegungen die Grundsatzbefehle von Ministerium für Staatssicherheit, NVA und MdI als Geheime Kommandosache in den Bestätigungen der Inkraftsetzungsprotokolle mit der jeweiligen Unterschrift des Generalsekretärs der SED und des Ministerratsvorsitzenden. Das heißt, jeder wichtige Befehl der Militärs, der Polizei oder der Staatssicherheit wurde vorher vom Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates und vom Ministerratsvorsitzenden abgezeichnet. Erich Mielke war ihr Untergebener.

Dieses Vorgehen setzt sich auf der Ebene der Bezirke auch im operativen Bereich fort. So schreibt z. B. der damalige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden in seiner Auswertung der Ergebnisse der Arbeit der Einsatzleitung im Jahre 1983:

Zur Erfüllung der in meinem Befehl 1/83 gestellten Aufgaben auf dem Gebiet der staatlichen Sicherheit sowie öffentlichen Ordnung und Sicherheit

wurde eine umfassende und erfolgreiche Arbeit geleistet. Die Einsatzleitungen beschäftigten sich regelmäßig mit der konkreten Lage auf ihrem Territorium. Zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit konnten wirksame Verbindungen zur vorbeugenden Verhinderung feindlicher Anschläge in allen Bereichen geschaffen werden. Durch zielgerichtete politisch-operative Maßnahmen wurden Handlungen der Feindtätigkeit frühzeitig aufgeklärt und die Täter inhaftiert.

Weiter schreibt der damalige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung:

Es wurden Vorbereitungen zur Verhinderung und wirksamen Bekämpfung lagebezogener Straftaten sowie zur Präzisierung der Maßnahmen der Personenkontrolle nach Auslösung höherer Stufen der Gefechts- und Einsatzbereitschaft getroffen. Im Ergebnis der regelmäßigen Auswertung der Lage und von besonderen Vorkommnissen und auf Grund der Tatsache, daß die ideologische Diversion nach wie vor Bestandteil der Konfrontationspolitik ist, lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Schwerpunkte der politisch-ideologischen Diversion: eine nach wie vor hohe Anzahl von Ersuchen auf Übersiedlung in die BRD und andere kapitalistische Staaten, die Entwicklung von Aktivitäten reaktionärer Kirchenkreise zur Vorbereitung pazifistischen Gedankengutes und die verstärkte Kontaktpolitik der Bürger der BRD und Berlin-West im Rahmen des Reiseverkehrs.

Konsequenterweise hatte das zur Folge, daß z. B. am 4. Februar 1989 dem 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden ein vom Chef der Bezirksdirektion der Deutschen Volkspolizei und vom Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit erarbeiteter Einsatzplan zur vorbeugenden Verhinderung einer nochmaligen Demonstration am 13. Februar 1989 zur Kenntnis gebracht wurde.

Sie können sich vielleicht erinnern, daß im Jahre 1982 5 000 Personen vor der Frauenkirche in Dresden demonstriert haben und daß es offensichtlich ein Schrecken für die in der DDR damals Herrschenden war, daß auch in Ostdeutschland so viele für den Frieden und für die Abrüstung eingetreten sind.

(Dr. Hans Modrow (PDS/Linke Liste: Es sei mir ein Zwischenruf gestattet: Der Herr Bischof und der 1. Sekretär hatten die Vereinbarung - - Proteste im Auditorium)

- Herr Modrow, wir können dann gern über die Einzelheiten reden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich würde darum bitten, daß wir zunächst den Vortragenden ausreden lassen. Jeder von denen, die hier in dieser Runde sitzen, hat die Möglichkeit, dazu etwas zu sagen. Bitte schön.

Thomas Rudolph: Ihm wurde der Einsatzplan zur Kenntnis gebracht, und er wurde um Zustimmung gebeten. Erst nach der handschriftlichen Bestätigung durch den 1. Sekretär erfolgte die konkrete Umsetzung des

Maßnahmeplanes und die Weitermeldung an den stellvertretenden Minister für Staatssicherheit.

In diesem Maßnahmeplan war festgelegt und bestätigt, daß Einzelpersonen bzw. Personengruppen mit feindlich-negativer Einstellung vorbeugend durch die Sicherheitsorgane bearbeitet werden und die Rädelsführer und Initiatoren in vorbereitete Filtrier- und Zuführungspunkte zugeführt und festgenommen werden sollten. Weiter vorgesehen waren die Einrichtung von vier Sicherungsbereichen, die Führungsstellen von MfS und Polizei, die Festlegung der Zusammenarbeit auch während des Einsatzes selbst zwischen BDVP, Bezirksverwaltung für Staatssicherheit und 1. Sekretär der SED-Stadt- und -Bezirksleitung. Bei Zuführungen sollten die Personalausweise eingezogen werden. Filmen und Fotografieren sollte durch das Einziehen der Kameras und Zuführung verhindert werden. Ferner die Behinderung der Journalisten, unabhängig – ich betone: unabhängig! – davon, ob eine Genehmigung des Außenministeriums vorliegt oder nicht.

Da diese Veranstaltung am 13. Februar 1989 unabhängig von der staatlich verordneten Kundgebung als selbständige Veranstaltung „Pilgerweg“ durch die Dresdner Kirchenleitung angemeldet und genehmigt gewesen ist, ist es verwunderlich, daß trotz dieser rechtlichen Anmeldung ein Maßnahmeplan zur Behinderung von Journalisten mit einer genehmigten Filmerlaubnis des Außenministeriums beschlossen worden ist.

Aber nicht nur bei wichtigen sicherheitspolitischen Fragen entschieden die jeweiligen 1. Sekretäre in operativen Fragen, sondern immer dann, wenn eben erhöhte Stufen der Führungsbereitschaft auf Grund innerer und äußerer Spannungsperioden ausgerufen wurden. Immer dann wurde umstrukturiert. Die 1. Sekretäre übernahmen dann mit ihrer Koordinierungsgruppe und ihren Arbeitsorganen die Befehlsgewalt für die Sicherheitsorgane, und dies nicht nur im August 1968 und vom 26. September 1989 bis Ende November 1989.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich denke, auch wenn wir bis 11 Uhr nur 6 Minuten Zeit haben, daß wir es riskieren müssen, ein Stück zu überziehen; denn meine große Sorge wäre, daß, wenn wir jetzt überhaupt keine Möglichkeit geben, Rückfragen zu stellen, diese immer dann kommen, wenn wir nachher die Zeitzeugen anhören. Mir täte das leid, wenn dann von der konkrete Vita immer wieder durch Fragen, die sich eigentlich an Herrn Rudolph oder an Herrn Fricke richten, weggeführt würde. Außerdem habe ich den Eindruck, daß zumindest einer unter uns den Wunsch hat, zu dem letzten Vortrag an einer bestimmten Stelle etwas zu sagen. Dieses Recht muß ihm, da er persönlich angesprochen worden ist, zugestanden werden.

Ich möchte darum bitten, daß wir uns kurz fassen und, wenn möglich, keine

einleitenden Statements halten, um dann zu einer Frage zu kommen, sondern kurze Rück- oder Sachfragen an die beiden Referenten richten. Es liegen mir drei Meldungen vor. Die erste stammt von Hans Modrow.

Abg. Dr. Modrow (PDS/LL): Ich möchte mich zunächst ganz formell wegen meines Zwischenrufes entschuldigen und hierzu auch keine weiteren Ausführungen machen. Am 26. Januar ist Gelegenheit, über solche Dinge miteinander zu sprechen.

Ich möchte aber eines hier erklären: Der Bezug auf 1982 ist aus meiner Sicht insofern absolut unsachlich. Man sollte sich dann auch mit den damaligen Presseberichten in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen, in denen am 15. und 16. Februar 1982 zu lesen war, daß der Herr Landesbischof und der 1. Sekretär miteinander gekungelt hätten und daß es deswegen nicht zu Gewalt gekommen sei. Das nenne ich nicht „kungeln“, sondern das war ein Miteinander, um Gewalt zu verhindern. Das ist eigentlich der Vorgang, um den es gegangen ist.

Nun kann man das verurteilen. Das, bitte schön, soll man dann auch in diesem Zusammenhang weiter tun. Aber die Zusammenhänge haben einen umfassenderen Charakter gehabt als nur den unmittelbaren Punkt, der hier als Bezug genommen wurde.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Ich würde herzlich darum bitten, daß wir zu diesem Punkt jetzt nicht alle unsere Meinungen austauschen. Es sollte zunächst in der möglichen Kürze um die beiden Vorträge gehen, die wir eben gehört haben.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Wir haben vorhin von Herrn Fricke gehört, Herr Mielke habe gesagt: Wir haben kein Recht gebrochen, weil kein Gesetz da war. – Es gab aber auch in der damaligen DDR Gesetze, z. B. „das beste Umweltgesetz der Welt“, wie sie es genannt haben. Das ist regelmäßig in Größenordnungen gebrochen worden. Wir haben heute noch die Altlasten aufzuarbeiten. Es gab auch ein Gesetz über unerlaubten Devisenbesitz. Uns haben sie jede Mark aus dem Briefcouvert herausgenommen, und wer dort irgendwie eine D-Mark besessen hatte, wurde verhaftet bzw. bestraft. Die SED-Politbüromitglieder haben über Schalck-Golodkowski in Größenordnungen Devisen beschafft – wir wissen das ja – und haben dann über Ostmark ihre Waren bezahlt. Auch das war ein Vergehen schon gegen die damaligen Gesetze.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Armin Mitter, bitte.

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich möchte eine ganz konkrete Frage an Herrn Rudolph richten.

Er hat sehr ausführlich darüber gesprochen – das ist meines Erachtens in diesem Zusammenhang auch sehr wichtig –, daß es eine sehr enge Anleitung seitens der Bezirkseinsatzleitung bzw. der übergeordneten Einsatzleitung

gab. Vielleicht könnte er noch einmal ganz konkret ausführen, inwiefern die Zusammenarbeit zwischen der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit und dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung funktioniert hat, wie viele Berichte beispielsweise konkret von der Bezirksverwaltung für den 1. Sekretär der Bezirksleitung erstellt wurden und wie das Verhältnis zwischen den zentralen Berichten, die der jeweilige Chef der Bezirksleitung bekam, und den Berichten war, die unmittelbar in diesem Funktionsbereich des 1. Sekretärs angefertigt wurden, um auch deutlich zu machen, wie das Unterstellungsverhältnis zwischen Partei und Staatssicherheit auch auf regionaler Ebene funktionierte.

Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Markus Meckel, bitte.

Abg. Meckel (SPD): Auch ein kurzer Kommentar, der sich nur darauf bezieht, daß wir hier keine Einzelfälle untersuchen, auch nicht mit einzelnen Daten, sondern – und das war ja, glaube ich, sehr deutlich beschrieben, und darüber müßte man diskutieren – wie die Entscheidungsstrukturen waren und wer wem etwas zu sagen und weiterzugeben hatte. Das sind die zentralen Fragen, mit denen wir uns in der Enquete-Kommission befassen. Dabei sind wir jetzt und dann auch bei der Anhörung in Berlin, um zu sehen, wie in dem Dreieck Staatssicherheit, Regierungsapparat und Partei auf den verschiedenen Ebenen etwas gelaufen ist. Dazu haben wir manches Interessante gehört.

Die Frage, die ich an Herrn Fricke stellen wollte, bezieht sich auf das bleibende Problem KGB. Liegt dies daran, daß wir in unseren Akten möglicherweise sehr wenig darüber finden und dafür erst noch die KGB-Akten brauchen? Sie haben kaum etwas inhaltlich darüber gesagt. Wie die Art der Verquickung mit dem KGB bei uns war und wie die Entscheidungen gewesen sind, ist nicht so deutlich geworden. Könnten Sie dazu etwas ergänzen, oder weiß man noch zuwenig?

Abg. Frau von Renesse (SPD): Wir haben sehr viel darüber gehört, von wem die Stasi weisungsabhängig war. Nun wissen wir, daß die Stasi offensichtlich an eine Reihe von anderen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen ihrerseits Weisungen erteilt hat. Gab es dort irgendwelche Rechtsgrundlagen? Ich denke z. B. an das Durchstellen von Strafurteilen – einen Fall brachten Sie. Oder wem konnte die Stasi befehlen und auf welcher Rechtsgrundlage?

Die zweite Frage: Kann man von allen Stasimitarbeitern und -mitarbeiterinnen sagen: gleiche Brüder, gleiche Kappen? War das „all the same“? Alles Spitzelei und Zersetzung und Menschenrechtsverletzung? Ich stelle die Frage deswegen, weil auf dem Hintergrund des Rentenüberleitungsgesetzes zumindest behauptet wird, es habe im Dienste des Dienstherrn MfS auch Tätigkeiten gegeben, die die spezifischen MfS-Merkmale, wie sie hier geschildert worden sind, nicht enthalten haben.

Abg. Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte eigentlich eine Frage

an Herrn Modrow richten, aber er ist nicht mehr da. Meine Frage an ihn ist, wieso er hier die Legende verbreitet, es hätte 1982 in Dresden auch nur den geringsten Anlaß gegeben zu glauben, daß es mit den Demonstranten oder mit denjenigen, die diesen friedlichen Zug bis vor die Kirche machten und dort standen, zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen würde. Das ist natürlich nur ein Vorwand für die Aktionen, die dann wirklich stattgefunden haben. Vielleicht kann Thomas Rudolph dazu etwas ergänzen, wenn er nähere Informationen in den Akten gefunden hat.

Außerdem, Thomas Rudolph, habe ich noch eine Frage an Dich, die sich auf die OV oder OPK zu Bürgern aus den alten Bundesländern bezieht. Du hast ja vorhin eine ziemlich detaillierte Auflistung gemacht, in welchen Abteilungen etwa welche Personen geführt wurden. Ich habe in meinem OV gesehen, daß es ein ziemliches Durcheinander gibt, was die Bürger aus den alten Bundesländern angeht. Sie werden in ganz verschiedenen Abteilungen geführt. Allgemein wird immer die Geschichte erzählt, da sei nichts mehr zu erwarten, denn sie wurden alle von der HVA geführt. Ich würde gern mal wissen, wie es da in Dresden und Leipzig aussieht.

Abg. Frau Fischer (Gräfenhainichen) (SPD): Meine Frage bezüglich der Gewalt ist eigentlich auch an Herrn Modrow gerichtet. Ich frage mich: Wenn er mit der Kirche gekungelt hat, um Gewalt zu verhindern, ist es ja so, wie er es darstellt, eine positive Tat. Warum hat er den Journalisten verboten zu filmen, wie positiv man Gewalt in der DDR verhindern konnte?

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich möchte die Frage stellen: Gibt es eigentlich neue Erkenntnisse über Verbindungen zwischen MfS und KGB? Das ist eine Frage an Herrn Fricke. Herrn Rudolph frage ich: Sie haben sehr eindrucksvoll geschildert, daß im Bereich der Kirche und der Kultur die zentralen Bemühungen des Sicherheitsdienstes lagen. Wie steht es mit den Hochschulen? Gibt es Verbindungen in den wissenschaftlichen Bereich hinein? Wie steht es mit dem Sport? Wo waren die Zentren, und lagen dort auch besondere Gewichtungen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich habe noch acht Wortmeldungen und bitte um Ihr Einverständnis, daß ich damit die Meldeliste schließe. Oder möchte jemand noch auf die Liste?

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): In beiden Referaten ist noch einmal sehr deutlich die Einheit zwischen SED und MfS oder auch umgekehrt zum Ausdruck gekommen; und ich denke, das ist die politisch bedeutsamste Aussage, die aus den vielen Einzelbeispielen gekommen ist.

Meine Frage an Herrn Fricke: Sie haben sehr kurz einen Satz formuliert, der lautete, es sei eine Maxime des MfS gewesen, die Einheit der Theorie des Marxismus-Leninismus durch operative Praxis herzustellen. Ich möchte zu dieser Aussage, die sehr kurz war, gern noch eine Erläuterung hören.

Eine zweite Frage an Sie, Herr Fricke. Ich würde gern noch ein paar Fakten darüber hören, falls Sie sie präsent haben, warum das MfS im Frühjahr, Sommer und Herbst 1989 so „schnell“ offensichtlich zurückgesteckt und nicht ein schärferes Eingreifen versucht hat. Nicht, daß wir uns jetzt mißverstehen! Wir sind alle glücklich darüber, daß nichts passiert ist. Aber für mich ist das nach all den Zahlen und Daten und Überwachungsvorgängen, von denen wir gehört haben, ein wenig schleierhaft.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich habe mich selber auch auf die Liste setzen lassen. Ich habe eine Frage speziell an Herrn Rudolph, aber natürlich auch an Herrn Fricke: Was läßt sich aus Ihren Kenntnissen und Erfahrungen, bei Ihnen auch ganz speziell aus Ihrer Akteneinsicht, über den Wahrheitsgehalt dessen sagen, was man in den Akten der Staatssicherheit findet?

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Auch ich habe Fragen zum Verhältnis zwischen SED und Stasi. Wie steht es denn mit der These, die von solchen wie Heiner Müller und anderen geltend gemacht wird, die viele Gespräche mit der Stasi insbesondere in den letzten Jahren gehabt haben, daß die Beauftragten, die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit aufgeschlossener, intelligenter, auch kompetenter und effektiver gewesen seien, wenn man irgend etwas hätte erreichen wollen, die Funktionäre der SED aber diejenigen, die offensichtlich ideologisch borniert usw. gewesen sind? Es ist also eine Frage nach der Qualität, natürlich in der Doppelbödigkeit dieser Fragestellung.

Ich möchte noch eine Frage anschließen. Die F.D.P.-Abgeordnete in Brandenburg, ich glaube, Frau Fuchs, hat neulich gefordert, man müsse gegen die Rechtsextremisten auch die Antiterrorereinheit des Ministeriums für Staatssicherheit einsetzen. Können Sie vielleicht etwas zu dieser Antiterrorereinheit sagen und dazu, ob sie dafür qualifiziert wäre?

Abg. Hansen (F.D.P.): Es ist Zufall, daß ich jetzt auf der Liste stehe, Herr Soell.

(Heiterkeit)

Ich habe zwei Fragen an Herrn Fricke. Sie haben von der Auflösung des MfS gesprochen, das gewissermaßen politisch absolet geworden sei. Ist diese Auflösung – die im organisatorischen Bereich stattgefunden hat – eigentlich subkutan so vollständig? Wir hören doch immer wieder Behauptungen, Gerüchte, Vermutungen, Unterstellungen, daß bestimmte Seilschaften immer noch operieren. Ist das in den Bereich der Gerüchte zu verweisen? Oder gibt es überhaupt irgendwelche erkennbaren Linien, die eine solche Behauptung stützen könnten?

Zweitens – hier schließe ich, wenn ich es richtig verstanden habe, ein bißchen an Herrn Poppe an – geht es mir um die Beziehungen des MfS mit Westdeutschland. Gibt es darüber inzwischen konkretere Erkenntnisse, in welcher

Größenordnung, Qualität und Entwicklung – im Laufe von 40 Jahren! – das Zusammenwirken des MfS mit Westdeutschen aus unterschiedlichen Organisationen – sei es befreundeter oder gegenteiliger – betrieben wurde? Kann man da schon personelle, finanzielle, organisatorische Aussagen machen?

Sv. Prof. em. Dr. Herbert Wolf: Ich habe mit ganz besonderem Interesse in beiden Vorträgen die Ansätze zu einer quantitativen Analyse registriert, also z. B., wie sich in der zeitlichen Entwicklung der Bestand erhöht hat, wo es Konzentrationspunkte gab, wie die Durchdringung der bewaffneten Organe mit IM war und anderes.

Meine Frage geht dahin: Ist es möglich – und sollten wir das nicht eigentlich für den Abschlußbericht, also auf längere Sicht, anstreben –, einmal eine grundsätzliche Analyse dieser Art zu machen? Wie hat sich das entwickelt: hauptamtliche Mitarbeiter, IM und – so man weiß – auch andere Kategorien? Wo gibt es Einsatzschwerpunkte? Wo gibt es Aufgabenschwerpunkte? Wo gibt es Konzentrationspunkte der Gewinnung von IM, aus welchen Kreisen usw. usf.? Ich halte das zum Zweck einer sozialwissenschaftlichen Durchdringung des ganzen Problems für außerordentlich wichtig.

Wichtig bleibt natürlich die Aufdeckung des Charakters und der Funktion des MfS einschließlich dessen, was Herr Fricke hier vom Standpunkt der Sicherheitsdoktrin gesagt hat usw. Aber für unsere Aufgabe wäre es nicht schlecht – das muß keine riesengroße Ausarbeitung sein –, wenn man eine quantitative Analyse macht, wie das alles strukturiert gewesen ist und wie sich die innere Struktur und Funktion mit der Zeit entwickelt hat. Das meine ich als Vorschlag und auch als Anfrage, ob sich so etwas machen läßt. Ich bin der Meinung, es ließe sich machen.

Einen Ansatz dazu habe ich persönlich versucht; allerdings ist das nicht aussagefähig. Sie erinnern sich: Im vorigen Jahr gab es einmal eine Veröffentlichung von Listen, und es war hoch aufschlußreich, wo sich Konzentrationspunkte befinden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Das ist mehr eine Anfrage an uns, die wir nicht heute erörtern müssen, aber über die wir nachdenken sollten.

Ich merke ein zweites Mal, daß sich hinten bei den Zuhörenden jemand meldet. Ich muß Sie enttäuschen. Sie dürfen gern zuhören. Menschen, die hier fragen dürfen, sind Bundestagsabgeordnete und Sachverständige der Enquete-Kommission. Der nächste ist Herr Dr. Faulenbach.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe eine Frage zum Selbstverständnis der Stasi, falls man von einem solchen sprechen kann. Herr Fricke hat die Definition „Schild und Schwert der Partei“ wieder genannt; aber reicht denn gleichsam diese Form ideologischer Rechtfertigung aus Urzeiten des Leninismus tatsächlich aus, um das konkrete Verhalten der Stasi über diese Jahrzehnte zu erklären?

Anders gefragt: Hat sich nicht – unter der Hand eventuell – in der Stasi ein elitäres Bewußtsein herausgebildet, das dann die Ausformung haben könnte, entweder die eigentliche Partei zu sein oder aber eine bestimmte Funktionselite für diese Gesellschaft darzustellen? Ich hätte gern von Herrn Fricke oder Herrn Rudolph einen Hinweis darauf, wie sie die Entwicklung des Selbstverständnisses der Stasi auf dem Hintergrund einer veränderten oder sich entwickelnden DDR-Gesellschaft, auch eines sich entwickelnden Staatsapparates charakterisieren würden.

Erklärt sich das Verhalten der Stasi vielleicht in besonderer Weise durch bestimmte Privilegierungen derjenigen, die da drin waren? Welcher Art waren die Privilegien und stützten sie vielleicht das elitäre Verständnis ab?

Zweite Frage. Nun hat die Stasi offenbar auch ein differenziertes Schul- und Hochschulwesen gehabt. Vielleicht müßte einmal einiges zu dem Ausbildungssystem der Stasi in verschiedenen Laufbahnen vorgetragen werden, bis hin zu der Hochschule der Stasi, die sogar Promotionsrecht gehabt hat. Es bedarf der Erläuterung, welcher Art die wissenschaftliche Arbeit in solchen Institutionen gewesen ist.

Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder: Ich bin sehr dankbar dafür, daß Herr Fricke uns nicht nur eine Reihe aufrüttelnder Tatsachen vor Augen geführt, sondern sein Referat unter eine klare These gestellt hat, nämlich: das MfS als Herrschaftsinstrument der SED, und umgekehrt: das MfS kein Staat im Staat. Ich möchte aber doch noch darum bitten, diese sehr prononcierten Thesen noch durch wenige präzisere Auskünfte zu erhärten.

Eine Frage, die schon angeklungene Fragen wiederholt: Gibt es keine Fälle, in denen sich das KGB mit der Stasi kurzgeschlossen und gewissermaßen unmittelbar Befehle in die DDR-Führung eingespeist hat? Oder gibt es keine Fälle, wo Mielke etwa ausersehen worden ist, Anweisungen, die über das KGB liefen, der SED-Führung zu unterbreiten und bei ihr durchzusetzen?

Eine zweite Frage geht dahin: Ist es der Stasi mit ihrem ausgeprägten Überwachungsapparat nicht im Laufe der Zeit doch gelungen, auch die SED-Führung gewissermaßen unter Druck zu setzen und in Angst zu versetzen? Es wird ja immer wieder von den Geheimdokumenten über Honecker im Koffer Mielkes gesprochen. Hat sich da nicht doch eine gewisse Überlegenheit der Stasi herausgebildet, die über der „normalen“ SED-Führung stand?

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Meine Frage richtet sich an beide Referenten und befaßt sich mit einem der heikelsten Themen der IM-Diskussion, die seit einem Jahr geführt wird. Ich meine die Rolle der IM vornehmlich in der evangelischen Kirche. Es gilt auch für die katholische, aber vom Umfang her hat es sich auf die evangelische Kirche konzentriert. Hier schälen sich für mich zwei grundsätzliche Betrachtungen heraus, die in der öffentlichen Diskussion eine Rolle spielen.

Die erste These ist die weit verbreitete Ansicht, daß die IM aus der Kirche heraus nur Geheimnisse preisgegeben und verraten haben. Ich möchte als jemand, der sich lange mit Gewerkschaften beschäftigt hat, sagen: Dies ist im Arbeitsrecht einer der gravierendsten Kündigungsgründe. Aber ich halte das für eine These, die für die Kirche insgesamt einen Trost zum Inhalt hat, weil die Stasi hier die Schwäche von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern brutal ausgenutzt und instrumentalisiert hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Entschuldigen Sie, Herr Professor, versuchen Sie bitte, Ihre Fragen knapp zu stellen.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Die Zweite These – und die Frage richtet sich an beide Referenten, welcher These sie nach ihrer Materialkenntnis zuneigen – ist zugespitzt folgende, daß die Stasi gezielt in den oberen Etagen der Kirche IM plazierte hat, um die Kirche von innen zu führen. Denn die Kirchen waren die einzige Institution in der Deutschen Demokratischen Republik, die nicht der Personalhoheit der SED unterlag. Aus diesem Grund glaube ich, daß die Klärung der Frage, welche Funktion die IM in den Kirchen für die SED gehabt haben, von zentraler Bedeutung ist.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Beide Referenten haben jetzt die komplizierte Aufgabe, in ungeheurer kurzer Zeit ungeheuer viel und Wichtiges zu sagen. Als ersten bitte ich Herrn Rudolph.

Thomas Rudolph: 1982 war das eine ganz friedliche Sache, Herr Poppe; da hat es keine einzige Andeutung von Gewaltanwendung von seiten derer, die den Kerzenmarsch organisiert haben, gegeben. Das geht im übrigen auch aus dem Operativen Vorgang hervor, den das Ministerium für Staatssicherheit damals angelegt hat und den die Betroffenen jetzt einsehen konnten.

Die Sicherungsbereiche Sport, Gesundheitswesen, Ministerien für Volksbildung und Justiz und auch die ehemaligen Blockparteien und Massenorganisationen fallen alle in den Aufgabenbereich der Abteilung XX. Allerdings gab es dort so gut wie keine Operativen Personenkontrollen und Operativen Vorgänge, sondern nur in Kirche, Kultur und Opposition, weswegen ich sie vorhin weggelassen habe.

Der Wahrheitsgehalt von Akten, denke ich, ist relativ hoch, weil man ja nicht davon ausging, daß diese Akten irgend jemand von außerhalb mal liest. Es waren Akten, die die Wahrheit, Tatsachen berichten sollten – zur Einschätzung und zum Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung. Warum sollte man in Akten, die der normale Bürger nicht liest, etwas Falsches schreiben?

Das zweite ist: Es gab eine sehr strenge Kontrolle innerhalb des MfS durch eben die Kontrollgruppe. Und wenn ein MfS-Offizier einen inoffiziellen Mitarbeiter erfand, konnte das im Ernstfall den Rausschmiß aus dem Ministerium für Staatssicherheit bedeuten, mindestens aber die Degradierung.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß die SED durch das Ministerium für

Staatssicherheit unter Druck gesetzt worden ist oder gar, daß Mielke als Emissär eines Ersten Sekretärs in der KPdSU bei Honecker anklopft. Das ist nicht seine Ebene. Mielke ist einer von drei Sicherheitsbeauftragten des Ersten Sekretärs einer kommunistischen Partei. Und die Obersten machen das untereinander oder beauftragen ihre Stellvertreter, bei dem anderen vorzufühlen, aber nicht den Sicherheitssekretär.

Was Entwicklungslinien im MfS anbelangt, bin ich vorsichtig. Eines ist ganz klar. Man hat von Anfang an ganz eng mit dem Komitee für Staatssicherheit – oder wie es sich auch immer genannt hat – zusammengearbeitet. Es gibt auch – eine Frage ging genau in diese Richtung – selbstverständlich ganz detaillierte Maßnahmepläne, z. B. zwischen der Hauptabteilung XX und der Hauptabteilung V des KGB zu diesen Bearbeitungen von Kirche, Kultur und Opposition in der DDR, in der Sowjetunion, aber natürlich auch in sogenannten Feindstaaten, wo man über Agentenaustausch etc. sehr viele gemeinsame Aktionen gefahren hat, aber auch einfach nur eine gemeinsame Informationsabschöpfung getätigt hat.

Zu den Westdeutschen. Ich kann nur noch einmal wiederholen: Es ist kein Beschluß gefaßt worden, daß die Operativen Vorgänge und OPK der Abteilungen II, VI und XXII vernichtet werden sollten. Dort müßten sich Operative Vorgänge und Operative Personenkontrollen über Bundesbürger befinden. Insofern können ein paar von denen, die Sie, Herr Poppe, in Ihrem Operativen Vorgang haben, auch noch existieren, und zwar nicht nur in der Abteilung XV.

Ich sage es noch kurz in zwei Sätzen: Im Normalzustand hatte der 1. Sekretär ein Weisungsrecht, und in einem normalen, nicht offiziell bekanntgegebenen Ausnahmestand – es gab vier Stufen des Ausnahmestandes in der DDR; in den ersten beiden hat das gar keiner mitgekriegt, und die waren immer mal, in den letzten Jahren immer häufiger –, während dieses verdeckten Ausnahmestandes hat der 1. Sekretär der Bezirksleitung alle Sicherheitsleute früh um den Tisch versammelt und gesagt: Was machen wir heute? Und am nächsten Morgen passierte dasselbe. Unter dem Ausnahmestand hat er die Führung und Abstimmung der Sicherheitsfragen aller, die territorial in seinem Bezirk stationiert waren, direkt mit seiner Koordinierungsgruppe und seinem Arbeitsstab übernommen. Wer sich dafür interessiert: Das geht auch ganz klar aus Unterlagen hervor, die man im Militärischen Zwischenarchiv sowohl in Potsdam als auch in Freiburg lesen kann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Lassen Sie mich eine technische Zwischenbemerkung machen. Ich habe vorhin das große Interesse gesehen, als der Vortrag von Karl Wilhelm Fricke ausgelegt wurde. Das ist Herrn Rudolph so nicht möglich. Es wird von dieser Anhörung einen Band „Zur Sache“ geben, in dem beide Referate und alle Gesprächsbeiträge dokumentiert sein werden. Wer von den Zuhörenden Interesse daran hat, diesen Band zu bekommen,

sollte seinen Namen aufschreiben und uns geben. Wir werden dann dafür sorgen, daß Sie nicht vergessen werden.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Es fehlt noch die Antwort auf die Frage nach der Rolle der IM in der Kirche – nur Abschöpfung oder Führung im Sinne der SED?

Sv. Thomas Rudolph: Ich denke, es hat beides gegeben. Es hat Abschöpfung gegeben, aber zu wichtigen Synodenbeschlüssen hat es auch Einsatzpläne für 15 oder 20 Personen gegeben, die jetzt alle behaupten, sie seien nicht inoffizielle Mitarbeiter gewesen. Aber das Ministerium für Staatssicherheit hat – wenn man den Berichten des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen und den sehr seriösen Auskunftsberichten, die er dazu gibt, glaubt – versucht, über Kader- und Personalpolitik, über Abstimmung Synodenbeschlüsse und derartige Entscheidungen zu beeinflussen.

Karl Wilhelm Fricke: Ich werde bemüht sein, alle Fragen so ausführlich und so kurz wie möglich zu beantworten.

Ich konnte natürlich in einem Referat, in dem ich mich auf 45 Minuten beschränken mußte, nicht alle wichtigen Fragen so ausführlich behandeln, wie es nötig wäre, insbesondere auch nicht das Verhältnis KGB – MfS; das ist in der Tat eine sehr wichtige Angelegenheit, aber mein Referat lautete zunächst einmal: Das MfS als Herrschaftsinstrument der SED.

Man kann auch das Verhältnis KGB – MfS oder genauer gesagt – das KGB entstand ja erst 1954 –, das Verhältnis der sowjetischen Sicherheitsorgane zum MfS, nicht als statisch begreifen. Man muß es in der historischen Entwicklung sehen. In der Frühzeit des MfS ist der Aufbau der DDR-Staatssicherheit konkret auf allen Ebenen mit Hilfe sowjetischer Instruktoren erfolgt, die selbstverständlich auch Weisungsrechte wahrgenommen und ausgeübt haben. Sie haben – um gleich auf die Frage von Herrn Schroeder einzugehen – in dieser Zeit auch Befehle erteilt.

Das hat sich aber dann Mitte der fünfziger Jahre geändert. Aus den Instruktoren, deren Stäbe zunächst einmal abgebaut, personell reduziert wurden, wurden Berater. Es hat bis Anfang der sechziger Jahre auf höchster Ebene Berater gegeben. Wollweber z. B. hatte noch einen Chefberater. Aber allmählich veränderte sich das Verhältnis insofern, als die Staatssicherheit sich zu einer Art Juniorpartner des KGB wandelte und auch durchaus eine gewisse Arbeitsteilung zwischen beiden vorgenommen wurde, vor allen Dingen, was die offensive Arbeit angeht, also die Spionagetätigkeit speziell in der Bundesrepublik und in West-Berlin.

Diese Zusammenarbeit ist durch Stäbe realisiert worden, die im MfS sowohl im Bereich Abwehr als auch in der Hauptverwaltung Aufklärung etabliert waren und zu denen automatisch z. B. alle Erkenntnisse der Hauptverwaltung Aufklärung gingen, nachdem sie bearbeitet waren und der Quellenschutz

gesichert war. Das heißt, die Materialien wurden so verfremdet an die sowjetischen Genossen weitergegeben, daß nicht unmittelbar Rückschlüsse auf die Quellen möglich waren.

Ergab sich aber – das hat sich bis in die achtziger Jahre hinein erhalten –, daß eine Quelle besonders interessant für das KGB war, dann konnte auch ein Agent in der Bundesrepublik überstellt oder „überworfen“ werden. Das ist auch geschehen. Es gab da auf jeden Fall eine sehr enge Kooperation, die allerdings sehr einseitig war.

Im Abwehrsektor ist das allerdings im Laufe der Zeit zurückgegangen, weil die Staatssicherheit dort selbst alles im Griff hatte und die sowjetischen Genossen sich auf grundsätzliche Fragen zurückzogen.

Es gab aber einen Grundsatzvertrag, der die Zusammenarbeit der Geheimdienste der Warschauer-Pakt-Staaten genau regelte. Es gab dann im bilateralen Verhältnis zwischen MfS und KGB Jahresprotokolle, in denen z. B. ganz konkret vereinbart wurde, wieviel Wohnungen das MfS den Mitarbeitern des KGB zur Verfügung stellt, welche logistische Unterstützung das KGB zu erwarten hat. Es gab aber auch – Herr Rudolph hat es eben schon erwähnt – sogenannte Arbeitsprotokolle, in denen regelrecht konkrete Maßnahmen, über fünf Jahre sich erstreckend, zur Bekämpfung der Kirchen sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR vereinbart wurden, d. h. also einen Erfahrungsaustausch und wechselseitige Unterstützung, soweit sie möglich waren, vor allem natürlich in der DDR und im westlichen Ausland durch KGB-Einflußmöglichkeiten. Mir liegt z. B. ein solcher Arbeitsplan vor, der sich auf die Jahre 1986 bis 1990 bezog. Es ist also nicht nur in der Frühzeit geschehen.

Soviel zum Thema Zusammenarbeit und zum Verhältnis MfS – KGB.

Frau von Renesse hatten nach den Rechtsgrundlagen gefragt, die es gegeben haben mag, soweit das MfS Einfluß auf die Strafjustiz genommen hat. Es gab in der Strafprozeßordnung der DDR eine Bestimmung, wonach das MfS als Untersuchungsorgan neben den Untersuchungsorganen der Volkspolizei und der Zollverwaltung extra aufgeführt war. Insofern waren natürlich die allgemeinen Bestimmungen für die Durchführung von Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren in der Strafprozeßordnung formell auch für die Staatssicherheit verbindlich. Aber sie haben natürlich in der Praxis überhaupt keine Wirkung gehabt. Die Staatssicherheit hat in ihren Gefängnissen mit den Untersuchungshäftlingen eigentlich getan, was sie wollte.

Es gab auch innerhalb der Strafprozeßordnung einzelne Bestimmungen, die ihr das ermöglichten. Wenn z. B. in der Strafprozeßordnung festgelegt war, daß Untersuchungshäftlinge Kontakt zu ihrem Anwalt aufnehmen können, soweit die Untersuchungsergebnisse dadurch nicht gefährdet sind, hat das die Staatssicherheit natürlich exzessiv ausgeschöpft. Oder, was die Verlängerung der Untersuchungshaft anbelangt, genügte ein Wink an den zuständigen

Staatsanwalt, und die Untersuchungshaft wurde jedesmal um drei Monate verlängert, ohne daß das im einzelnen geprüft oder begründet werden mußte.

Das hat es also auch gegeben. Insofern war die Staatssicherheit völlig unumschränkt in ihrer Willkür, zumal hinzukommt, daß die Verbindungsstaatsanwälte in der Justiz, die die Kontakte zur Staatssicherheit aufrechtzuerhalten hatten, in der Regel selbst entweder inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit oder zumindest von der Staatssicherheit sorgfältig ausgesucht waren. Dahin ist niemand gekommen, der nicht vorher sozusagen die „Konzession“ der Staatssicherheit dafür hatte.

Ihre zweite Frage betraf die Feststellung, daß man natürlich nicht alle 86 000 oder 85 000 Mitarbeiter der Staatssicherheit über einen Kamm scheren kann. Das ist völlig richtig. Hier muß man sehr genau differenzieren. Es gab selbstverständlich im Bereich des Personen- und Objektschutzes einfache Soldaten, die zum Wachregiment „Felix Dzierzynski“ gehörten, die sich persönlich nichts haben zuschulden kommen lassen. Die haben ihre Wache vor dem Gebäude des ZK oder vor der Volkskammer geschoben, und man kann ihnen heute nicht ähnlich kritisch begegnen wie z. B. Mitarbeitern in der Untersuchungsabteilung. Das ist völlig klar. Man muß genauer differenzieren. Es gab Tausende von Sekretärinnen, von Putzfrauen, die auch alle einen militärischen Rang hatten. Eine Putzfrau war meistens im Rang eines Feldwebels oder Oberfeldwebels.

(Heiterkeit)

Aber es wäre natürlich unsinnig, sie als „böse Stasi“ zu bezeichnen. Ich bin der Meinung, daß man das differenziert sehen und behandeln muß. Man muß dafür sorgen, daß diese Menschen nicht total isoliert werden und nicht das gleiche Schicksal wie wirklich Belastete zu tragen haben.

Zur Frage von Frau Wilms, inwieweit die ideologische Disziplinierung auf die operative Arbeit der Staatssicherheit eingewirkt hat. Man muß sehen, daß die Mitarbeiter der Staatssicherheit ständig politischer Schulung ausgeliefert waren, und in diesen Schulungen war eigentlich die Kernidee, daß alle operativen Entscheidungen in die prinzipielle politische Situation eingeordnet sein müssen, wie die Partei sie bestimmt.

Es kommt hinzu, daß eine genaue Trennung zwischen operativer Arbeit und Parteiarbeit in der Staatssicherheit schon deshalb nicht möglich ist, weil ja innerhalb der Parteiorganisationen der SED im MfS sehr viele Leiter operativer Dienstseinheiten zugleich ehrenamtliche Parteisekretäre waren – und seien es Gruppenorganisatoren gewesen, also kleine ehrenamtliche Funktionäre. So floß alles ineinander über und ergab ein ganz merkwürdiges, hochbrisantes Amalgam. Insofern kann man wirklich sagen, daß der Einfluß der Partei auch in diesem Sinne auf die operative Arbeit unverkennbar war, abgesehen von den Beispielen, die ich im einzelnen genannt habe, daß also Grundsatzdokumente der Staatssicherheit immer wieder auf Parteibeschlüsse rekurrieren.

Darin liegt natürlich auch die Verunsicherung begründet, die die Staatssicherheit Ende der achtziger Jahre erfaßt hat und die dann 1989 kulminierte, als man förmlich zur Ohnmacht verdammt schien. Es war einmal die Erkenntnis, daß es wirklich keinen Sinn hat, für die Parteiführung zu arbeiten, weil sie entscheidungsschwach oder überhaupt nicht entscheidungsfähig gewesen ist. Man hat – das haben mir ehemalige Stasioffiziere in Gesprächen bestätigt – die interessantesten Informationen und Lageanalysen vorgelegt, und es hat überhaupt keine Wirkung gehabt.

Damit komme ich auch zu der Frage von Herrn Soell. Dieser Aspekt begründet, daß es durchaus Sinn machte, in bestimmten Fragen sich gar nicht mehr an den zuständigen Genossen der Kreisleitung oder der Bezirksleitung der SED zu wenden, sondern gleich mit der Stasi zu sprechen. Aber das gilt natürlich nur für mehr oder weniger alltägliche Banalitäten oder dann, wenn es mal darum ging, auf kurzem Dienstweg ein Ausreisevisum für einen Schriftsteller zu besorgen. Da könnte ein solcher Kontakt Sinn gehabt haben. Wo es aber zur Sache ging, wo Fragen von grundsätzlicher politischer Bedeutung anstanden, hatte es keinen Sinn. Im Gegenteil, solche Gespräche konnten dann dazu führen, daß die Staatssicherheit aus den Fragestellungen Rückschlüsse für ihre eigene Arbeit gewinnen konnte. Das konnte dann sehr gefährlich sein.

Die zweite Frage war die nach der Hauptabteilung XXII, die für die Antiterrorarbeit zuständig war. Ich brauche nur mein Buch zu zitieren. Das war eine Diensteinheit von 543 hauptamtlichen Mitarbeitern, die insbesondere links- und rechtsextremistische Aktivitäten beobachteten und dokumentierten, die auch ihre inoffiziellen Mitarbeiter führten und im übrigen auch eine Einheit sogenannter Kampfkräfte führten. Das waren gut ausgebildete Ranger zum Einsatz bei Geiselnahmen, Flugzeugentführungen oder anderen Terrorakten.

Das haben sie auch gehabt; und meiner Kenntnis nach sind einige von denen auch heute beim Bundeskriminalamt tätig. Aber das sage ich mit dem Vorbehalt, daß es noch genau geprüft werden müßte.

Herr Hansen fragte dann, inwieweit die Auflösung des Stasiapparates vollständig war. Ich glaube schon, daß der Apparat vollständig aufgelöst ist. Das schließt aber nicht aus, daß Reststrukturen sich in anderen, heutigen Organisationsformen erhalten haben, daß sich Seilschaften in Wirtschaftsverwaltungen, in eigenen Unternehmungen erhalten haben, in denen Stasimitarbeiter von einst dominieren.

Es gibt außerdem eine Organisation, die sich „Initiativgemeinschaft zur Sicherung sozialer Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe“ nennt, kurz ISOR genannt. Das ist eine Interessengemeinschaft, die vor allen Dingen arbeits- und sozialrechtliche Probleme – zur Zeit! – wahrnimmt und wo zum übergroßen Teil ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit Mitglied sind und sich vertreten lassen. Hier lassen sich natürlich, wenn es in unserem

Land zu politischen Krisensituationen kommen sollte, auch sehr schnell andere Organisationsformen rekonstruieren.

Es gibt zweitens ein sogenanntes Insider-Komitee zur Aufarbeitung der Geschichte der Staatssicherheit. Es sind ehemalige Stasioffiziere, die meinen, daß die Enthüllungen über die Staatssicherheit bisher die nötige Sachlichkeit vermissen lassen und das nun ihrerseits tun wollen. Bis jetzt haben sie noch nichts an Veröffentlichungen vorgelegt. Ich habe mit dem Vorsitzenden dieses Insider-Komitees, einem ehemaligen Oberst, gesprochen, und hatte eigentlich nur den Eindruck, daß es hier weniger um geschichtliche Aufarbeitung und mehr um Apologetik geht.

Sie fragten dann nach den Beziehungen des MfS zu westdeutschen Organisationen. Hier hat es eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen der Hauptverwaltung Aufklärung einerseits und dem illegalen Apparat der KPD bzw. später dem legalen Apparat der DKP andererseits sowie den von der DKP gesteuerten Frontorganisationen gegeben. Es gab selbstverständlich auch Querverbindungen zu verschiedenen überparteilichen, getarnten Organisationen am Gängelband der KPD/DKP. Man muß das auch im Zusammenhang mit den Aktivitäten sehen, die die Westkommission der SED in der Bundesrepublik entfaltet hat. Das ist ein ziemliches Beziehungsgeflecht; da gibt es keine einzelne, konkrete Entwicklungslinie.

Professor Wolfs Anregung zu einer quantitativen Analyse halte ich für sehr interessant und wichtig. Das ist in der Tat nötig. Es gibt ja, zumindest teilweise, eine ganze Menge Namenslisten mit Geburtsdatum und Dauer der Dienstzugehörigkeit zum MfS. Da müßte eine quantitative Analyse zumindest einer Bezirksverwaltung, wenn nicht gleich des Ministeriums für Staatssicherheit, durchgeführt werden. Das Ergebnis könnte in der Tat sehr aufschlußreich sein. Dann hätte man ein paar sozialwissenschaftlich gesicherte Daten, was die Altersstruktur, die Dauer der Dienstzugehörigkeit und ähnliches mehr anbelangt. Auch über die Einkommensstruktur ließe sich da einiges sagen. Da ist ein weites Feld noch zu beackern.

Grundsätzlich muß man sagen – das wird dann auch die qualitative Auswertung einer quantitativen Analyse ergeben –, daß die quantitative Entwicklung immer im Kontext zur Politik der SED steht. Ich habe das hier nur andeuten können. Es ist manchmal fast frappierend, wie seismographisch empfindlich die Staatssicherheit auf politische Entwicklungen reagiert hat. Ich denke z. B. daran – und es gibt dazu eine ganze Reihe Reden von Erich Mielke –, was die alles angestellt haben, nachdem in Helsinki die KSZE-Schlußakte unterzeichnet war, von der sie sofort eine destabilisierende Entwicklung im Innern befürchtet haben – mit Recht, wie wir heute wissen. Daran kann man das sehr deutlich und konkret nachweisen.

Selbstverständnis der Stasi als Schild und Schwert, Herr Faulenbach. Es ist nicht ein Rückgriff auf Lenin und Stalin. Das war gültige Maxime bis

in die jüngste Zeit hinein. Lenin in der Staatssicherheit – das war die Traditionspflege im Sinne der sowjetischen Tschekisten. Ich bitte das etwas zu differenzieren. Aber Sie haben völlig recht: Die Staatssicherheit war von einem elitären Korpsgeist erfüllt, der auch aus dem Bewußtsein gespeist war, die eigentliche Macht im Staate auszuüben. Aber sie haben es eigentlich niemals in dem Sinne getan, daß sie sich verselbständigt haben. Und sie haben ja auch aus Erfahrungen gelernt. Sowohl Wilhelm Zaisser 1953 als auch Ernst Wollweber 1957 wurden ja von der Parteiführung gestürzt, nachdem sich in beiden Fällen erwiesen hatte, daß sie mit der innerparteilichen Opposition konspiriert hatten. Es ist auch kein Zufall, daß unter Ulbricht nach dem Sturz Wilhelm Zaisers kein Stasiminister mehr dem Politbüro angehören durfte. Erst nachdem Honecker die Macht übernommen hatte, rückte Mielke wieder ins Politbüro auf, und dort war er allerdings sehr bald eine entscheidende, eine Schlüsselfigur.

Aber gerade aus dieser Einbindung der Staatssicherheit in das organisatorische und auch politische Gefüge der Partei, wie ich es ja schon angedeutet habe, ergibt sich eigentlich, daß auch jeder Anflug von Verselbständigung von vornherein mit dem Risiko der Enttarnung belastet war, und da hätte doch sehr weitgehende Konsequenzen für die Betroffenen haben können. Das hat sich ja auch daran gezeigt, daß Mielke sich so lange in seinem Amt behaupten konnte.

Ich darf es noch einmal wiederholen: Diese Loyalität gegenüber der Partei, die ja auch das Selbstverständnis der Staatssicherheit prägte – „Wir sind Schild und Schwert der Partei!“, wobei die Schutz- und Schildfunktion mit der Schwertfunktion durchaus auch konkret zu begreifen ist –, war nie identisch mit seiner Loyalität gegenüber dem Generalsekretär. Deshalb hat er sich ohne Schwierigkeiten, als er merkte, daß der Wind sich dreht und – das will ich nicht ausschließen – daß die Situation es erfordert, sowohl 1971 für Honecker als auch 1989 für Krenz entschieden, so schwer ihm das gefallen ist. Aber er wußte, daß Honecker weg muß, und er wußte, daß auch in Moskau diese Meinung bestimmend war.

Die Frage des Schulwesens habe ich in meinem Referat aus Zeitgründen ganz bewußt nicht angeschnitten. Man muß ausführlicher darauf eingehen. Das Ministerium für Staatssicherheit besaß ein eigenes Schul- und Hochschulsystem. Es besaß schon seit 1952 oder 1953 in Potsdam-Eiche eine als Juristische Hochschule getarnte Bildungseinrichtung, die dann zur Hoch- und Fachschule ausgebaut wurde, in denen zeitweilige Lehrgänge als auch dreijährige Vollstudien möglich waren und abgehalten wurden. Diese Hochschule hat auch sogenannte wissenschaftliche Arbeit geleistet, besaß das Recht, das Diplom eines Diplomjuristen zu verleihen und das Promotionsrecht. Herr Dr. Schalck-Golodkowski hat ja z. B. dort zusammen mit einem Oberst

promoviert. Doktorvater war übrigens in diesem Fall Erich Mielke; das ist kein Witz, Sie können das nachlesen.

Außerdem besaß die Hauptverwaltung Aufklärung eine eigene Schule, in der vor allen Dingen ihre inoffiziellen Mitarbeiter in der entsprechenden Technik unterwiesen wurden.

Herr Schroeder hat die Frage aufgeworfen, inwieweit die SED-Führung durch die Staatssicherheit unter Druck gesetzt wurde. Da sehe ich eigentlich keine Tendenzen. Das hat es nach meiner Kenntnis nicht gegeben, und Herr Rudolph hat in diesem Sinne schon darauf geantwortet. Man muß aber bei dem Verhältnis von Partei und Staatssicherheit auch immer wieder bedenken, daß es sich ja hier weniger um ein Konkurrenzverhältnis als um eine Interessengemeinschaft gehandelt hat. Beide hatten, wenn auch mit anderen Aufgaben, dem gleichen Ziel zu dienen. Sie hatten daher auch die gleichen Interessen.

Die letzten beiden Fragen. Es war die Frage von Herrn Wilke, wie IM im kirchlichen Bereich einzuschätzen sind, und die Frage von Herrn Eppelmann, was von den Akten in bezug auf ihren Wahrheitsgehalt zu halten ist. Dazu zwei kurze Aussagen.

Für die SED war, um ein Wort Albert Nordens zu zitieren, die Kirche der letzte organisierte Feind in der DDR. Und das bedeutete natürlich nicht nur eine sogenannte inoffizielle Durchdringung, um überhaupt zu erfahren, was da los ist, und die Kirche unter Kontrolle zu halten, sondern wo es möglich war, wurde – es hat ja in der Kirche nicht nur inoffizielle Mitarbeiter, sondern auch Offiziere im besonderen Einsatz gegeben – natürlich auch auf kirchenpolitische Entscheidungen, genauer gesagt, auf Entscheidungen der Kirchen Einfluß genommen. Diese Doppelrolle muß man prinzipiell unterstellen. Das schließt nicht aus, daß sie in dem einen Fall weniger, im anderen stärker zum Tragen gekommen ist. Es hat auch Einflußagenten gegeben, die sich nicht als miese, kleine inoffizielle Mitarbeiter, als Zuträger betätigt haben, sondern tatsächlich Einflußagenten waren, und umgekehrt.

Zum Wahrheitsgehalt von Akten. Ich kann nur unterstreichen, was Herr Rudolph gesagt hat: Selbstverständlich wurden die Akten zunächst einmal angelegt, um als Grundlage für operative Entscheidungen der Staatssicherheit zu dienen; und da konnte es wohl nicht angehen, daß man irgend etwas hineinschrieb, was nicht stimmte. Das schließt aber zweierlei nicht aus. Erstens, daß natürlich Akten auch „geschönt“ werden konnten, um sich nach oben lieb Kind zu machen; zweitens, daß die Akten in ihrem Aussagewert nicht verabsolutiert werden dürfen. Das heißt, man muß sie im Kontext zur jeweiligen politischen Entwicklung und zur konkreten Situation des Betroffenen sehen, über den die Akten angelegt wurden.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ein Kollege von uns hat, weil er sich vorhin sehr kurzgehalten hat, um eine „Sondergratifikation“ gebeten. Ich will sie ihm gestatten, ohne daß damit ein Präzedenzfall geschaffen wird.

Abg. Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist gewissermaßen eine Kurzintervention. Herr Fricke, eine Ihrer Äußerungen ist, glaube ich, sehr mißverständlich; denn es kam der Eindruck heraus, man hätte es sich aussuchen können, ob man zu einem Parteifunktionär geht, um ihm eine Information zu geben oder eine zu erhalten, oder zur Staatssicherheit.

Ich kenne nur zwei Möglichkeiten, mit der Stasi zu sprechen. Die eine war die, ein Informant zu sein oder von ihr mindestens als Informant betrachtet zu werden – und das hätte sie nicht, wenn sie nicht tatsächlich über längere Zeit auch Informationen erhalten hätte. Die andere war die, von ihr als Gefahrenquelle oder Staatsfeind angesehen zu werden, und man sollte dann diszipliniert oder es sollte gegen einen ermittelt werden.

Ich kenne die dritte Möglichkeit nicht, die aus Ihren Äußerungen hervorzugehen scheint. Wenn Sie andere Nachweise haben, lassen Sie uns das, bitte, wissen.

Karl Wilhelm Fricke: Ich sehe zunächst mal keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Ihrer Sicht der Dinge und meiner Äußerung. Ich habe – das müßten Sie eigentlich durch Ihr Leben in der DDR verifizieren können; ich habe ja nicht in der DDR gelebt – nur aus Gesprächen erfahren, daß es in der Endzeit der DDR, sagen wir mal, seit 1987/88, eine resignative Haltung gab: Es hat ja doch keinen Zweck, mit den Genossen von der SED zu reden! Und wer so, wie Heiner Müller oder andere, Kontakte zu Stasileuten hatte – die gab es ja immer mal –, konnte dann diese Kontakte instrumentalisieren. Ob dies moralisch gutzuheißen oder zu rechtfertigen ist, ist eine andere Frage, auch, mit welcher Erwartungshaltung der eine und der andere in diese Begegnung gegangen ist. Aber solche Kontakte hat es schon gegeben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: An einer Stelle, lieber Herr Fricke, muß ich Ihnen widersprechen. Wenn ich mich richtig entsinne, haben Sie in der DDR gelebt, allerdings unter besonderen Umständen und nicht ganz freiwillig, nicht?

Karl Wilhelm Fricke: Das ist richtig.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte Ihnen beiden, Herr Rudolph und Herr Fricke, ganz herzlich für Ihren Beitrag danken. Herr Rudolph möchte uns noch etwas sagen.

Thomas Rudolph: Ich möchte noch eine kleine Ergänzung machen. Selbstverständlich hatte das Ministerium für Staatssicherheit auch in der Bezirksleitung der SED Offiziere im besonderen Einsatz und inoffizielle Mitarbeiter, diese allerdings nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Ersten Sekretärs und der Abteilung Sicherheitsfragen des Zentralkomitees der SED.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich glaube, das ist noch eine ganz wichtige Information, was das Vernetztsein und das Bestimmen zwischen Partei und Staatssicherheit angeht.

Nochmals herzlichen Dank Ihnen beiden. Ich bitte jetzt den Kollegen Gutzeit nach vorn. Bei der jetzt stattfindenden Anhörung mit Zeitzeugen und Experten wird er im ersten Teil die Gesprächsleitung übernehmen. Ich möchte gleich hier, an dieser Stelle, den Experten und Zeitzeugen von Frau Kukutz über Frau Eigenfeld bis hin zu Herrn Schult und Herrn Schilling, um nur vier zu nennen, ganz herzlich danken, daß sie unserer Einladung gefolgt sind, sich der Mühe unterzogen haben, den weiten Weg hierher zu kommen und jetzt dabei sind, uns zu helfen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Ich werde mich nicht mit Vorreden aufhalten. Wir haben eine Stunde Zeitverzug, deshalb beginne ich ohne weiteren Vorbehalt. Wir werden es so gestalten, daß den Zeitzeugen, die ich kurz vorstellen werde, Gelegenheit geboten wird, so knapp wie möglich ihre Sicht zu der Arbeit des MfS mit inoffiziellen Mitarbeitern darzustellen. Wenn dieser Durchgang vorbei ist, wird den Mitgliedern der Enquete-Kommission Gelegenheit gegeben sein, Ihre Anfragen, die sie so knapp und kurz wie möglich formulieren sollten, an die Experten und Zeitzeugen zu richten.

Kurz etwas zur Auswahl. Wer kann Experte, Zeitzeuge auf diesem Gebiet sein? Man wird sagen: die Mitarbeiter des MfS. Wir haben auch einen Offizier des MfS hier. Aber das hat natürlich seine Probleme und Grenzen, weil ja in der Darstellung dieser Arbeit diejenigen, die sie betrieben haben, nicht ohne gewisse Interessen sind, was ihre eigene Arbeit und deren Interpretation betrifft.

Deshalb haben wir aus dem Bereich der Bürgerkomitees Leute hier, die darüber berichten, Bürgerrechtler, die in der Bürgerbewegung waren und aus Kenntnis ihrer Akten, aus Gesprächen mit inoffiziellen Mitarbeitern einiges berichten können.

Wir beginnen mit Klaus Schwalm. Er ist Mitarbeiter der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Er war Mitglied des Bürgerkomitees in Berlin. Ich bitte ihn, mit seinen Ausführungen zu beginnen.

Klaus Schwalm: Ich bin Mitarbeiter dieser Behörde, aber kein hervorragender Repräsentant. Wir haben eine Abteilung Bildung und Forschung, die die Behörde hier sicher besser vertreten könnte. Ich bin auch kein Widerstandskämpfer in der DDR gewesen. Ich war zu feige. Ich habe mich erst im Sommer/Herbst 1989 in die unorganisierte Bürgerbewegung begeben und bin am 15. Januar in das Ministerium für Staatssicherheit gegangen. Ich gehörte in

dieser Zeit zu den sogenannten Besetzern und bin dort nicht mehr gewichen, obwohl sich verschiedene Ansatzpunkte dafür ergeben haben.

Ich habe zunächst Auskünfte zur IM-Überprüfung im öffentlichen Dienst gegeben, und ich bereite jetzt die Akten für Bürgereinsichten vor.

Ich habe die Möglichkeit, in die MfS-Zentrale einzudringen, als noch viele Mitarbeiter dort waren, benutzt, um mit diesen Menschen ins Gespräch zu kommen. Ich bin kein Wissenschaftler; ich habe 36 Jahre meines Lebens am Theater zugebracht, ich betrachte das, was die Menschen tun, gewissermaßen als Rollenverhalten.

Ich bin auch durch meine beruflichen Ambitionen gehalten, sowohl das Positive als auch das Negative in einer Rolle zu sehen und zu beschreiben und marschiere deswegen vielleicht in einer anderen Richtung als die bisherige Diskussion. Ich kann mich da auf eine Weisheit beziehen, die ich in einer Akte las: Wenn alles in einer Richtung marschiert, kippt die Welt um.

Zur Frage der Intelligenz der Mitarbeiter des MfS. Tatsächlich waren die Arbeiter vor Ort, die mit der Kirche oder in der Kulturszene arbeiteten, mit dem Bazillus des Liberalismus – das ist vielleicht zuviel gesagt – infiziert; aber sie waren weitaus intelligenter als die Parteifunktionäre.

Ich entsinne mich an einen Bericht, den ich gelesen habe. Im Berliner Ensemble wurde „Simplex Deutsch“ gespielt. Ein inoffizieller Mitarbeiter schreibt:

In der ersten Reihe saß der allen bekannte Mitarbeiter der Staatssicherheit und applaudierte und amüsierte sich an Stellen, die vorher von der Parteiorganisation als negativ kritisiert worden waren.

Wenn man mit diesen Leuten – z. B. von der Hauptabteilung XX/4 – spricht, haben sie z.T. ein Unrechtsbewußtsein, welches einzugestehen ihnen aber heute in Anbetracht der Vorverurteilung schwerfällt. Sie haben das Gefühl, auch Gutes getan zu haben. Die Hauptabteilung XX/4 hat Kirchenbauten organisiert, wenn es irgendwo klemmte. Und einer dieser Mitarbeiter sagte mir in einer Phase tiefer Depression, nachdem das zusammengebrochen war: „Da hatten wir unsere Erfolgserlebnisse; aber dann haben wir auch Schweinereien gemacht.“

Ein anderer Mitarbeiter der Abteilung XX/7 sagte mir etwas zu der Verantwortung, die die Mitarbeiter hatten. Jeder Mitarbeiter konnte, wenn er wollte, sich über alles informieren – vielleicht nicht über alles; aber er mußte wissen, worum es ging. Die Gesetze und Weisungen waren nicht so, daß man sich ihnen bedingungslos ausliefern mußte. Jedes Gesetz und jede Weisung bot dem Mitarbeiter einen gewissen Spielraum, den er zuungunsten oder zugunsten der Menschen auslegen konnte.

Auch diese Differenzierung ist bei der Betrachtung der Mitarbeiter der Staatssicherheit angebracht. Der Riß ging wirklich, wie Wolf am 4. November

1989 sagte, auch durch das MfS. Die Moral war zusammengebrochen. Es gab nicht nur nach 1986, nachdem Gorbatschow an die Macht gekommen war, nach dem Sputnikverbot Diskussionen innerhalb der Parteigruppen, die nicht mehr abgewürgt wurden, sondern weitergingen. Es gab auch im Herbst 1989 eine Demonstration der MfS-Mitarbeiter auf dem Gelände des MfS. Sie stellten die Forderung: Holt doch endlich die Bürgerkomitees rein! In den Bezirksverwaltungen sind sie schon; und hier passiert nichts! Die alten Herren kleben an ihren Sesseln; und wegen dieser Verbrecher dort oben werden wir gehängt!

Sie befanden sich also in einer Phase des völligen Aufgebrochenseins, in einer Phase der Prägbarkeit. Sie gingen der neuen Zeit mit Offenheit entgegen, soweit es ihnen, die durch 20, 30 Jahre MfS-Zugehörigkeit geprägt waren, möglich war, und es gab solche Worte, wie: Was das Neue Forum will, das ist ja gut; die haben den Fehler gemacht: Sie hätten sich mit uns verbünden sollen!

Das zu dieser Haltung. Es gab eine Haltung der Einsicht: Wir haben Scheuklappen vor den Augen gehabt; auch die Äußerung eines Parteisekretärs aus der Hauptabteilung XII: Wenn man das hört, was jetzt alles über die Stasi aufgedeckt wird, dann kann ich verstehen, daß man sie zu einer verbrecherischen Vereinigung erklärt.

Ich mache jetzt einen Sprung. Die Intelligenz war dadurch, daß sie sich der hinter ihr stehenden Macht bewußt sein konnte, frei entfaltet; sie war weitaus größer als bei den bornierten Parteifunktionären.

Das MfS half in der Wirtschaft. Hauptabteilung XVIII – die IM sagten: Über die Betriebsstrecke kann ich nichts erreichen; da gibt es Mißstände und Schweinereien; das muß aufgedeckt werden! Nun macht doch mal was! – Die konnten nichts machen.

Konstruieren wir mal den Fall der Zusammenarbeit oder des Gesprächs mit der Staatssicherheit; nehmen wir den fiktiven Fall eines Schriftstellers mit dem Namen Meier. Dieser Meier gilt als oppositioneller Schriftsteller. Er kriegt schwere Nackenschläge, hat es schwer, sich durchzusetzen. Im Zusammenhang mit der Biermann-Affäre hat es viel Wirbel gegeben. Und jetzt sagen die Offiziere der Staatssicherheit: diese Scheiß-Fehlentscheidung von dort oben müssen wir ausbaden. Biermann wird rausgeschmissen, und jetzt kommt auf uns ein Haufen von Arbeit zu, die bei klügerer politischer Entscheidung hätte vermieden werden können. Wir sind jetzt politische Polizei. Politik sollen die doch machen! Wir müssen jetzt die Dreckarbeit machen.

Um Schaden zu verhüten, haben sie gesagt, müssen wir also diese Schriftsteller einbinden; wir müssen versuchen, daß sie aufgeführt, Spielorte kriegen, verlegt werden. Über dieses Angebot kam man mit diesen Leuten ins Gespräch. Es gibt viele inoffizielle Mitarbeiter, die nicht wußten, daß sie als IM geführt

wurden. Sie kannten weder den Begriff IM noch den Begriff der Führung, noch wußten sie etwas von einer Aktenführung.

Da gibt es also eine Kategorie von Mitarbeitern, sehr hoch oben, die tatsächlich nicht wußten, daß sie als IM geführt wurden. Die ganze Diskussion: Haben sie es gewußt, haben sie es nicht gewußt? Haben sie unterschrieben oder nicht? Haben sie Geld gekriegt oder nicht? Haben sie Berichte geschrieben oder nicht? ist absurd. Wer sich regelmäßig mit Mitarbeitern der Staatssicherheit in konspirativen Wohnungen traf und dies gegenüber seiner Umgebung verheimlichte, war sich bewußt, daß er mit dieser Institution mehr gemeinsam hatte, mehr gemeinsame Interessen hatte als mit dem Umfeld, in dem er sich bewegte.

Nun mag dieser Herr Meier keine Berichte geschrieben haben – hat er sicher nicht -; es hat Gespräche gegeben; aber was kam in diesen Gesprächen heraus? Es wurde über dies und jenes, über die Kunstszene in der Bundesrepublik, in der DDR gesprochen, und man verschaffte diesem Mann auch Möglichkeiten, sich zu produzieren. Und da war eine Maßnahme, ein Operativer Vorgang „Germanist“. Das war ein Freund dieses Dichters Meier, der versuchte, ihn literarisch durchzusetzen und verteidigte ihn. Aber er wurde operativ bearbeitet, weil er als negativ, als feindlich galt und im Verdacht stand, er triebe Zersetzungsarbeit unter seinen Studenten. An den mußte man rankommen. Also hat man einen Operativfaden entwickelt – ob der umgesetzt worden ist, weiß ich nicht, wie das Ganze, was ich erzähle, eine Fiktion ist –: Die Bezirksverwaltung Berlin, Genosse Girot – das ist einer dieser intelligenten Mitarbeiter der Staatssicherheit; aus seinen Schriften geht hervor, daß er Legastheniker ist, aber solche Leute sollen manchmal besonders intelligent sein –, wird veranlaßt, eine Lesung des Schriftstellers Meier zu organisieren. Dazu werden Untergrundschriftsteller hinzugezogen. Dann wird über eine andere Stelle angeleitet, daß der „Germanist“ auch mit dazukommt, und unter diesen Schriftstellern des Untergrundes befindet sich dann ein inoffizieller Mitarbeiter, der an „Germanist“ herantritt, ihm Untergrundmaterial anbietet, um zu sehen, wie er darauf reagiert.

So. Das nennt man also eine Kombination. Und da spielt ein IM, der nicht verpflichtet ist, der keine Unterschrift geleistet hat, der sich nur zu Gesprächen in konspirativen Wohnungen trifft, eine Rolle, derer er sich nicht bewußt ist. Er ist sich nur bewußt, daß er sich aus der Ebene des normalen Lebens herausgegeben hat in eine Ebene der Konspiration, was sein Selbstbewußtsein stärkt und ihm auch beruflich förderlich ist.

Diese Verhaltensweisen ergeben sich natürlich aus den Biographien. Wenn man eine IM-Akte liest, sieht man, daß von einem IM, wenn er aus der Schule kommt und zur Armee will, wenn er für die Hauptabteilung II vorgesehen wird, alle Schulzeugnisse usw. da sind. Man kennt diesen Mann. Das ist ein leichter Ansatzpunkt zur Werbung.

IM werden auch im Ausklang eines Operativen Vorgangs geworben, der nicht zu einer Verhaftung führen kann.

– Soll ich jetzt Schluß machen?

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Ich denke, es besteht die Möglichkeit, später noch bei Ihnen nachzufragen.

Klaus Schwalm: Ich möchte noch etwas zum Unrechtsbewußtsein sagen. Beispielsweise zur Postkontrolle. Ich habe mit einem aus der ZAIG gesprochen. Wenn einer zur Postkontrolle eingesetzt wurde, kam er in ein Traditionskabinett; dort standen Tische, und darauf lagen die „Machenschaften“ des gegnerischen Geheimdienstes, Briefbomben, Beispiele, wie Spionageringe aufgefliegen sind, was für Sabotageakte in der DDR verhindert worden sind. Und da gab es keinen, der nicht sagte: Jawohl, da mache ich mit. Jeder trug nur seinen kleinen Teil dazu bei und gehörte dazu wie jeder andere, der eine Verpflichtungserklärung unterschrieben hatte oder nicht.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank, Herr Schwalm. Der nächste Zeitzeuge und Experte ist Herr Professor Hans-Joachim Memmler. Er war Mitglied des Bürgerkomitees in Rostock. Ich bitte ihn, seine Ausführungen zu machen.

Prof. Hans-Joachim Memmler: Das Thema „Inoffizielle Mitarbeiter“ war für mich immer ein Schlüsselthema, zumindest zu der Zeit, als ich mich noch aktiv mit den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes befaßte. Die Zeit, aus der meine Erkenntnisse herrühren, ist im wesentlichen das Jahr 1990. Ich muß zugeben, ich habe die Diskussion der Problematik der Staatssicherheit, der Behandlung und Bewertung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in den letzten anderthalb Jahren nur noch relativ oberflächlich verfolgt.

Ich möchte hier in aller gebotenen Kürze zu drei Gesichtspunkten ein paar Ausführungen machen. Bei dem einen dreht es sich darum: Welche Motive der Zusammenarbeit gab es für den inoffiziellen Mitarbeiter im Hinblick auf Kontakte mit der Staatssicherheit? Durch welche Motive war die Mitarbeit geprägt? Ein zweiter Gesichtspunkt ist: Ich möchte noch einmal den Gedanken aufgreifen, den Herr Schwalm anführte. Es geht um die Behauptungen von im öffentlichen Leben stehenden inoffiziellen Mitarbeitern, sie hätten nie davon gewußt, daß sie als IM geführt wurden. Ein dritter Gesichtspunkt ist der Wahrheitsgehalt von Unterlagen der Staatssicherheit, wie sie uns heute zu Gesicht kommen und wie wir sie heute zu bewerten haben.

Zum ersten Punkt: Motive der Zusammenarbeit zwischen inoffiziellen Mitarbeitern und Staatssicherheit. In der Richtlinie 1/79, auf die Herr Fricke vorhin kurz eingegangen ist, sind vier Aspekte genannt, die für eine Zusammenarbeit zwischen Bürgern und dem Staatssicherheitsdienst bestimmend sind. Da spielte der Gesichtspunkt der politischen Überzeugung, der positiven gesellschaftlichen Überzeugung eine bestimmte Rolle. Weiterhin spielten eine

Rolle Wiedergutmachungsbestrebungen im Sinne der Ausräumung von auf verschiedene Weise entstandenen Konfliktsituationen. Ein dritter Gesichtspunkt waren Rückversicherungsbestrebungen, häufig auch im Zusammenhang mit, viertens, persönlichen Interessen, wobei diese nicht nur materieller oder finanzieller Art waren.

Vorweg möchte ich sagen: Mir ist persönlich kaum ein Fall in Erinnerung, bei dem eine eindeutige Abgrenzung dieser verschiedenen Gesichtspunkte, die die Zusammenarbeit zwischen inoffiziellen Mitarbeitern und Staatssicherheit bestimmten, möglich gewesen wäre. Häufig sind es mehrere Motive, die hier eine Rolle gespielt haben.

Reine Erpressung – weil dies in der öffentlichen Diskussion auch immer wieder eine Rolle spielt – im Sinne von Wiedergutmachung strafrechtlich relevanter Dinge ist mir sehr selten begegnet. Häufiger trat der Fall auf, daß die Staatssicherheit Material in der Hand hatte, das den Betroffenen gegenüber Mitarbeitern aus seinem Arbeitsbereich oder gegenüber dem Ehepartner, gegenüber Verwandten kompromittierte.

Eine bestimmte Rolle spielte nach meiner Kenntnis Erpressung im Sinne von „entweder – oder“: Entweder du spielst mit, oder dir sind für die Zukunft bestimmte Dinge versagt. Häufiger ist diese Form der Gewinnung in Verbindung mit der Frage der beruflichen Entwicklung, der Schaffung beruflicher Aufstiegschancen aufgetreten. In Schulen z. B. wurden junge Leute erfolgreich unter den Schülern geworben, die den Übergang von der polytechnischen zur erweiterten Oberschule nahmen, also Abitur machen wollten. Erfolgreich geworben wurde unter Reisekadern, wie man sie damals nannte, insbesondere bei solchen, die die Absicht hatten, auch mal eine Reise ins das nichtsozialistische Ausland zu machen.

Bei der Auswahl von Kadern für gehobene Leitungspositionen spielte unter Umständen die Bereitschaft, aktiv mit dem MfS zusammenzuarbeiten, auch eine Rolle.

Diese Beispiele der Anwerbung spielen aber bereits in verschiedene Motivationsbereiche hinein. Ich meine, hier vermischen durchaus sich Aspekte der Erpressung, der Rückversicherung und des persönlichen materiellen Interesses.

Noch ein Wort zum Motiv der reinen politischen Überzeugung. Das ist mir selten begegnet. In der Literatur, die entstanden ist, seitdem die Aufarbeitung der Unterlagen der Staatssicherheit stattfindet, werden gelegentlich solche Beispiele deutlich. Aber nach meiner Erkenntnis war in der Regel die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit stark von dem Aspekt mitgeprägt, persönliche Vorteile zu erlangen: Förderung der Karriere, Verbesserung des Lebensstandards, Erhöhung des Einflusses im Dienst oder im Arbeitsbereich und die damit gegebene Chance, höhere Verantwortung übertragen zu bekommen.

Die Frage, die sich mir in der Vergangenheit immer wieder gestellt hat, ist: Ließ sich das überhaupt trennen: politische Überzeugung und persönliche Vorteilsnahme? Ein Aspekt war: Als inoffizieller Mitarbeiter zählte man ja gewissermaßen zu den „Eingeweihten“; man war etabliert, man hatte eine Sonderstellung. Und dieses Gefühl wurde durch das MfS ganz bewußt gefördert. Andersherum: Der IM hatte in aller Regel in der Staatssicherheit, im MfS einen Partner, auf den er zählen, auf den er sich verlassen konnte.

Zum nächsten Punkt, der in der öffentlichen Diskussion eine bestimmte Rolle spielt, nämlich zu der Frage, daß insbesondere im Kirchendienst tätige inoffizielle Mitarbeiter oder als inoffizielle Mitarbeiter geführte Leute heute erklären, sie hätten nie gewußt, daß über sie eine Akte angelegt worden sei und daß sie unter einem Decknamen als inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit geführt worden seien.

Ich habe selbst seinerzeit ziemlich umfangreich recherchiert und kann vorweg sagen, daß ich diese Erkenntnis eigentlich in keinem einzigen Falle gewonnen habe. Nun stellt sich hier natürlich die Frage nach der Definition eines inoffiziellen Mitarbeiters, die sehr berechtigt ist. Ich entnehme den Ausführungen von Herrn Schwalm durchaus, daß es hier unterschiedliche Ansichten geben kann.

Aber die kirchlichen Mitarbeiter wußten immer, mit wem sie redeten. Die Gespräche hatten ausnahmslos konspirativen Charakter, d. h. die Dienstvorgesetzten waren natürlich nicht informiert und Verwandte, Ehepartner in der Regel auch nicht einbezogen. Die Gespräche gingen nach meiner Kenntnis weit über die Fragen hinaus, die zwischen Staat und Kirche allgemein zu bereden waren. Da wurden also durch das MfS Auskünfte erbeten und auch erteilt über Personen im Umfeld des betroffenen Informanten. Es wurden Einschätzungen zu Strömungen gegeben, interne Materialien herübergereicht, Ergebnisse von Beratungen im kirchenleitenden Bereich weitergegeben und vieles andere mehr.

Ein weiterer Aspekt, der mir hier wichtig erscheint, ist: In aller Regel wurde die Zuverlässigkeit dieser IM, die heute bestreiten, inoffizieller Mitarbeiter gewesen zu sein, auch entsprechend überprüft, d. h. die Staatssicherheit setzte durchaus andere IM aus dem Umfeld des Betroffenen an, um zu erkunden, mit welcher Zuverlässigkeit die Informationen zu bewerten sind, die sie von ihm erhalten. Häufig wurde das Telefon abgehört. Mir sind lange Gesprächsprotokolle aus solchen Aktionen bekannt. Die Post wurde durchstöbert, und gelegentlich wurden auch Operative Personenkontrollen eingeleitet.

Den mir bekannten Akten ist nicht selten zu entnehmen, daß die Betroffenen teils in erhebliche Wissensnöte gerieten. Das geht aus Treffberichten, die die Mitarbeiter der Staatssicherheit machten, hervor. Es gelang dem operativen

Mitarbeiter auch regelmäßig wieder, die Leute aufzubauen und sie weiter bei der Stange zu halten.

Ich verfolge zur Zeit etwas die Vorgänge in der Pommerschen Landeskirche. Die letzten Pressemitteilungen hierzu bestärken mich eigentlich in der Auffassung, daß es sich um reine Zweckbehauptungen handelt, wenn gesagt wird, die Betroffenen hätten nicht gewußt, daß die Informationen, die sie gaben, gesammelt und verwertet worden seien.

Es ist ja bekannt, daß der Staatssicherheitsdienst gegenüber kirchlichen Mitarbeitern, die für eine Zusammenarbeit gewonnen werden sollten, sehr behutsam aufgetreten ist. Eine schriftliche Verpflichtungserklärung hat es da nur in ganz seltenen Fällen gegeben. Aber wenn man die Akten durchsieht, gab es immer einen internen Vorschlag zur Werbung, der von dem entsprechenden Mitarbeiter als internes Papier erarbeitet wurde. Es gab in der Regel ein formelles Werbegespräch, und es fand – was mir auch wichtig ist – ein Austausch von Verhaltensmaßregeln zur Gewährleistung der konspirativen Arbeit statt.

Geld spielte kaum eine Rolle. Natürlich gab es Aufmerksamkeiten zu bestimmten Anlässen, z. B. bezogen auf Jubiläen der Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit. Der Geburtstag wurde in der Regel nicht vergessen und ähnliches mehr.

Ein letzter Punkt: Wahrheitsgehalt der Unterlagen der Staatssicherheit. Zu Zeiten der Regierung de Maizière hat dieses Thema eine bestimmte Rolle gespielt. Herr Diestel, damaliger Innenminister, bezeichnete die Unterlagen der Staatssicherheit als verbrecherische Informationssammlung, die keine Beweiskraft hätte, daher unnützlich und schädlich sei. Es gelang ja dann auch ganz knapp, die systematische Vernichtung bestimmter Archivbestände zu verhindern.

Nach meiner Erkenntnis ist der Wahrheitsgehalt der Primärinformation, wie sie der operative Mitarbeiter in seiner Abteilung gesammelt hat, optimal. Die Daten sind nach meiner Überzeugung grundsätzlich korrekt, und das ist bei einem geheimdienstlich geführten Apparat eigentlich auch gar nicht anders denkbar.

Zwei Prinzipien galten. Das eine war die strikte Trennung der Ebenen der Untersuchung in der Operativen Abteilung und der Auswertung. Das waren also zwei Vorgänge: Sammlung der Primärinformation und Auswertung. Ein zweites Prinzip, auf das schon eingegangen wurde, war die ständige Kontrolle der Informanten auf Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit. Die Frage „Wer ist wer?“ beherrschte alle Ebenen auch des eigenen, internen Apparates des MfS, und Verletzungen hatten in der Regel für den Betroffenen Konsequenzen.

Die Unterlagen, die ich kenne, sind häufig geradezu preußisch penibel und erlauben den Nachweis aller eingeleiteten Maßnahmen, Untersuchungen, Über-

prüfungen bis ins Detail und erlauben auch, die erforderlichen Rückschlüsse auf die Rolle einzelner inoffizieller Mitarbeiter bei der Durchsetzung der Pläne des MfS zu ziehen.

Meines Erachtens wird bei der Diskussion dieses Themas nicht immer genügend beachtet, daß bei der späteren Verarbeitung der Primärinformation durch das MfS Verfälschungen durchaus üblich waren, wenn sie den Zielen und Absichten der Staatssicherheit dienlich waren. Die Beurteilung des Wahrheitsgehalts der Unterlagen der Staatssicherheit gelingt deshalb in aller Regel nur, wenn die Originalakten zum betreffenden Vorgang, also IM-Unterlagen, Operative Personenkontrollen, Operative Vorgänge noch verfügbar sind.

Bei einer Reihe prominenter Mitbürger, die in der Vergangenheit in der öffentlichen Diskussion standen, ist es ja nun leider nicht mehr der Fall. Daher sind einzelne Dokumente, die man aus benachbarten Akten herausfindet, auch immer wieder erfolgreich in Zweifel gezogen worden.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Der nächste Zeitzzeuge und Experte ist Pfarrer Schilling aus Thüringen. Er wird einiges über sich selbst zu sagen haben. Ich bitte darum, straff und konzentriert zu sprechen, damit wir durchkommen.

Walter Schilling: Meine Erfahrungen sind der Grund für dieses Thema.

Erstens. Ich habe seit Ende der sechziger Jahre mit der Staatssicherheit zu tun, bin da laufend als Operativer Vorgang geführt worden, mit „Zersetzung“ abgeschlossen, wieder erneuert, bis zum bitteren Ende. Ich hatte also direkt als Betroffener damit zu tun; das MfS war immer da.

Zweitens. Ich hatte immer mit ihr zu tun, weil in unseren Kreisen Spitzelangst und Spitzelverdächtigungen – es hieß „Spitzel“, nicht IM – eine ständige Rolle spielten. Damit mußte man sich auseinandersetzen.

Drittens. Ich hatte mit einigen Freunden ein paar Hände voll zu tun, wenn Leute zu mir kamen, die geworben werden sollten und denen wir helfen konnten. Interessant ist dabei: bis zum vierten Treffgespräch; dann war Schluß, da kam keiner mehr. Das weiß ich erst heute. Ich kenne nur zwei: Der eine kam nach dreizehn Jahren Spitzeltätigkeit und der andere kurz nach der Werbung, allerdings unter massivem Druck. Ihnen konnten wir helfen. Alle anderen sind nicht mehr gekommen.

Viertens. Ich habe Anfang der achtziger Jahre angefangen, das Ganze zu thematisieren und Vorträge über die Stasi gehalten. Die Bänder sind leider noch nicht aufgefunden worden.

Fünftens. Ich habe mit der Auflösung zu tun gehabt, und nach dem ersten Schock, der für mich Wolfgang Schnur hieß – das war ein guter Freund, wir haben ständig zusammengearbeitet –, kamen noch ein paar weitere Schocks.

Ich muß sagen, inzwischen erschüttert mich nichts mehr. Ich würde mich nicht wundern, wenn mein nächster Freund auf einmal doch noch als IM enttarnt wird. Es gibt nichts, was es nicht gibt.

Sechstens. Ich habe dann intensiv mit etwa zehn bis dreizehn ehemaligen IM – alles Freunde und gute Bekannte – geredet. Wir haben versucht aufzuarbeiten. Ich kenne weitere mindestens dreißig bis vierzig Leute, die ständig einen Bogen um mich machen, weil sie vermuten müssen, daß ich längst weiß, was sie auch wissen. Dazu gehören hohe kirchliche Angestellte. Und ich weiß natürlich von sehr viel mehr, die auch IM waren. Ich kenne nur zwei – nur zwei! –, die Reue, Schuldbewußtsein und den ehrlichen Willen zur Aufarbeitung und zur Offenheit haben.

Zusätzlich kann ich sagen: Ich weiß inzwischen auch ein bißchen über die Szene der Mediziner, der Kultur und auch der allgemeinen Bevölkerung. Es gibt da natürlich Unterschiede; aber Hauptgebiet ist natürlich die Kirche.

Über die Motive ist schon einiges gesagt worden. Alle heben sie bei den Gesprächen auf ihre Motive ab. Ich sage: Die Motive sind kein geeignetes Kriterium für Spitzeltätigkeit. Sie sind völlig ungeeignet. Diese Motive könnte man in ehrenwerte Motive einteilen – die gibt es, die sind in der Sache ehrenwert. Dazu gehört, Menschen helfen zu wollen. Die Akten weisen allerdings nach einiger Zeit etwas anderes aus. Weiter wird genannt: ein wahres Bild von dem, was wir wirklich denken, dieser dummen Staatssicherheit vermitteln wollen; das Verhältnis von Kirche und Staat befrieden wollen. Der Arzt sagt: Ich mußte denen doch die exakte Diagnose liefern, weil die doch nie Bescheid wußten und nicht wissen, was eine Schizophrenie ist. Solche Dinge habe ich haufenweise gehört. Das ist subjektiv alles ehrenwert.

Es gibt weiterhin solche – ich kenne mindestens zwei –, die aus voller Überzeugung mit den Mitteln der Staatssicherheit gearbeitet haben, die Sache bejaht haben, weil sie sagen: Wir wollen den Sozialismus verwirklichen; und das machen wir mit der Staatssicherheit zusammen. Das ist besser als mit den dummen Bonzen! Auch dieses habe ich erlebt.

Es gibt dann eine zweite Gruppe von Motiven, die zumindest verständlich sind. Innerhalb der DDR gab es immer einen gewissen Druck, z. B. in bezug auf Reisen, Kinder auf die EOS bringen usw. usw., d. h. Vorteilsgewinnung. Das geht bis zu Fällen, wo das Kirchendach gedeckt werden muß. Das wäre mindestens verständlich. Deswegen eignet es sich nicht als Kriterium.

Geld spielt tatsächlich keine ganz große Rolle. Als entscheidend habe ich festgestellt: Es gibt untergründige Motive. Fast alle IM, die ich kenne, leiden an einem Mangel an Selbstwertgefühl. Das Rumpelstilzchen-Motiv – „Ach wie gut, daß niemand weiß ...“! – spielt eine erhebliche Rolle. Und es gibt nicht wenige Profilneurotiker unter ihnen – das ist alles sehr unbewußt –, also Leute, die ansprechbar sind, weil sie eine Art Aufwertung brauchen. Es ist eine Frage an die gesamte Gesellschaft, wie so etwas überhaupt passieren

kann. Druck wird ausgesprochen selten genannt; wenn, dann nur verdeckt. Das ist ein ungeeignetes Kriterium.

Wie ist es mit einer weiteren Frage: habe ich geschadet oder nicht? Alle IM heben darauf ab, daß sie niemandem geschadet haben. Diese Frage ist auch ungeeignet, denn kein IM der Sorte, die ich kenne, die sich vor allem im Rahmen der Intelligenz bewegen, hat gewußt, was mit den Informationen, die er gab, geschieht. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob die Information für einen Vorlauf, eine IM-Werbung, oder für einen Operativen Vorgang genutzt wurde. Das hat er nicht erfahren. Er hat in der Regel nichts von Maßnahmeplänen gewußt, zu welchem Zweck er eingesetzt werden soll. Er hat nicht gewußt, wofür das Mosaiksteinchen, das er liefert – denn es sind Mosaiksteinchen; wer die Akten sieht, merkt, wie das zusammengesetzt wird –, benutzt wird. Genau deswegen hat er Schaden angerichtet, indem er sein Mosaiksteinchen lieferte. Operative Kombinationen konnte er eh nicht erkennen.

Er ist ganz sicher mißbraucht worden. Aber er hat sich auch mißbrauchen lassen. Jeder IM hat wissen müssen, mit wem er da redet. Er kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Person ihm möglicherweise vertrauenswürdig schien.

Er hat auf jeden Fall der Familie geschadet. Ich habe Familiendramen erlebt, die wirklich schlimm sind. Er hat seinen eigenen Kindern und den Freunden geschadet. Der Vertrauensbruch ist das Gravierendste. Er hat im Grunde der gesamten Gesellschaft geschadet; denn dieses Klima, das in der DDR entstanden war, das Verdächtigungs- und Mißtrauensklima, hat er mit befördert, indem er sich auf Konspirativität einließ.

Damit sind wir beim eigentlichen Kriterium. Das ist die Konspirativität. Dies merke ich bereits an den Vorläufen, die bisher viel zuwenig erforscht sind, auch die, die archiviert wurden, die im kirchlichen Bereich bis sechs und neun Jahre laufen können und dann archiviert werden.

Es kam der Staatssicherheit tatsächlich viel weniger auf die Verpflichtung an, sondern darauf, daß sich der Betreffende auf Konspiration einließ. Das war das Wichtigste. Die Verschwiegenheit mußte von Anfang an dasein. Es wurde dann, Stück für Stück, nach einem Jahr der konspirative Treffpunkt angestrebt, nachdem man sich erst in den Dienstzimmern getroffen hatte. Der Sinn war: Weg in den konspirativen Treffpunkt; damit habe ich den Mann in der Hand.

Ich habe gefunden, daß ein späterer Oberkirchenrat das Protokoll eines Vortrags 1972 an eine Deckadresse geschickt hat. Die Rede hätte der Mann ohne weiteres haben können; sie wurde sowieso veröffentlicht. Aber er hat sie an eine Deckadresse geschickt; das war für den Mann der Stasi wichtig, nicht die Rede. Damit hatte er ihn im Kasten. Das langsame Heranziehen spielt eine außerordentlich große Rolle, ebenso der Deckname, der mitunter der Vorname ist. Wenn man sich siezt, wird der Vorname zum Decknamen. Dies hat der

Betreffende überhaupt nicht erkennen können oder wollen. Das ist die Frage, die ich dem Mann stellen muß.

Der Treffabstand spielt eine Rolle. Dieser Kirchenmann, den ich eben nannte: von 1976 bis 1981 hatte er in jedem Jahr drei bis vier Treffs, mehr nicht. Dann wurde er an die Hauptabteilung XX/4 übergeben, es hat sich gehäuft, und es ist ein exakter, guter Mitarbeiter aus ihm geworden. Da merkt man mal, in welchen Zeiträumen dies ging. Das war alles von der Staatssicherheit so gewollt.

Zur mündlichen Verpflichtung. Es wurde z.T. nicht einmal in würdiger Form, wie es der Minister forderte, die mündliche Verpflichtung vorgenommen, sondern fast nebenher. Es entstand dadurch eine Art Bindung. Ich glaube, daß die Bindung an den Mitarbeiter eines der wichtigsten Kriterien ist. Da passiert eine Loyalitätsveränderung, -verlagerung. Das ist eine Frage, die uns, die Kirche, etwas angeht.

Dazu gehört auch die Frage der IME. Bereits 1983 gibt es eine Ausarbeitung verschiedenster Leute der Abteilung XX/4, daß IME, „Einfluß-IM“, vor allem in der Kirche weiter geschaffen werden sollen. Es wurde massiv beeinflußt, nicht nur in der Kirchenleitung in Thüringen, wo es etwas bekannter ist, sondern auch in anderen Kirchenleitungen, und zwar über das Vertrauensverhältnis.

Die Frage, ob ein IM davon gewußt hat, wurde schon beantwortet. Mein Freund IMS Eberhard sagt: Nach vier Treffs habe ich es gewußt; ich hatte das Gefühl im Bauch, ich habe es verdrängt. Es ist massiv verdrängt worden. Wir kommen in dieser Frage nicht weiter, wenn wir nicht Beweise in der Hand haben. Ich scheitere bei der Arbeit mit ehemaligen IM daran, daß ich nichts in der Hand habe. Sie selber haben massiv verdrängt.

Ein guter Freund von mir hat massiv verdrängt, daß er eine Verpflichtung unterschrieben hat. Er wußte es wirklich nicht mehr. Das ist eine Frage für den Tiefenpsychologen. Ich gehe damit zur Psyche des IM über, für mich eigentlich das Wichtigste. Es ist etwas ganz Furchtbares passiert: Sie haben alle mit zwei Gesichtern leben müssen. Das hat bei ihnen auf die Dauer der Zeit zu einer erschreckenden und nicht zu begreifenden Schizophrenie geführt.

Ich kenne IMB – also IM mit Feindberührung – in unseren Gruppen, die beides total gemacht haben. Sie haben sowohl gegen die Staatssicherheit als auch mit der Staatssicherheit gearbeitet. Es ist schlicht unbegreiflich. Hier ist etwas passiert, was wir aus der ganzen Geschichte der Staatssicherheit und der IM lernen müssen. Wenn ein Mensch auf längere Zeit mit zwei Gesichtern leben muß, dann führt dies zu psychischen und zum Teil physischen Deformationen und Defekten, die fast nicht mehr reparabel sind. Das ist das ganz große Problem.

Ich stelle bei allen IM, die ich kenne, Veränderungen in der Psyche,

Gefühlsarmut, Beziehungsunfähigkeit, Realitätsverlust fest. Dies äußert sich nach außen in einer gewissen Oberflächlichkeit, Ironie oder Arroganz, Machtbesessenheit.

Ich stelle weiterhin fest, daß ein Werteverfall passiert ist. Es ist schlicht amoralisch; sie haben keine Moral mehr, sie sind innerlich irgendwo kaputt, ohne es selber zu merken. Es wäre dies etwa einer Veränderung durch Suchtkrankheit vergleichbar.

Die körperlichen Symptome: Ich kenne IM, die sich ein Asthma zugelegt haben, Schäden an den Stimmbändern und ähnliches. Warum wohl, das frage man, bitte, den Psychologen. Ehen sind zerbrochen. Ich weiß nicht, was aus den Kindern der Spitzelväter wird. Spitzelmütter gibt es ja nicht so viele. „Frau in der Stasi“ ist ein Thema für sich.

Ich behaupte daher: Erstens. Alle IM müssen enttarnt werden; Nachdruck auf „enttarnt“. Das hat mir selber einer gesagt: Ihr habt mich enttarnen müssen; ich hätte es von allein nicht gekonnt. Die Macht der Konspiration ist so groß, daß er das gar nicht kann, ähnlich einem, der sein Suchtverhalten nicht zugeben kann. Die Schizophrenie ist so groß, daß er es aus eigener Kraft gar nicht erkennt; und das ist schlimm.

Zweitens. Alle Spitzel müssen enttarnt werden; Nachdruck auf müssen. Denn diese Deformationen und Defekte wirken ja weiter, sie sind ja da, und bis heute wirken sie in Familien, im sozialen Gefüge, in der gesamten Gesellschaft, an dem jeweiligen nie gefundenen Arbeitsplatz – das kann ein Kiosk an der Saaletalsperre sein, wie bei einem Mitarbeiter -; sie wirken weiter und richten Schaden an. Sie müssen um ihrer selbst willen enttarnt werden.

Abschlußbeispiel. Ich weiß von einem Oberkirchenrat, der als inoffizieller Mitarbeiter mit dem Decknamen „Günter“ dann archiviert worden ist, weil er alt und krank wurde. Ich weiß, daß er auf seinem Sterbebett – er hat lange Zeit nicht leben und nicht sterben können – ständig schwarze Männer um sich gesehen hat, ständig nur von Staatssicherheit geredet hat und – Entschuldigung – jämmerlich gestorben ist. Das finde ich so furchtbar schlimm. Das muß ich hier so sagen. Ich bin ja einer, der sich nicht nur mit dem Thema Staatssicherheit befaßt, sondern auch auch Seelsorger sein will.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank, Herr Pfarrer Schilling. Ich weiß, Sie hätten gewiß einiges mehr zu berichten. Es ist schade, aber unser Zeitrahmen ist leider so eng, daß wir jetzt zum nächsten kommen müssen. Franz Pfitzenreuter hat in Thüringen, im Landkreis Worbis, die Staatssicherheit aufgelöst, und dort ist er in einem Amt für Vergangenenheitsbewältigung.

Franz Pfitzenreuter: Ich darf Ihnen zunächst die folgenden Angaben zu meiner Person vortragen.

Spätestens im Jahre 1988 habe ich erkannt, daß ich im Zusammenhang

mit meiner Tätigkeit als Bauführer in einem volkseigenen Baubetrieb und mit meinem Engagement auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu dem wurde, was man heute Stasiopfer nennt. Daher gehörte ich im Sommer 1989 zu der Personengruppe im Landkreis Worbis in Thüringen, die sich später im Neuen Forum zusammenfand. Zwangsläufig entwickelte sich daraus mein persönliches Anliegen, die Mechanismen der Stasi zu erkennen und entsprechende Erkenntnisse vor die Öffentlichkeit zu tragen.

Aus der im Dezember 1989 in Worbis entstandenen Kommission gegen Amtsmißbrauch, Korruption und persönliche Bereicherung ging im Mai 1990 das von mir geleitete Amt für Vergangenheitsbewältigung hervor, nach meiner Kenntnis das einzige Amt dieser Art in den neuen Bundesländern. Damit wurden mir Befugnisse in die Hand gegeben, die es mir in der damaligen Zeit ermöglichten, Hinweisen von Opfern sofort und direkt nachzugehen. Dazu gehörte auch, daß wir uns sofort Zugang in die Kreisdienststelle des MfS verschafften, die dortige Aktenvernichtung stoppten und, soweit noch vorhanden, Unterlagen in das Kreisarchiv überführten.

Aus der ersten Sichtung des übriggebliebenen Aktenmaterials ergaben sich folgende Erkenntnisse. Die Kreisdienststelle des MfS übte über die sogenannte Kreiseinsatzleitung direkten Einfluß auf die politische Führung, d. h. die SED-Kreisleitung, aus. Das Informations- und Spitzelsystem diente dem MfS u. a. dazu, die politische Führung des Kreises über die Situation in allen Bevölkerungsschichten, Wirtschaftsbereichen u. a. zu informieren. Daran arbeiteten für das MfS 50 Mitarbeiter bei der Kreisdienststelle, die sich wiederum der Zuarbeit von ca. 600 aktiven IM bedienten.

Im Kreisgebiet befanden sich eine Telefonabhörstelle, mit vier Personen besetzt, eine Spezialgruppe für die Briefkontrolle, eine besonders umfangreiche Außenstelle der Hauptverwaltung VIII, mobile Überwachung, sowie zwei Anlagen zur Telefonüberwachung im alten Bundesgebiet.

Die der Hauptabteilung VI des MfS unterstellte Paßkontrolleinheit umfaßte 66 Personen zuzüglich einer entsprechenden Schulungseinrichtung für diesen Personenkreis.

In der Abteilung I der Kriminalpolizei des VPKA Worbis waren darüber hinaus vier bis fünf Offiziere mit ca. 50 Spitzeln tätig. Die Ermittlungen dieser Gruppe wurden grundsätzlich der Kreisdienststelle des MfS zugeleitet.

Es konnte sehr bald festgestellt werden, daß sich die beschriebenen Strukturen erhalten hatten. Hinter den Decknamen inoffizieller Mitarbeiter verbargen sich im Kreis Worbis vornehmlich ehemalige CDU-Mitglieder, die auch nach den Wahlen Ämter im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft bekleideten und z.T. auch heute noch ausüben. Dazu gehörten z.B. zwei Landräte, ein Kreistagspräsident, 16 % der CDU-Kreistagsabgeordneten, 20 % der Ortsbürgermeister und der Wirtschaftsdezernent des Kreises.

Derzeit ist festzustellen, daß sich die heutige CDU-Führungsspitze des Kreises und des Landes nicht mit der Aufarbeitung dieser Problematik in ihren Reihen befaßt.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen handelt es sich bei den ehemaligen Informationsträgern um einen Personenkreis, der sich von der Mitarbeit im MfS einen persönlichen Vorteil versprach. Dieser Vorteil wurde in erster Linie nicht in direkten materiellen Zuwendungen erwartet, sondern mehr im üblichen Verschaffen von allgemeinen Vorteilen in der DDR-Mangelgesellschaft.

Eine weitere sehr wichtige Erkenntnis besteht darin, daß die MfS-Aktivitäten im Landkreis Worbis grenzüberschreitenden Charakter hatten. Im Klartext bedeutet dies, daß z. B. im Bundesland Niedersachsen nach vorliegenden Erkenntnissen etwa 3 000 IM für die Bezirksverwaltung Erfurt im Einsatz waren. Die Kreisdienststelle Worbis war an der Betreuung eines Teils dieser Mitarbeiter direkt beteiligt. Aus der bisher erfolgten Akteneinsicht von Opfern läßt sich dieser Tatbestand detailliert nachweisen.

Es ist darauf zu verweisen, daß sich die Tätigkeit der IM auch eindeutig auf Akte von Menschenrechtsverletzungen bezog, was durch die Zwangsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Zwangsdeportationen aus dem Grenzgebiet und den Planungen von Isolierungslagern für oppositionelle, kritische DDR-Bürger nachzuweisen ist.

Im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit als Leiter des Amtes für Vergangenheitsbewältigung bin ich zwangsläufig mit IM aller Kategorien zusammengekommen. Ich habe mit GMS, IMS, IMK, IMB, OibE, HIM und auch sogenannten UMA Gespräche geführt und mir umfangreiche Grundkenntnisse der Materie angeeignet.

Alle befragten Stasimitarbeiter versuchten ihre Tätigkeit nach einem einheitlichen Schema zu erklären oder, besser gesagt, zu verharmlosen. Argumente wie: „Wir haben niemandem geschadet; meine Zuarbeit war unwichtig; ich hatte keine Vorteile; die Bezahlung bestand nur aus Aufwandsentschädigungen; im Grunde genommen war ich selbst ein Stasiopfer, denn ich wurde genötigt“ sind aus den Medien hinlänglich bekannt.

Für die Offiziere im besonderen Einsatz und UMA waren gesonderte Richtlinien verbindlich. Es handelte sich um hauptamtliche Mitarbeiter, die andernorts Scheinarbeitsverhältnisse aufgenommen hatten, dort eine besondere Form inoffizieller Tätigkeit ausübten und dafür ein zweites Gehalt bezogen. Es ist zu befürchten, daß sich diese Doppelentlohnung in den Ruhestandsregelungen fortgesetzt hat.

Es ist bekannt, daß sich das MfS bei der Anwerbung von IM häufig unfeiner Mittel und Methoden bedient hat. Mir persönlich ist jedoch nur ein IM bekanntgeworden, der tatsächlich erpreßt wurde. Dieser hat dann sehr viele falsche, verwirrende, aber auch durchaus witzig-ironische Informationen

geliefert, so daß damit eine große Anzahl weiterer Mitarbeiter gebunden wurde.

(Heiterkeit)

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Herr Pfitzenreuter, könnten Sie ganz kurz die Abkürzungen erklären, da sie nicht allen Anwesenden bekannt sind.

Franz Pfitzenreuter: Die GMS waren gesellschaftliche Mitarbeiter Sicherheit, IMS inoffizielle Mitarbeiter Sicherheit, IMK inoffizielle Mitarbeiter für Konspiration, die unter fünf Kategorien geführt wurden. Es waren solche, die konspirative Wohnungen zur Verfügung stellten, konspirative Objekte, Deckadresse, Decktelefon und Sicherheit. Die IMB waren inoffizielle Mitarbeiter mit Westkontakt, OibE Offiziere im besonderen Einsatz, HIM hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter, die zum Schein ein Arbeitsverhältnis eingegangen waren, ihren SV-Ausweis einmal im Jahr im Betrieb ablieferten, ihr Gehalt über Konto bekamen und vom MfS entsprechend der OibE-Ordnung ein Gehalt nach ihrem Dienstgrad bezogen; das ging bis zu 1 200 Mark zusätzlich – für DDR-Verhältnisse ein Ingenieurlohn. Ich habe als Bauführer weniger erhalten. Die UMA sind allgemein bekannt. Es gab sie nicht so häufig; sie waren nach meiner Kenntnis in Institutionen eingebaut, wie z. B. in die Abteilung Inneres beim Rat des Kreises oder in die K I. Dort waren auch IME, die eben schon erwähnt wurden.

Die Strukturen sind mir im Detail auch nicht so bekannt, aber ich habe alle einschlägigen Unterlagen gelesen, Dienstanweisungen, Befehle etc. von Mielke, die sich mit der Thematik befassen. Im Bedarfsfall kann das vervielfältigt werden.

Es sind mir auch Fälle bekanntgeworden, bei denen die Person, die eine Mitarbeit strikt ablehnte, keine persönlichen Nachteile erlitten hat.

Überhaupt muß darauf hingewiesen werden, daß bei der Anwerbung die vorher ermittelten Persönlichkeitsstrukturen eine wichtige Voraussetzung für die Eignung waren. Unterschiedliche Charaktere wurden in den Vorlaufzeiten und in den Anwerbungsgesprächen demzufolge differenziert behandelt. Bei Ärzten und Pfarrern wurden andere Mittel eingesetzt als bei selbständigen Handwerkern und Lehrern, bei Arbeitern andere als bei Studenten. Dies hing mit der geplanten Zielstellung zusammen. Ein Betriebsleiter, der die persönliche Bereicherung zum täglichen Geschäft gemacht hatte, wurde wesentlich anders behandelt als ein Polizist, der die Stimmung unter der Bevölkerung auszuspionieren hatte.

Der hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter stand ebenfalls in einem Schein-arbeitsverhältnis und bezog vom MfS entsprechend seinem Dienstgrad ein zweites Gehalt. Um diese Position zu erlangen, mußte der Betreffende nicht nur gute berufliche Voraussetzungen haben, sondern auch in der Lage sein, diese im Sinne des MfS entsprechend skrupellos umzusetzen.

Die Organisationsstruktur einer Kreisdienststelle bestand u. a. aus sogenannten Referaten, die selbständig, voneinander unabhängig bestimmte Aufgaben zu erfüllen hatten und festgelegte Bereiche der Gesellschaft abdeckten. Jedes Referat setzte sich aus einer bestimmten Anzahl hauptamtlicher Mitarbeiter zusammen, denen die IM, offizielle Quellen, Kontaktpersonen und in Sicherungsvorgängen erfaßte Mitarbeiter zur Verfügung standen.

Grundsätzlich wurden die IM nach den vom MfS gesteckten Zielen und den daraus resultierenden Grundvorstellungen ausgewählt. Wie bereits angeführt, legte man im Vorfeld großen Wert auf die Feststellung der Charaktereigenschaften. Besonders gefragt waren solche Eigenschaften wie Geltungsbedürfnis, Ehrgeiz, Rücksichtslosigkeit, Habgier usw. Dabei wurden die für die Anwerbung verbindlichen Richtlinien weitestgehend beachtet.

Ich möchte dies mit einigen Beispielen belegen.

Ein Polizeioffizier, dem Dienstvergehen nachgewiesen wurden, rekrutierte sich zum HIM, zum hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeiter. Er erhielt den Spezialauftrag, in einem eigens dazu geschaffenen konspirativen Objekt die IM der Kreisdienststelle regelmäßig zu schulen.

Ein katholischer Pfarrer wurde angeworben, indem man seine Leidenschaft für das Amateurfunknutzte. Er wurde für die Hauptabteilung III, Funktechnische Aufklärung, tätig und 1974 in ein Pfarramt versetzt, das durch seine Lage dafür besonders geeignet war. Als Gegenleistung wurde ihm vom MfS eine moderne Amateurfunkanlage zur Verfügung gestellt.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, daß das MfS besonders stolz darauf war, Pfarrer als IM anzuwerben. Es erscheint aus heutiger Sicht absurd, daß darüber von Führungsoffizieren des MfS Diplomarbeiten angefertigt wurden, so daß dieser Sachverhalt deshalb nachvollziehbar ist.

Im VPKA – das ist das Volkspolizeikreisamt gewesen – waren nach meiner Kenntnis etwa 12 % der Polizisten inoffizielle Mitarbeiter. Um diese und ihre Informationen überprüfen und überwachen zu können, wurde eigens ein hoher Polizeioffizier des gleichen Amtes angeworben und verpflichtet. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß es im Bereich der Polizei eine wesentlich höhere Konzentration von IM im Vergleich mit den 2 % unter der erwachsenen Bevölkerung gegeben hat.

Ein Müllermeister wurde zum geheimen Mitarbeiter des MfS, weil man auf Grund seiner Kontakte zu kirchlichen Kreisen erhoffte, ein bischöfliches Amt ausspionieren zu können.

Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter wurde angeworben, um in der Hauptverwaltung XV, Auslandsspionage, eingesetzt zu werden. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß er den Aufgaben intellektuell nicht gewachsen war, arbeitete er als einfacher IM weiter und lieferte in elf Jahren ca. 200 Spitzelberichte. Dieser IM ist seit 1990 Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft.

Ein Mitglied der CDU hatte nachweislich 1978 eine handschriftliche Verpflichtungserklärung abgegeben. Er wurde in dieser Zeit Abteilungsleiter in einem sozialistischen Großbetrieb, geriet in der Wende in die Kreisverwaltung und folgte dem als IM entlarvten ersten frei gewählten Landrat in dessen Amt. Es muß als bedenklich angesehen werden, daß ein seit langem als IM enttarnter Wirtschaftsdezernent noch im öffentlichen Dienst tätig sein darf.

Eine Überprüfung bei der Gauck-Behörde konnte bisher verhindert werden, weil die diesbezüglichen Anträge vorsätzlich fehlerhaft angefertigt waren.

Ähnliches ist nicht nur im öffentlichen Dienst zu beobachten, sondern auch in der Wirtschaft. Bereits 1990 wurde gegen einen frühzeitig als IM erkannten Betriebsdirektor eines großen Baubetriebes Anzeige u. a. wegen persönlicher Bereicherung, versuchter Freiheitsberaubung und Aktivitäten im Bereich KoKo des Herrn Schalck-Golodkowski erstattet. Es ist derzeit nicht bekannt, welchen Stand die Untersuchungen der Justiz haben bzw. in welcher Richtung sie geführt werden. Dieser Betriebsdirektor steht vor einer neuen Karriere. Ebenso wie am Landrat, am Dezernenten, am Geschäftsführer, am Pfarrer ist an ihm die Vergangenheit fast spurlos vorübergezogen.

Wenn diese Dinge mit Hilfe der Gerichtsbarkeit noch eine Zeit hinausgezögert werden können – und alles weist darauf hin, daß es so ist –, wird z. B. der Landrat bis zum Jahresende 1993 dem Thüringer Steuerzahler ca. 300 000 DM aus der Tasche gezogen haben.

Der ehemalige Betriebsleiter wurde durch das Bürgerkomitee Worbis und den Untersuchungsausschuß des Kreistages wegen erwiesener IM-Tätigkeit und persönlicher Bereicherung als Geschäftsführer der GmbH im August 1990 abgelöst. Für seine kurze Tätigkeit in Verantwortung der Treuhand sind ihm 60 000 DM Abfindung gezahlt worden. Die Opfer sehen darin eine Verhöhnung durch den Rechtsstaat und eine Bevorzugung von Tätern des ehemaligen Systems.

Die Bürgerkomitees haben in der Wende umfangreiches Wissen über die Stasi und deren Wirkungsweise erworben. Es ist augenscheinlich, daß dieses Wissen bisher nicht gefragt war. Es handelt sich dabei um so brisante Komplexe, wie ungeklärte Todesfälle, Treffen von hochrangigen Ost- und Westpolitikern zwischen 1987 und der Wendezeit, heute noch vorhandene Computerdateien des ehemaligen MfS im Bereich des Verkehrsministeriums, Immobilienhandel mit konspirativen Objekten, Auswertung von Namensdisketten ehemaliger OibE, UMA und HIM.

Es ist davon auszugehen, daß sich die Bürgerkomitees in bestimmten Kreisen auf Grund dieses Wissens unbeliebt gemacht haben und feindlich behandelt werden.

Es gibt mir zu denken, daß die in der Vergangenheit sehr häufigen anonymen Drohanrufe ehemaliger Stasimitarbeiter aufgehört haben und mein Telefon,

das ich bereits im Oktober 1990 erhalten habe, nunmehr von Leuten abgehört wird, die diese ehemaligen Anrufer gut kennen.

Abschließend möchte ich bemerken, daß die Bürgerkomitees nach wie vor bereit sind, bei der Aufarbeitung der Vergangenheit mitzuwirken und ihr Wissen kompetenten, zuverlässigen Stellen zu überlassen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Der nächste Zeitzeuge und Experte ist nicht allein gekommen. Lothar Tautz, jetzt Verwaltungsangestellter, früher Pfarrer, der in den Zeiten der DDR in der Umwelt- und Friedensarbeit tätig war, hat einen IM mitgebracht, der ihn in dieser Zeit bearbeitet hat. Lothar Tautz wird dies ein wenig erklären und diesen Mann vorstellen.

Lothar Tautz: Lothar Tautz, Jahrgang 1950, Operativer Vorgang „Schütze“. Ich bin vorhin im Flur gefragt worden, was daran so besonderes sei, daß ich heute eingeladen bin. Ich habe gesagt: Nichts. Ich habe allerdings nicht gesagt, daß ich einen der IM mitgebracht habe, sondern meinen Freund Michael Altwein. Ich bin von mir aus hierher gekommen, weil ich gern möchte, daß dieses undifferenzierte Feindbild zwischen Täter und Opfer ein bißchen aufgebrochen wird.

Ich habe mich nie als Opfer gefühlt, und ich denke, daß sich Michael auch nie als Täter gefühlt hat. Wir haben in den vielen Jahren, die wir uns kennen, vieles Gute gemeinsam getan. Und über dem Knacks, den es natürlich gab, als ich ihn als inoffiziellen Mitarbeiter in meiner Akte wiederentdeckte, kann ich das Gute, das wir gemeinsam getan haben, nicht vergessen. Deswegen sehe ich manches, was heute gesagt wurde, aus der eigenen Erfahrung halt anders.

Zum Hintergrund vielleicht ein paar Worte, bevor ich Michael das Wort geben möchte. Ich war in Weißenfels sieben Jahre lang Pfarrer. Das liegt im Süden von Sachsen-Anhalt. Der Operative Vorgang „Schütze“ hat nichts mit Militarismus zu tun, der bei mir zu vermuten wäre, sondern damit, daß ich auf einem Grundstück wohnte, wo Heinrich Schütz aufgewachsen ist. Das hatten die aber nicht kapiert.

Ich habe 1976/77 das erste Mal Schwierigkeiten mit dem Staatssicherheitsdienst gehabt, das wurde aber damals noch nicht unter diesem Decknamen geführt. Es war im Zusammenhang mit der Selbstverbrennung von Pfarrer Brüsewitz und der Ausweisung von Wolfgang Biermann. Wir haben mit einer Gruppe von Freunden einige Dokumentationen dazu gemacht und sie dem Schutzkomitee „Für Freiheit und Sozialismus“ und Amnesty International zugespielt, weil es sich vor allen Dingen darum handelte, wer im Nachgang Repressalien oder Verhaftungen ausgesetzt war. Da gab es ein Verfahren, das auf die Initiative von Bischof Krusche hin niedergeschlagen wurde. Ich war damals Theologiestudent. Es ist nur einer aus unserer Gruppe zusammen mit

Jürgen Fuchs und Gerulf Pannach inhaftiert und dann von Herrn Vogel nach West-Berlin gebracht worden.

Danach hatte ich etwas Ruhe, will ich mein Studium beenden mußte. Dann kam ich in das Pfarramt. 1984 begann die Observierung wieder, gleich als Operative Personenkontrolle, dann als Operativer Vorgang. Das hing damit zusammen, daß ich mich seit etwa 1980 in der Friedensarbeit, in der Gruppe „Frieden 83“ mit Friedrich Schorlemmer zusammen, engagierte, in der Friedenswerkstatt, in der „Solidarischen Kirche“ – das ist so etwas ähnliches wie „Kirche von unten“, die es in den südlichen Regionen der ehemaligen DDR gab, in der Umweltbewegung natürlich auch. Wir hatten eine eigene Umweltgruppe in Weißenfels; wir hatten Gemeindeabende, wo vor allen Dingen die sogenannten Regimekritiker zu Wort kamen.

Das soll vielleicht genügen. Es gäbe noch mehr zu sagen; aber das ist jetzt nicht so wichtig. Wichtig ist, daß der Staatssicherheitsdienst 1985 einen umfangreichen Operativplan erstellte, der auch in meiner Akte zu finden ist. Es wurde eine ganze Palette von Überwachungsmaßnahmen beschlossen – bis hin zur konspirativen Hausdurchsuchung, sprich Wanzen. Daraus geht aber auch hervor, daß das Wichtigste die Überwachung durch die inoffiziellen Mitarbeiter ist.

Der letzte Satz dieses Operativplanes lautet:

Es wird die Suche, Auswahl und Einführung eines IM der Dienst Einheit zur direkten Realisierung der Operativen Personenkontrolle (später Operativer Vorgang) auf Vertrauensbasis beschlossen.

Das ist Michael Altwein, alias – nein, alias sollte ich nicht sagen –, mit Decknamen Jürgen Becher. Wir haben uns 1985 kennengelernt und viel miteinander gemacht. Aber dazu soll er selbst etwas sagen.

Michael Altwein: Ich bin 37 Jahre, zur Zeit als selbständiger Handwerksmeister tätig. Ich möchte kurz schildern, wie ich als informeller Mitarbeiter zum MfS gekommen bin. Ich bin 1978 zu den Grenztruppen der damaligen DDR gekommen und wurde kurz vorher als IM angeworben, habe auch eine schriftliche Willenserklärung unterschrieben.

Heute muß ich, rückschauend, sagen, daß ich dies damals für eine richtige Entscheidung hielt. Ich war der Meinung, es sei wichtig, etwas für den Schutz und den Erhalt der DDR zu tun.

Während der Grundausbildung bei den Grenztruppen nahm ich ein Vierteljahr lang an einer Spezialausbildung teil. Die Anwerbung für diese Spezialausbildung fand während eines Gesprächs mit einem Stasioffizier statt, in dem ich gefragt wurde, ob ich interessiert wäre, eine Art Sonderausbildung mitzumachen, die nicht weiter schlimm wäre, mit dem Hinweis, daß der Gesprächspartner, der vor mir dran war, das abgelehnt hätte und er sein Studium in den Wind schreiben könne. Ich habe dem zugestimmt.

Die Ausbildung fand in einem kleinen Ort im Grenzgebiet im Süden der ehemaligen DDR statt. Die Teilnehmer waren etwa 25 bis 30 ausgesuchte Personen. Zum Inhalt der Ausbildung. Es waren extrem harte körperliche Anforderungen. Dazu gehörten Selbstverteidigung, extreme Schießausbildung, Beobachten von Gebäuden und Personen, Überlebenstraining in der Natur. Der Lehrgang beschäftigte sich auch mit dem Umgang mit Sprengladungen. In einem weiteren Lehrgang wurde z. B. der Überfall auf und die Festnahme von Personen an vorher präparierten Stellen trainiert.

Es war sicherlich so gedacht, daß ich später hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS werde, was ich aber abgelehnt habe.

Durch Bekannte hatte ich in Weißenfels Zugang zur kirchlichen Umweltgruppe der Stadt, und dadurch lernte ich den Lothar Tautz kennen. Das MfS interessierte sich für alles, was im Umfeld von Lothar Tautz passierte; speziell seine weitreichenden Verbindungen zu anderen kirchlichen Persönlichkeiten waren von großem Interesse und wurden vom MfS auch als Gefahr betrachtet.

Das MfS wollte genau über den Inhalt kirchlicher Veranstaltungen informiert werden, auch darüber, wenn Personen mit Ausreiseantrag anwesend waren. Meine Mitwirkung in der kirchlichen Umweltgruppe ermöglichte es dem MfS, spezielle Informationen über Meinungen und eventuelle Vorhaben von Mitgliedern zu bekommen.

Persönlich betrachtete ich die Umweltbewegung in der DDR als sehr notwendig. Rückschauend möchte ich sagen, daß ich bis zum bitteren Ende eigentlich dachte, die DDR sei noch reformierbar.

Vielleicht gibt es noch Fragen an mich. Ich bringe der Kommission mit diesen kurzen Sätzen sicherlich keine neuen Erkenntnisse. Aber ich betrachte mein Erscheinen hier als eine Aufarbeitung meiner ganz persönlichen Vergangenheit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Wir setzen die Befragung fort. Irena Kukutz war Mitglied der „Frauen für den Frieden“, eine der Initiatorinnen des Neuen Forums. Sie ist – das ist nun schon zwei Jahre her – bekanntgeworden mit dem Buch, das sich gründlich der IM-Frage näherte, „Geschützte Quelle“.

Irena Kukutz: Ich will versuchen, anhand der Aussagen der Monika H., mit der ich 1990 Gespräche führte, die ich dann zusammen mit Katja Havemann veröffentlicht habe, die hier gestellten Fragen zu beantworten. Das ist ja nun zwei Jahre her, und durch die Öffnung der Stasiakten weiß ich heute sehr viel mehr als damals. Dennoch sind die persönlichen Aussagen der Monika H. auch heute noch sehr wichtig für die Beantwortung der hier gestellten Fragen.

Zwei Fragen möchte ich besonders beantworten, die anderen mehr am Rand. Welche konkrete Form hatte die Zusammenarbeit mit der Stasi, und wie

gestaltete sich das Verhältnis zum Führungsoffizier? Welche Motivation zur Zusammenarbeit gab es, und wie motivierend war der Führungsoffizier?

Monika H. war eine hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiterin der Stasi. Sie bespitzelte anfangs den Friedenskreis Pankow, dann viele Jahre die „Frauen für den Frieden“ und auch die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“. Als sie 1981 angeworben wurde, war sie bereits 36 Jahre alt und arbeitete als engagierte, überzeugte Genossin viele Jahre in einem Verlag. Im Januar 1989 wurde sie durch uns enttarnt – ein Fehler in der Konspiration. Sie leugnete dann noch bis Juni ihre Zusammenarbeit mit der Stasi, bis sie sich endlich vor Gerd Poppe und Bärbel Bohley offenbarte.

Sie ist eine der wenigen, die noch zu DDR-Zeiten gezwungenermaßen die Zusammenarbeit mit der Stasi aufkündigte. Im Unterschied zu anderen IM-Kategorien ist sie eine hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiterin, und das war praktisch ein Full-time-Job – wie sie es sagte: Ich war immer im Dienst.

Monika H. wurde durch die Stasi mit einer sogenannten Legende aus ihrem Arbeitsprozeß herausgelöst, begleitet von einem fingierten Parteiausschluß, und nahm dann – im Stasisjargon – ein sogenanntes Scheinarbeitsverhältnis bei der Kirche auf. Sie erhielt ein Gehalt von der Stasi, anfangs 700 Mark, später 900 Mark – für DDR-Verhältnisse nicht wenig –, Prämien und sonstige Auslagen. Ihren Parteibeitrag bezahlte sie ordentlich jeden Monat bei ihrem Führungsoffizier. Von der Sozialversicherung bis zum Arztbesuch lief alles über die Stasi. Monika H. – sie hatte Asthma – war jahrelang bei einer IM-Ärztin in Behandlung, bei „einer der ihren“, wie es ihr Führungsoffizier ausdrückte, als er sie zu ihr schickte.

Als absolut zuverlässige Genossin, wie sie sich selbst bezeichnete, hatte sich Monika H. gewundert, daß sich die Stasi nicht schon viel früher an sie gewandt hatte. In der Phase des Vorlaufs hatte sie mehrere Treffen in konspirativen Wohnungen, und nach einem halben Jahr unterschrieb sie dann eine Verpflichtungserklärung. Ihren Decknamen suchte sie selber aus und unterschrieb fortan alle Quittungen, Berichte usw. mit diesem.

Seinerzeit hatte man zu ihr gesagt, daß sie jederzeit aussteigen könne, wenn sie mal nicht mehr wolle, was eine Täuschung war, wie sie später feststellen mußte; denn wen die Stasi erst einmal in der Pflicht hatte, den gab sie so schnell nicht wieder her. Das läßt sich auch an Hand anderer Fälle belegen. Als sie später, im Jahre 1989, endlich Schluß machen wollte, bedrohte sie ihr Führungsoffizier, und sie fürchtete um ihr Leben.

Die Stasi hatte genaue Kenntnis über das Vorleben ihrer IM-Kandidaten. Im Falle von Monika H. ging das so weit, daß selbst die Krankengeschichte aus derzeit eines längeren Aufenthalts in der Psychiatrie den Genossen bekannt war, was Monika H. sehr befremdete, als sie es erfuhr.

Eine der eisernen Grundregeln der Arbeit der Stasi war die Konspiration. In

der Regel kannten die IM nur wenige Genossen der Stasi persönlich. Der Führungsoffizier verkörperte das Ministerium. Die Führungsoffiziere waren bemüht, ihren IM das Gefühl völliger Sicherheit vor Enttarnung zu geben. Auf meine Frage, warum sich Monika H. so sicher war, doppelt und dreifach durch die Stasi abgesichert zu sein, antwortete sie mir damals:

Erstens haben sie mir das immer wieder gesagt, und zweitens bin ich ja nicht aufgefliegen ... Ich hatte ... mal gefragt, ob ich nicht auffliegen kann, wenn sie Informationen, die sie von mir kriegen, auch anderen Genossen geben, wenn die sie brauchen. Und da sagte er mir, daß die Genossen nicht einmal meinen Decknamen kennen. Wenn er eine Information von mir zur Benutzung weitergibt, dann bin ich eine „geschützte Quelle“ ... Und über die zu schützende Quelle Karin Lenz, deren richtigen Namen nur einzelne kannten, existiert natürlich auch eine Akte. Allerdings gibt es ebenso eine Akte von der Oppositionellen Monika. Genau solch eine Akte, wie sie auch über euch geführt wurde ...

Diese Kenntnis von Monika H., die ihr durch ihren Führungsoffizier vermittelt wurde, trifft nicht zu. Es finden sich Berichte von Monika H. in verschiedensten OV und ZOV, und der Deckname Karin Lenz ist darauf vermerkt. Ihre IM-Akte ist nach jetzigem Erkenntnisstand verschwunden, und eine Opferakte existiert nicht.

Nach meiner heutigen Kenntnis sind IM als zu bearbeitende Personen in Zentrale Operative Vorgänge eingebaut worden, in denen meist ganze Gruppen bearbeitet wurden. So auch im Falle der Monika H., die im ZOV „Wespen“, den „Frauen für den Frieden“, als zu bearbeitende Person registriert ist, wobei ihr Führungsoffizier, Detlef Jäger, der Bearbeiter dieses Zentralen Operativen Vorgangs war. Ihr Deckname war, wenn sie als Oppositionelle beobachtet wurde, „Wespe“.

Wie sehr sich Monika H. über die perfekte Konspiration der Stasi täuschte, zeigt ein Beispiel aus den Akten. Im Bericht einer IM „Tilly“ der BV Berlin, Abteilung XX, aus dem Jahr 1984 berichtet die IM davon, daß sie von der operativ bekannten Monika H. aufgefordert wurde, andere Frauen aufzufordern, Protestkarten und -briefe an die Staatsanwaltschaft gegen die Inhaftierung von Ulrike Poppe und Bärbel Bohley zu schreiben. Daneben ist als Bleistiftnotiz zu lesen: Genehmigte Aktion der Hauptabteilung XX, Monika H., IM der Hauptabteilung XX.

Monika H. ahnte zwar, wer, wie sie, in den Gruppen auch ein IM war, sagt aber selbst in ihrer Analyse, die sie nach ihrer Enttarnung 1989 für die Stasi schrieb:

Ich weiß, daß es für einige mit Sicherheit zutrifft (IM zu sein), wobei ich diese Sicherheit keinesfalls bestätigt wünsche. Es lebt und arbeitet sich auf jeden Fall ohne eine solche Bestätigung besser und sicherer ...

Zur Konspiration gehörte es, daß auch der Führungsoffizier einen Decknamen hatte. Im Fall von Monika H. wurde dann aus Detlef Jäger Detlef Jordan. Sie kannte den richtigen Namen, weil sie einmal seinen Dienstausweis gesehen hatte.

Die persönliche Bindung an den Führungsoffizier, das bedingungslose Vertrauen zu ihm war eine weitere wesentliche Bedingung der Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern. Monika H. sagt dazu:

Es hat eine Weile gedauert, bis sie den passenden Typen für mich gefunden hatten. Mit den ersten beiden lief es überhaupt nicht . . . Ich hatte zu ihm ein gutes Verhältnis, auch ein persönliches. Er hat mich gemeint, das habe ich immer gedacht . . . Ich brauchte in dieser Zeit ja keinen Psychologen. Wenn ich mal traurig war, brauchte ich nur anzurufen, dann war jemand da, der sich mit mir unterhalten hat. Wir haben bis in die Nacht geschwätzt. Ich konnte meine Probleme loswerden ...

Wenn man die Richtlinien der Stasi kennt, weiß man, welche ein Zynismus der Führungsoffiziere dazu gehörte, den IM dieses Gefühl zu vermitteln.

Monika H. hat selbst keine Berichte geschrieben. Sie berichtete ihrem Führungsoffizier, was sie erfahren hatte, und er fertigte die Berichte. Bedingt war diese Arbeitsweise durch ihre Persönlichkeitsstruktur. Sie hatte ein gutes Gedächtnis, redete viel und sehr durcheinander, so daß es sicher für den Führungsoffizier einfacher war und mehr Informationen herauszuholen waren, wenn er sie reden ließ, sich das Wichtigste herausholte und später selbst aufschrieb.

Für die Motivation zur inoffiziellen Zusammenarbeit war nach meinen Erkenntnissen – und das beziehe ich auch auf viele andere Fälle, die mir außer dem von Monika H. bekanntgeworden sind – die politische Überzeugung von herausragender Bedeutung, der Irrtum, einer guten Sache zu dienen oder Schlimmeres abzuwenden. Die Staatstreue oder mindestens die Loyalität der sozialistischen Staatsmacht gegenüber also war von besonderer Bedeutung. Monika H. in ihrer Analyse für die Stasi:

Unsere Motivation ist ja eine völlig andere. Vielleicht haben wir deshalb sowenig gute Einfälle. Sicher müßten wir deren Motivation noch stärker in uns versenken, um in jeder Beziehung glaubhafter und realistischer für die anderen (damit waren wir gemeint) zu sein, ohne sich dabei selbst zu verlieren.

In den wenigsten Fällen, die mir bekannt sind, war das Motiv für die Zusammenarbeit Erpressung, auch dann, wenn die Stasi unter einem solchen Vorwand an die IM-Kandidaten herangetreten war. Auch ich mußte als Irrtum erkennen, daß ich geglaubt hatte, die Stasi zwingt die IM zur Zusammenarbeit.

Auch Zuwendungen, Geschenke und andere Vorteile waren kein wesentliches

Moment. Die Vorteile, die die Zusammenarbeit mit der Stasi einbrachte, waren weniger materieller Natur. Belobigungen, Zuwendungen und kleine Aufmerksamkeiten, aber auch Orden waren jedoch für Monika H. außerordentlich wichtig zur Stärkung ihrer Motivation.

Die Motivation zur Zusammenarbeit hat auch ganz wesentliche Wurzeln im persönlichen, psychologischen Bereich, auf den ich hier nicht näher eingehen kann. Nur soviel: Auch Monika H. hatte eine gestörte Kindheit und Jugend. Sie wuchs im Kinderheim auf, und Liebe, Zuneigung und Geborgenheit suchte sie auch – das sind ihre eigenen Worte – „unter der schützenden Hand der Stasi“.

Als Monika H. 1981 angeworben wurde, stieg sie mit dem Bewußtsein in das Spitzelunwesen ein, eine Kundschafterin an der unsichtbaren Front für die Ideale des Sozialismus zu werden. Sie sagt selbst dazu:

Ich habe mir gesagt: Du bist doch auch eine ganz Tapfere . . . würdest doch auch die Klappe halten, dich in die feindlichen Reihen einschleichen und dann deinen Genossen sagen, was der böse Feind tut ...

Später geriet sie zunehmend in Zweifel. Sie sagt dazu:

Ihr ward nicht die Feinde, wie ich mir Feinde vorgestellt hatte. Ich mußte mir das immer wieder kräftig einreden, daß ihr was ganz Schlimmes gegen den Staat tut. Die Sache war wichtiger als der Mensch ...

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Nun als letzter in dieser Reihe Dr. Heinz Busch, ehemals Oberst des MfS, der zum Schluß bei der Hauptverwaltung Aufklärung gearbeitet hat. Vielleicht könnten Sie sich insbesondere auf die Frage konzentrieren, die auch heute vormittag schon angesprochen wurde: Inwieweit wird die HVA in die innere Repression des MfS einbezogen? Welche Bedeutung hatten die Berichte von inoffiziellen Mitarbeitern für die Lageeinschätzung wie auch für aktive Maßnahmen?

Dr. Heinz Busch: Befehle, die der Staatssicherheitsminister auch zu Fragen der inneren Sicherheit der DDR erlassen hatte, aber auch in jedem Befehl, beispielsweise über operative Aktionen, sei es nun die Absicherung von Wahlen, von Staatsstreichen oder von Staatsfeiertagen, von Parteitag usw. wurden der HVA umfangreiche Teilaufgaben zugewiesen. Das war goldene Regel, von der es keine Ausnahme gab. Dabei ist ein bedeutsamer zeitlicher Einschnitt zu bemerken, der etwa auf den Beginn der 80er Jahre fällt. Während bis dahin die Forderungen im allgemeinen von dem Prinzip der Mitnutzung der vorhandenen Möglichkeiten der Aufklärung für den jeweiligen inneren Sicherungszweck ausgingen, bedingten sie mit zunehmendem Anwachsen oppositioneller Strömungen in der DDR auch spezielle Maßnahmen der Hauptverwaltung A, die oftmals zu erheblichen Komplikationen für den eigentlichen Aufklärungsauftrag führten. Inoffizielle Mitarbeiter im Operationsgebiet, also

in der Bundesrepublik Deutschland und vor allen Dingen in Westberlin, mußten beauftragt werden, neben ihrer klassischen Spionage oder für den Sektor Wissenschaft und Technik, sage ich mal, auch über die Beschaffungsmission hinaus Informationen über Verbindungen von DDR-Bürgerrechtlern zu staatlichen Stellen und zu politischen Organisationen der Bundesrepublik zu gewinnen. Quellen mit entsprechenden Möglichkeiten in staatlichen, aber auch kommunalen Einrichtungen der alten Bundesrepublik hatten darüber zu berichten, wenn sich Bürger der DDR mit Ersuchen z. B. in Ausreiseangelegenheiten an diese Institutionen gewendet hatten etc.

Inoffizielle Mitarbeiter des Hilfsnetzes, also Bürger der DDR, wurden in zunehmendem Maße für Abwehrrzwecke eingesetzt. Insbesondere dann, wenn sie Zugang zu Bürgerrechtsgruppen und anderen, als oppositionell bezeichneten Kreisen hatten oder, wenn sie über Voraussetzungen dafür verfügten, daß man sie dorthin steuern konnte.

Einen weiteren Aspekt will ich mit in die Betrachtung einflechten, auch wenn er über den Aspekt der IM-Nutzung hinausgeht, aber er ist charakteristisch für die Art und Weise der Mitwirkung der HVA bei der Ausführung des inneren Sicherungsauftrages, bei der Realisierung der Repressivfunktion. In den letzten Jahren vor dem Ende der DDR wuchs Zahl und Umfang der sog. Sicherungseinsätze, an denen eine immer größere Zahl von Mitarbeitern der HVA, auch solche, die sich aus der Sicht des geplanten Aufklärungsauftrages eigentlich hätten tarnen müssen, teilnehmen mußten und in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch der DDR auch unmittelbar bei der Unterdrückung und bei der Eindämmung von Demonstrationen mitwirkten.

Meine Damen, meine Herren, ich möchte im Zusammenhang mit dem anstehenden Thema, vielleicht auch aus der Sicht der Informations- und Auswertungsorgane, einige Beispiele liefern für die Bekräftigung der These, wie sie hier aufgestellt worden ist, daß es überhaupt keinen Anlaß gibt, in diesem Sinne, unter diesem Aspekt zu unterscheiden zwischen der Aufklärung und der Abwehr.

Am 25. Januar 1988, wenige Tage nach diesen Festnahmen, die die Staatssicherheit auf der Berliner Karl-Marx-Allee während der Vorbereitungsphase zur Demonstration zum Liebknecht-Luxemburg-Mahnmal vorgenommen hatte, wurde die Abteilung 7, das Zentrale Informationsorgan des Leiters der Hauptverwaltung A, angewiesen, speziell für alle operativen Diensteinheiten der HVA eine Übersicht über Informationsschwerpunkte zur PID, (Politisch-Ideologischen-Diversion) aufzustellen, die alle darauf angelegt waren, daß die operativen Diensteinheiten der Aufklärung und der Nutzung all' ihrer Möglichkeiten einen ständigen, signifikanten Beitrag zur Aufklärung dieses Aspektes der staatssicherheitlichen Tätigkeit zu bringen haben.

Im übrigen darf ich hinzufügen, daß es schon sehr lange, ich bin in der Hauptverwaltung seit 1975 tätig gewesen, schon die Regel war, daß jährlich

einmal ein Bericht über die Erkenntnisse der Hauptverwaltung A zur politisch-ideologischen Diversion des Gegners erarbeitet werden mußte, der unmittelbar Mielke zugestellt wurde und der von Mielke der ZAIG (der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe) übergeben wurde, mit der Maßgabe, die Erkenntnisse der HVA in die zentrale Analyse für die Partei- und Staatsführung einzuarbeiten.

Ich darf vielleicht, um dann auch gleich zum Schluß zu kommen, zur Illustration der Verbindlichkeit des Auftrages aus der Planorientierung, aus diesem zentralen Führungsdokument, dessen sich die Leitung des Ministeriums seit Ende der 70er Jahre bediente, von 1968 zitieren. Es heißt dort: „Im Interesse der Erfüllung der Gesamtaufgabenstellung des MfS zur Gewährleistung der inneren Sicherheit der DDR und des MfS“, das letztere ein sehr interessanter Aspekt, über den man aber mal gesondert sprechen müßte, „sind operativ bedeutsame Erkenntnisse der Aufklärung zielgerichtet für die Abwehr zu erschließen“.

Noch umfassender haben die Diensteinheiten der Aufklärung mit ihren speziellen Mitteln und Möglichkeiten dazu beizutragen, die von den feindlichen Zentren gegen die DDR gerichteten Pläne und Aktivitäten aufzuklären, feindliche Verbindungen und Kontakte in die DDR aufzuspüren und damit ihren Anteil an der Klärung der Frage, wer ist wer, zu erhöhen. Im übrigen war es dann eine goldene Regel, daß zum Ende eines Berichtsjahres, im November war das, stets von der Leitung der Hauptverwaltung A durchaus bewertet wurde, wie hoch, wie gewichtig denn der Beitrag gewesen war, den im abgelaufenen Berichtsjahr die jeweilige operative Diensteinheit zur Problematik politisch-ideologische Diversion und seit Mitte der 80er Jahre, das darf ich noch hinzufügen, auch zum Aspekt PUT, also zur politischen Untergrundtätigkeit, gebracht hat.

Ich möchte mir gerne noch eine kleine Minute nehmen, um auf zwei mir wichtig erscheinende Fragen, die hier etwas kontrovers debattiert worden sind, einzugehen, nicht im Sinne einer Korrektur, sondern vielleicht nur im Sinne einer Weiterführung der Diskussion. Mir scheint, den Eindruck habe ich nicht erst hier gewonnen, aber hier ist er noch einmal bekräftigt worden, daß der Aspekt offizielle Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit im Kontext mit der gewichtigeren inoffiziellen, konspirativen Tätigkeit doch unterschätzt wird. Jeder Parteifunktionär der SED, der eine Bezirksparteischule besuchte, ich rede gar nicht von denen, die die Parteihochschule besuchten, die in Berlin oder gar die in Moskau, wurden unterwiesen in den Grundregeln des Zusammenwirkens mit den Organen der Staatssicherheit. Das war nicht nur eine Angelegenheit der Staatssicherheit selbst, sondern das war auch ein Element aus der Führungslehre der Partei. Und dort muß man erst mal nachlesen, was den Leuten mit auf den Weg gegeben wurde. Die große Pflicht, so wie das Wladimir Iljitsch Lenin ja wohl mal formuliert hatte, daß sich

jeder Kommunist auch zugleich als guter Tschekist erweisen muß. Ganz in diesem Sinne ist diese Unterweisung, die in allen Schulungsprogrammen der Parteischulen, der Kreisparteischulen aus gutem Grund nicht zu finden ist, enthalten.

Auf der anderen Seite betrachteten die operativen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, betrachtete die Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit das offizielle Zusammenwirken immer im Kontext mit der konspirativen Sphäre natürlich, aber das offizielle Zusammenwirken mit den Leitern staatlicher Institutionen, insbesondere sensitiver Bereiche, mit den Kommandeuren der Truppenteile der Nationalen Volksarmee, mit den Leitern der Volkspolizei, Kreisämtern und der Bezirksbehörden der Volkspolizei und mit anderen Leitern sensitiver Bereiche der Gesellschaft der DDR als ein Wirkungselement, als ein Wesenselement, das auch bestimmten Regeln unterlag, die in Koordination mit den operativen Wirkungsmöglichkeiten genutzt wurden. Und es wäre wirklich verfrüht, aus dem Umstand, daß der für ein wichtiges Objekt, nehmen wir mal das hier heute genannte Kernkraftwerk Greifswald, zuständige Mitarbeiter der Staatssicherheit unter der Referatseite Abwehr regelmäßig den Generaldirektor des Werkes aufgesucht hat, schon zu schlußfolgern, dann ist er mit hoher Wahrscheinlichkeit inoffizieller Mitarbeiter gewesen. Das muß er nicht gewesen sein, es war in sehr vielen Fällen, ich spreche hier aus meiner eigenen Praxis, als Abwehrmitarbeiter vor 1975, es war sogar eine goldene Regel, daß man sagte, wenn nicht konkrete operative Umstände, konkrete Verbindungen etwas anderes geboten, daß man diesen Mann, den staatlichen Leiter nicht anzuwerben braucht, weil er ja ohnehin gehalten ist, aufgrund seiner Funktion dem MfS alles Wissenswerte mitzuteilen und umgekehrt, das Ministerium für Staatssicherheit diese Funktion auch nutzen kann, um im Sinne operativer Vorhaben Einfluß auf bestimmte Entwicklungen im Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Leiters zu geben. Ja, das hat mir noch am Herzen gelegen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank, Herr Dr. Busch. Wir sind jetzt zeitlich ziemlich weit vorangeschritten. Es hatten sich drei Mitglieder der Enquete-Kommission zu Wort gemeldet. Es ist jetzt abgesprochen worden, daß nun erst mal kurz fünf Minuten Pause gemacht wird und dann die Anhörung der anderen Zeitzeugen fortgesetzt wird. Eine Fragerunde können wir aus Zeitgründen erst am Schluß dieser zweiten Befragungsrunde machen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben ja nun in der ersten Anhörungsrunde mit den Zeitzeugen und Experten hauptsächlich über die inoffiziellen Mitarbeiter gesprochen. Es soll jetzt in der darauffolgenden Runde mehr um die Akten selbst gehen, um die operativen Vorgänge oder die Vorstufe dazu, die operative Personenkontrolle. Es hat sich, was die personelle Zusammensetzung der Experten betrifft, eine Veränderung ergeben:

Roland Jahn hat kurzfristig abgesagt, auch Herbert Mislitz hat abgesagt. Dafür hat kurzfristig Herr Bernhard Simon zugesagt, sich hier auch noch als Zeitzeuge zu äußern. Somit hätten wir jetzt noch fünf Beiträge, wovon vier der hier zu befragenden Experten und Zeitzeugen einen eigenen operativen Vorgang haben, und es würde erst einmal darum gehen, was das eigentlich ist und daß das auch keine zufällige Angelegenheit ist, sondern eine sehr systematische. Wer darüber hinaus vielleicht noch mal ein Beispiel sehen will, der kann sich den „Spiegel spezial“ kaufen, da sind große Auszüge oder eine ganze Reihe von interessanten Details aus einem operativen Vorgang abgedruckt und kommentiert von Wolfgang Templin, dem Bürgerrechtler und Oppositionellen. Wir werden das in dieser Ausführlichkeit natürlich hier nicht machen können. Ich bitte jetzt Reinhard Schult um sein Wort, lange Jahre ein Vertreter der ostdeutschen Opposition in vielen verschiedenen Gruppen, Mitbegründer des Neuen Forums, jetzt Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

Reinhard Schult: Operative Personenkontrolle, operative Vorgänge zu erklären, ist nicht allzu schwierig. Operative Personenkontrolle ist nicht automatisch ein Vorläufer zum operativen Vorgang. In der HVA waren operative Personenkontrollen auch oftmals IM-Vorläufe. Operative Personenkontrollen dienen in erster Linie zur Aufklärung der zu bearbeitenden Person. Und hier, denke ich, ist vielleicht auch in der Sprache schon mal wichtig, dieses dualistische Opfer-Täter-Schema zu durchbrechen.

Es gab, neben den Leuten, die als Gegner eingestuft worden sind und dann in operativen Vorgängen bearbeitet wurden, eine große Anzahl von Personen, die einfach erst mal nur erfaßt worden sind, wo man die politische Zielrichtung versucht hatte aufzuklären, weil sie in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen tätig waren, neben den Leuten, die dann als inoffizielle Mitarbeiter tatsächlich als Täter tätig waren.

Operative Personenkontrollen mußten auch nicht in jedem Fall, wie es bei operativen Vorgängen war, einen Decknamen haben. Es kam auch öfter vor, daß diese OPKs einfach mit dem Nachnamen bezeichnet worden sind. Meine operative Personenkontrolle hieß einfach OPK Schult. Sie wurde im Mai 1978 angelegt und hatte zwei konkrete Aufgaben. Erstens, das Feststellen, ob wieder ein illegaler Regionalkreis der Bausoldaten in der Hauptstadt der DDR existiert und welche Rolle Schult innerhalb dieses Regionalkreises spielt. Und zweitens, welche Rolle spielt Schult innerhalb des Ev. Männerwerkes bei der Organisierung und Instruierung der Bausoldaten? Diese operative Personenkontrolle war ein Mittelding zwischen den beiden operativen Vorgängen. Der erste wurde 1977 angelegt von der Hauptabteilung I, das war die Abteilung, die die Armee zu durchdringen und zu kontrollieren hatte. Ich war selber dort als Bausoldat im Dienst. Und dieser operative Vorgang hatte auch nicht nur meine Person, sondern eine zweite Person als Bearbeitungsperson vor sich. Dieses ist nicht unüblich. Es gibt viele

operative Vorgänge, in denen gleichzeitig mehrere Personen bearbeitet werden, wie in diesem. Operative Vorgänge wurden immer eingeleitet von der Staatssicherheit, wenn sie den Verdacht von konkreten Straftaten gefaßt hatte und hatten in der Regel das Ziel, den Nachweis dieses Anfangsverdachts zu erarbeiten und, wenn möglich, zur Festnahme zu führen. Dieser erste operative Vorgang vom Oktober 1977 hatte den Decknamen „Ketzer“. Er bearbeitete zwei Personen aus der Bausoldatengruppe, die damals bei Königswusterhausen dienten. Insgesamt bestand die Gruppe aus zehn Leuten. Da innerhalb dieser Gruppe kein inoffizieller Mitarbeiter drin war und auch nicht angeworben werden konnte, nahm man als Hilfsmittel die Postzielfahndung, das hieß die Postkontrolle, da die Gruppe regen Postverkehr zu anderen Bausoldaten hatte.

Gleichzeitig realisierte man eine 26b-Maßnahme, das hieß Abhören der Gruppe mittels Wanze. Die Gruppe traf sich einmal in der Woche in dem Keller des Heizhauses des Armeeobjektes zu gemeinsamen Gesprächen und einer gemeinsamen Andacht. Und innerhalb der Akte sind die gesamten Versammlungen dort protokolliert über die Wanze, die man in diesen Heizhauskeller einbaute.

Gleichzeitig versuchte man, um die Gruppe besser kontrollieren zu können bzw. mehr über die Planungen in Erfahrung zu bringen, einen anderen Bausoldaten, der in einer anderen Stadt stationiert war, unter einer Legende, die hieß, daß er die Bibliothek des Objektes in Ordnung zu bringen hat, so in Abständen von allen drei/vier Monaten zu uns hinzugesellen, der also die spezielle Aufgabe hatte, uns zu überwachen. Diese Einführung des IM wurde mit Hilfe des Stabskommandanten realisiert. Der Stabskommandant dieses Objektes war neben seiner offiziellen Tätigkeit bei der NVA gleichzeitig HFIM (hauptamtlicher führungsinoffizieller Mitarbeiter), der dafür zuständig war, auch die IMS innerhalb des Objektes anzuleiten. Ich halte es einfach auch noch mal für wichtig, dies zu erwähnen, weil ja immer wieder die Diskussion aufkommt, daß Leute in führenden Positionen sowieso mit der Staatssicherheit reden mußten und dort Kontakte hatten. Die Staatssicherheit hat sich sehr wohl noch mal extra dieser Personen auch in den Führungskreisen versichert und sie verpflichtet, konkrete Aufgaben innerhalb des MfS zu übernehmen, sie also nicht nur nach Personen auszufragen, sondern auch konkret einzusetzen.

Dieser erste operative Vorgang wurde im April 1978 beendet. Die Beendigung wurde so begründet, daß aus strafpolitischen Erwägungen, die darin bestehen, daß z. B. die Autoren der genannten Schriften – wir haben damals verschiedene Texte von Kunze, Biermann, Fuchs vervielfältigt, verteilt und auch verschickt, haben Briefe an die Bausoldatengruppen geschickt und verteilt, mit negativ-feindlichem Charakter bisher seitens der Sicherheits- und Justizorgane der DDR nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurden oder da Schult und Kästner, der zweite Mann, ihren tatsächlichen, auf die Schaffung eines

politischen Untergrundes gerichteten Aktivitäten mit religiösen Tun und gegenwärtig eine Konfrontation mit Kirchenkreisen politisch nicht vertretbar ist sowie die Tatsache, daß für die Erfüllung des Tatbestandes notwendige Beweise ausschließlich inoffizieller und damit nicht verwertbarer Natur sind, wird von einer Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gemäß Paragraph 106 (staatsfeindliche Hetze), abgesehen.

Diese erwähnte operative Personenkontrolle zur weiteren Aufklärung der Tätigkeit im zivilen Bereich, führte dann zu einem nächsten operativen Vorgang, der im Februar 1979 unter dem Decknamen „Leithammel“ eröffnet wurde mit der Zielstellung, erstens den Nachweis zu erbringen, daß hier staatsfeindliche Handlungen nach den Paragraphen: verfassungsfeindlicher Zusammenschluß, Geheimnisverrat, feindliche Verbindungen und staatsfeindliche Hetze, etc. getätigt worden sind.

Weiteres Ziel: Einschränkung seiner Wirksamkeit, also Schult als Rädelsführer bereits im Verlauf und Bearbeitung des OV's auszuschalten, Beseitigung begünstigender Bedingungen für den Mißbrauch kirchlicher Gruppen. Das geschieht durch gezielten IM-Einsatz, Nutzung der offiziellen Kontakte zu kirchlichen Stellen, Möglichkeiten bestimmter staatlicher Stellen. Drittens: Die differenzierten Reaktionen kirchlicher Kreise auf die negativen Handlungen des Schult sind zu nutzen, um Schult innerhalb der Kirche zu isolieren, damit sich die Kirche bei einer evtl. nötigen Festnahme des Schult von ihm distanziert. Die nötigen Maßnahmen der Koordinierung waren die Heranziehung der Akten von der Hauptabteilung I an die Hauptabteilung XX/4, die vorhin schon beschrieben worden ist. Der Versuch der Differenzierung innerhalb dieser Berliner Regionalgruppe der Bausoldaten zwischen dem ev. Männerwerk und uns in Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder, um dort weitere IMs mit heranzuführen. Und die Zusammenarbeit mit der Kreisdienststelle Friedrichshain, die ebenfalls einen HFIM in ihren Diensten hatte. Hier wurde festgelegt, daß mit dem Führungsoffizier eine Absprache stattfand.

Darin sollte der IM wie folgt instruiert werden:

Erstens, sachliches und parteiliches Auftreten gegen Schult, negativem Wirken des Schult im Klassenelternaktiv entgegentreten, prüfen, ob ein Aufzeichnungsbuch für das Elternaktiv existiert, wenn nicht, ein solches einführen, aufklären, wer die anderen Mitglieder des Elternaktives sind und diese einschätzen. Aus diesem Elternaktiv soll ein weiterer IM geworben werden mit der Zielstellung, daß dieser das Vertrauen des Schult gewinnt.

Dazu der Einsatz von vier weiteren IMs, die konkret in verschiedenen Bereichen eingesetzt werden sollten. Darunter ein Pfarrer, der damals Leiter der berufstätigen Jugend war und der in einem speziellen Vertrauensverhältnis zu uns stand. Weitere Maßnahmen waren Personenkontrolle des Schult zu besonderen Anlässen, wie z. B. Pfingsten 1979. Das hieß, gezielte Personenkontrolle über die im kirchlichen Raum eingesetzten IMs und mit der Abteilung XVIII, das

war die Abteilung, die die Volkswirtschaft bearbeitete, ist ein diesbezügliches Koordinierungsgespräch zu führen, um eine Personenkontrolle des Schult bei besonderen Anlässen am Arbeitsplatz einzuleiten. Dies sah konkret so aus: Begleitung von mehreren Fahrzeugen, Begleitung auf der Straße, tagelange Kontrollen jeweils an sog. gesellschaftlichen Höhepunkten.

Die Festnahme – dieser OV wurde mit der Festnahme abgeschlossen – fand dann am 13. August 1979 statt. Anklagepunkte waren nicht die vorgesehenen des operativen Vorganges, sondern „öffentliche Herabwürdigung“ und Beihilfe zur Republikflucht. Eingesetzt zu diesem Zeitpunkt war ein inoffizieller Mitarbeiter aus dem Betriebsbereich, der die ersten Zeugenaussagen vor der Festnahme und damit auch die ersten Beweismittel lieferte, die zum Haftbefehl ausreichten. Während der Haftzeit verschaffte sich die Staatssicherheit über die Wohnung von einem Freund von mir über konspirative Aktionen die Wohnungsschlüssel und führte zumindest in einem Fall eine konspirative Hausdurchsuchung durch. Sie besorgte sich über Kontaktleute die Wohnungsschlüssel meiner Mutter, die als Deckperson eingeschätzt worden ist und versuchte durch gezielten Druck noch Anwerbungen innerhalb des damaligen Friedenskreises, sog. Zersetzungsmaßnahmen, einzuleiten, die u. a. den Verdacht aufbringen sollten, daß ich inzwischen selber für die Staatssicherheit arbeiten würde oder daß andere inzwischen denunziert hätten. Zielrichtung war, den Kreis zu zerschlagen.

Die Inhaftierung endete mit acht Monaten Verurteilung in Haft. Nach der Haftentlassung wurde versucht, über den Betrieb eine Kündigung einzuleiten, da man versäumt hatte, das DDR-Arbeitsgesetzbuch anzuwenden, was seit 1979 die Möglichkeit festgeschrieben hatte, bei grober Vernachlässigung staatsbürgerlicher Pflichten mit fristlosen Entlassungen zu reagieren. Dies hatte man vergessen oder unterlassen. Ich wurde also nach der Haft im selben Betrieb arbeitend zu einer Reihenuntersuchung zum Betriebsarzt vorgeladen, der mich kurz untersuchte, feststellte, daß ich für meinen Beruf völlig untauglich wäre und ich mich sofort bei der Kaderabteilung melden müßte.

Die Kaderabteilung wußte schon Bescheid, man sagte, ich müsse sofort meinen Beruf aufgeben, man könne mir aber keine vernünftige andere Stelle bieten, höchstens einen Vier-Schicht-Dienst-Job mit weniger Geld und ich hätte jetzt die Alternative, mich innerhalb dieser halben Stunde zu entscheiden, entweder die neue Arbeit oder Kündigung aus dem Betrieb. Im Bunde waren hier die Betriebsärztin, die als inoffizielle Mitarbeiterin arbeitete und die als Kaderleiterin sowieso instruierte Frau.

Nach meiner Intervention, dann doch noch zur Betriebspoliklinik hinzugehen, wo auch andere Ärzte waren und mich noch mal röntgen zu lassen – ich habe dann selber dort die Röntgenplatten entwendet und mir unabhängige Gutachten schreiben lassen – verlief die Aktion im Sande. Man verzichtete dann auf weitere Versuche, mich aus dem Betrieb zu entfernen.

Anfang 1980 ist dann in diesem Zusammenhang der nächste operative Vorgang ebenfalls wegen verfassungsfeindlichem Zusammenschluß und staatsfeindlicher Hetze eröffnet worden, diesmal unter dem Decknamen „Pazifist“. Maßnahmen waren Warnungen durch mir bekannte Personen, nicht wieder straffällig zu werden. Ab 1983 verhängte Reisesperre ins Ausland, konspirative Hausdurchsuchung und gezielte Einschleusung von inoffiziellen Mitarbeitern über jahrelange Blickfeldarbeit, wie man das in ihrem Jargon sagte. Blickfeldarbeit hieß, eine Person ins Umfeld so in die Nähe zu bringen, daß er nicht auffällig wird, aber dennoch bemerkt wird und langsam Interesse daran findet. In einem Fall dauerte diese Blickfeldarbeit so ungefähr sechs Jahre, bis es dem inoffiziellen Mitarbeiter gelang, in den engeren Kreis der vertrauten Personen einzudringen. Gleichzeitig wurde natürlich das gesamte Umfeld erfaßt. Es gibt innerhalb des operativen Vorganges viele Listen, wo immer wieder Personen aufgezählt werden, mit denen man bekannt ist. Da stehen sogar die eigenen Kinder drauf. Und die Versuche, auch innerhalb des Umfeldes, also bei Partnern oder Partnerinnen, zu versuchen, die berufliche Existenz zu zerstören, also Leute aus dem gesellschaftlichen Umfeld herauszuziehen und in weniger politisch oder gesellschaftlich wirksame Bereiche zu versetzen.

Der operative Vorgang ist nicht abgeschlossen worden, er lief also bis 1989. Die Staatssicherheit hat noch vor dem Umbruch zahlreiche Dokumente vernichtet, so daß er relativ lückenhaft ist. Klar ist, daß die Bedingungen für eine konkrete Festnahme aus politischen oder rechtspolitischen Gründen in den 80er Jahren schlechter wurden, wie es immer wieder benannt worden ist, daß man für Dinge, für die man 1978/79 inhaftiert worden ist, z. B. für die Weitergabe von Büchern, Material und Schriften, in den 80er Jahren die Gefahr relativ geringer wurde, inhaftiert zu werden. Klar war, daß man innerhalb dieses Vorganges über das persönliche Umfeld mehr oder minder total informiert war, es aufgeklärt hatte, man also einen ziemlich lückenlosen Bericht seiner zehnjährigen Vergangenheit hat. Zum Abschluß noch mal, vielleicht weil es ja doch nicht nur um Staatssicherheit für meine Begriffe geht, sondern einfach auch um den Umgang der geschichtlichen Bewertung. Ich halte die Entgegensetzung von Opfern und Tätern, bei denen es ja doch immer zu Auseinandersetzungen mit der Staatssicherheit gekommen ist, für irreführend, speziell wenn es in den politisch-moralischen Bereich geht. Ich denke, daß man nicht zulassen darf, daß der Täter-Begriff anfängt zu verschwimmen, daß alle für immer ein bißchen Opfer und ein bißchen Täter sind und vielleicht nur ein paar hundert Leute – sog. Oppositionelle – dieses nicht waren. Ich denke, es gab wirkliche Täter, die auch zu benennen sind, es gab Mitläufer, es gab Leute, die sich verweigert haben in diesem Land und ich denke, das war nicht eine geringe Anzahl und es gab für meine Begriffe weit mehr Oppositionelle, die nicht nur in den Oppositionsgruppen zu suchen sind. Ich denke, daß es wichtig wäre für eine Enquete-Kommission, dieses falsche

Bild, das in der Sprache hergestellt wird in der Öffentlichkeit und das für meine Begriffe den Tätern sehr viel Schutz gibt, sich wieder im allgemeinen Nebel zu verstecken, daß man sehr deutlich dagegen auftreten muß. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Herzlichen Dank, Reinhard Schult. Ich denke, daß aus diesem Beitrag klar geworden ist, daß ein operativer Vorgang eben nicht einfach eine Zufallszusammenstellung von irgendwie abgeschöpften oder auch sonst wie zufälligerweise erhaltenen Daten ist, sondern dort ein sehr planmäßiges Vorgehen stattgefunden hat. Es gibt ja, das sollte man vielleicht noch dazusagen, in jedem operativen Vorgang immer auch jede Menge Maßnahmepläne, wo dann zu bestimmten Zeitpunkten detailliert beschrieben wird, was die Staatssicherheit vorhatte, wobei das natürlich nicht alles funktioniert hat. Was die Inhaftierung angeht, wollte ich auch noch eine Anmerkung machen. Es hat natürlich damit zu tun, daß der Bekanntheitsgrad einen gewissen Schutz bot und nicht nur, daß in den 80er Jahren vielleicht ein anderes Rechtsverhalten dort zu konstatieren war, denn Verhaftungen gab es ja nach wie vor. Aber ich denke, wenn jemand so intensiv arbeitete und mit so vielen Leuten zu tun hatte, dann hatte er damit schon eine gewisse Öffentlichkeit erreicht und damit auch einen bestimmten Schutz. Ähnliches gilt auch für die zweite Zeitzugin, Expertin, die wir anhören wollen, die auch kurzzeitig verhaftet war, was sofort zu Protesten führte und zu einer baldigen Freilassung. Katrin Eigenfeld kommt aus Halle, arbeitet jetzt in einem Umweltinstitut. In der Zeit, in der es auch über sie einen intensiven operativen Vorgang gab, war sie u. a. in der Gruppe „Frauen für den Frieden“ mit tätig. Und ich bitte jetzt darum, den Bericht zu geben.

Katrin Eigenfeld: Ich möchte eine Anmerkung machen prinzipieller Art. Die wäre, daß ich unheimlich froh bin, daß nicht zuletzt durch Sie es zu dieser Verabschiedung des StUG gekommen ist vor einem Jahr. Dadurch ist es mir möglich gewesen, meine Biographie beidseitig zu beleuchten, und es ist ein Schuh daraus geworden für mich. Ich habe dadurch meine Ängste abbauen können, d. h. konkret die Alpträume sind schlagartig verschwunden. Was mir Sorge bereitet oder was mich entrüstet, ich fühle mich zum Teil dadurch verhöhnt, daß es sehr kluge und von mir eigentlich geschätzte Menschen gibt, die nie in der DDR gelebt haben, die sich äußern und Dinge ins Leben rufen, die mich etwas bestürzen. Wenn Herr Grass z. B. meint, daß aufgrund dieses Stasi-Gesetzes und des Umganges damit und das Aneignen von diesem Material jetzt so funktioniert wie die Büchse der Pandora und dadurch das Gift der Stasi weiterwirkt und erst einmal richtig so jetzt arbeiten kann, dann kann ich ihm überhaupt nicht beipflichten. Genauso wenig wie Herrn Lattmann, der eine Initiative gegen neues Unrecht initiiert und der Geld sammelt, um z. B. Herrn Fink's Prozesse zu finanzieren. Ich finde es gut, daß dieser Rechtsstaat die Möglichkeit gibt, daß jeder Mensch sich wehren

kann. Diese Möglichkeit hatten wir nicht. Das im Vorfeld. Ich möchte jetzt einfach nur abrißartig anhand meiner Geschichte einen kleinen Einblick geben. Es wird sicher nicht sehr systematisch passieren. Ich habe diesen kleinen Abriß auch da, ich könnte den also auch zur Verfügung stellen. Ich habe da nichts zu verheimlichen und auch vor dem Inhalt keine Angst mehr, daß er erneut mißbraucht werden könnte. Ich bin 46 Jahre alt. Über mich gibt es zwei operative Vorgänge. Der erste von 1979 bis 1984, der zweite erneut von 1984 bis zum 1. Dezember 1989. Ich lese Ihnen dann das letzte Schreiben zum Schluß vor, was also drei Wochen nach dem „Fall der Mauer“ noch von dem Chef der Bezirksverwaltung in Halle verfaßt worden ist. Ich habe einen tollen Persilschein der Staatssicherheit. Und zwar der erste operative Vorgang nannte sich „Betreuung“, der zweite operative Vorgang „Inspirator“. Hinzu kommt, daß ich in zentralen operativen Vorgängen erfaßt worden bin, vor allen Dingen in dem Zentralen operativen Vorgang der „Wespen“, das ist der von Gerd Poppe genannte „Frauen für den Frieden“ gewesen. Diese „Wespen“ waren also DDR-weit tätig, so daß also jetzt eine Vermischung auch der persönlichen Akte mit diesem Zentralen operativen Vorgang zu verzeichnen ist. Ich würde gerne anhand meines persönlichen Lebens diesen Abriß geben. Ich muß dazu sagen, daß natürlich über so viele Jahre, zehn Jahre, es sehr umfangreiches Material gibt. Hinzu kommt, daß leider gerade das aktuelle Material, d. h. der letzten drei, vier Jahre, fast alles vernichtet worden ist, daß ich von diesem Zentralen operativen Vorgang nur aus einer Abteilung die Akten, das sind zwei Bände, einsehen konnte. Also das sollen sie einfach auch wissen, daß vieles aufgrund dessen, daß es vernichtet wurde, nicht mehr handhabbar ist. Was für mich neu war, ist vor allen Dingen gewesen, daß bei der Eröffnung, bei der Anlegung dieses operativen Vorganges bereits die Paragraphen feststanden und das Ziel. Und in meinem Fall das Ziel, sehr bald ein Ermittlungsverfahren einzuleiten mit dem Ziel der Inhaftierung, daß bereits bei der Eröffnung des Operativvorganges die Paragraphen festgelegt haben, derer ich mich schuldig machen muß. Und es wurde gewissermaßen provoziert, daß es auch dazu kam. Natürlich mit Hilfe ihrer Methoden, ihrer Operativpläne, in der Hauptsache natürlich durch IMs, die ich kenne und mit Namen auch benennen kann. Ich will zwischendurch einwerfen, daß ich mit IMs, die mir menschlich nah waren, gesprochen habe, daß nicht ein IM sich vorher enttarnt hat bei mir, obwohl bekannt war, weil es in der „Bild“-Zeitung stand, daß ich meine Akten gelesen habe. Ich weiß nicht, ob die Ursachen Angst oder Naivität waren oder was weiß ich. Ein IM hat z. B. gesagt, na, was sollte ich Dir denn sagen, ich hätte doch nie gedacht, daß das in irgendwelche Akten kommt, was ich denen erzählt habe. Also, es ist klar, daß die Stasi nicht ihren IMs erzählt hat, wie diese funktionieren, wie die Strukturen laufen.

Dann ist dieser operative Vorgang angelegt worden. Zwei Paragraphen habe ich aufgestempelt bekommen und die Zielstellung wurde festgelegt. Als

nächstes war es natürlich wichtig, diese Operativpläne zu erarbeiten, speziell die, nach denen im einzelnen vorgegangen worden ist. In den Operativplänen war natürlich die Hauptaufgabe der Einsatz der IMs als „Hauptwaffe gegen den Feind“. Das ist in der Maßnahme 1/1979 so festgelegt, und genau das haben wir zu spüren bekommen, bis zur Lächerlichkeit. Diese IMs haben mein Leben bestimmt, mein Leben verändert, in diesen zehn Jahren. So oder so, weil sie uns vergiftet haben mit Mißtrauen, sie haben Schaden angerichtet, einfach nur, daß ich vermutet habe, daß sich in meinem Umfeld IMs befinden könnten. Wir kommen also wirklich nicht umhin, diese ausführenden Täter immer wieder wirklich als Hauptwaffe gegen den Feind auch zu sehen. Es läßt sich auch über zehn Jahre sehr gut verfolgen, was wir ständig gehört haben, der Anstieg des Einsatzes der IMs. Ich sage jetzt mal mit diesem bösen Wort, den Einsatz, also mehr auf Menschenmaterial umzustellen bei mangelnder Technik. Z.B. habe ich Beweise in meinen Akten zu diesen Maßnahmen, daß z. B. meine Wanze ausgefallen ist und dann ist im Maßnahmenplan verstärkter Einsatz von IMs festgelegt worden. Also technisch waren sie, jedenfalls was meine Akten aussagen, nicht so toll. Zu diesen Maßnahmenplänen gehörte auf alle Fälle, das ist belegt in den Akten, die Telefonabhörung, die Wanze, der Einsatz von IMs, Reiseverbote bis zum Berlin-Verbot. Dann wurde ich in Halle festgenagelt und konnte nicht einmal die Stadt verlassen, geschweige in die CSSR reisen oder irgendwohin. Das gehörte alles zu einem Einsatz der Abteilung 26, bis zur Postüberwachung. Ich habe also lächerliche Dinge erlebt. Ich habe in Berlin ein Patenkind, dem habe ich jedes Jahr zum Geburtstag ein Päckchen geschickt. Dieses Päckchen ist jedes Mal auseinandergenommen worden, alles fotografiert worden, der Inhalt, die Geburtstagsgrüße. Ich hätte ja irgendetwas verschlüsselt nach Berlin senden können mit diesen Geburtstagsgrüßen.

Dann ist eindeutig nachzuweisen – anhand meiner Akten – die Zusammenarbeit auch mit staatlichen Organen, was ja immer wieder bestritten wird von unseren obersten Genossen, den ehemaligen, das sie ja immer von nichts gewußt haben. Es steht eindeutig drin, immer in Ansprache mit dem Ersten Sekretär der Bezirksleitung und der Abteilung Kirchenfragen usw. Es ist also alles verzeichnet. Eine sehr große Papiermenge kommt zustande durch diese Beobachtungsberichte. Sie sind ausgesprochen lächerlich, weil ich also über lange, lange Zeit beobachtet worden bin, früh vom Aufstehen bis zum Aus-dem-Haus-Gehen, welchen Bus ich benutze, das Kennzeichen des Busses, wen ich getroffen habe, mit wem ich mich im Bus unterhalten habe, was ich eingekauft habe im Konsum, also kam mit einem Päckchen Käse, Milch, Butter wieder raus, wann ich das Licht löschte abends in meiner Wohnung und die betreffenden Bewacher dann endlich nach Hause gehen konnten.

Ja, es kam dann natürlich zu dem, was sie vorgehabt haben, in dem mir durch einen IM ein staatsfeindliches Papier in die Wohnung gebracht wurde, mit dem Kampfauftrag gewissermaßen, damit nun zu arbeiten und mit den Freunden

darüber zu reden und zu diskutieren und es zu vervielfältigen. Das habe ich auch schön gemacht, weil das ein hochinteressantes und gutes Papier war und das genau war die Falle. Ich bin also kurze Zeit später inhaftiert worden. Die Haftzeit dauert ein Vierteljahr. Ich bin dann mit Hilfe des beherzten Einsatzes von Petra Kelly und Gerd Bastian entlassen worden.

Ich habe dann, wie soll ich sagen, schade, daß Roland Jahn nun nicht hier ist. Ich habe hier so eine schöne Geschichte, wo also über Roland Jahn berichtet wird. Der „Feind“ Roland. Der Jahn aus Jena, mit wem der alles Kontakt hatte, mit Jürgen Fuchs, Peter Rösch, Rüdiger Rosenthal und eben auch mit uns in Halle und mit den Grünen. Ich habe ganze Listen von IMs und ihren Einsatzplänen. Das unterteilt sich in Freizeitbereich, in Arbeitsbereich und in Teilaufgaben. So finde ich es bei mir vor. Ich habe in diesen Akten ca. 40 IMs gefunden und weit über das Doppelte an hauptamtlichen Mitarbeitern. Ich habe mal die ganzen Namen einfach, die vorkommen in den Akten, die also irgendetwas unterschrieben haben, und meistens haben zwei bis drei Beamte unterschrieben, das mal alles aufgelistet. Es sind fast 100. Also, so vielen Leuten haben wir Brot und Arbeit und natürlich auch Verdienstmöglichkeiten verschafft. Ja, ich habe natürlich eine Menge IM-Berichte, die da eine eigene Sprache sprechen. Man kann auch ganz gut differenzieren. Nun ist heute schon sehr viel zu dieser Problematik der IMs gesagt worden. Hier sehe ich gerade, es war ein Treffen mit Franz Alt, was wir gemacht haben, bei Bärbel Bohley ist natürlich auch genau berichtet. Dann funktionierte die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Halle, da kam natürlich von Berlin ein Telegramm von Mielke nach Halle an die Hauptabteilung und da wurde dann mitgeteilt „Ihr müßt jetzt aufpassen, setzt die fest, die wollen nach Berlin zu Bärbel Bohley, wo der Franz Alt kommt und das muß verhindert werden“. So, ich will das wirklich kurz machen, aber ich denke, es ist nicht uninteressant, Ihnen einmal meinen Persilschein kurz zu verlesen, wenn Sie noch Kraft haben:

Das ist der Abschlußbericht zum letzten OV, also „Inspirator“, von drei Obersten in Halle unterzeichnet und da steht:

„Die im OV „Inspirator“ erfaßte Person Katrin Eigenfeld wird seit März 1984 auf der Rechtsgrundlage gemäß §§ 214, 219 Strafgesetzbuch operativ bearbeitet. Im Verlaufe der operativen Bearbeitung war zu verzeichnen, daß sich die E. in verschiedensten Formen mit anderen gleichgesinnten Personen zusammengeschlossen hat, um politische Forderungen, ihrer Einstellung entsprechend zu diskutieren und zu formulieren. Dabei bestand der Verdacht, daß die E. im Zusammenwirken mit Mitgliedern von nicht genehmigten Vereinigungen (das war das Neue Forum), gegen bestehende Rechtsvorschriften verstößt. Die Prüfung aller vorliegenden Informationen ergab, daß die E. nicht gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen verstoßen hat. Aus diesem Grunde wird vorgeschlagen, den OV „Inspirator“ in der Abteilung 12 der BV-Halle zu archivieren.“

Wichtig ist dabei tatsächlich das Datum: der 1. Dezember 1989. Also nach drei Wochen Mauerfall und da frage ich, was haben die sich wohl noch gedacht in den Büros, daß sie noch so viel Zeit hatten.

Gesprächsleiter Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Herzlichen Dank, Katrin Eigenfeld. Die nächsten beiden Zeitzeugen müßten wir uns im Zusammenhang anhören. Es sind zwei Brüder, die zehn Kilometer voneinander, der eine im Westen, der andere im Osten, gelebt haben, die zwei operative Vorgänge haben, wovon sich der eine auf den anderen bezieht. Und ich bitte zunächst Herrn Vinzenz Gerlach zu beginnen und dann ohne längere Pause mit Herrn Benno Gerlach gleich fortzusetzen.

Vinzenz Gerlach: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich wohne in Duderstadt im Eichsfeld, in einer kleinen Stadt, in die ich bis zu meiner Einberufung 1941 täglich mit einem Linienbus der Post zur Arbeit gefahren bin und in die ich, kurz nach meiner Heimkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1949, quer durch den Wald illegal zurückkehrte. Das Eichsfeld hat mich geprägt. Die Landschaft entspricht in ihrer Größe etwa der Insel Rügen und wird von 170.000 Menschen zwischen Harz und Werra bewohnt. Schon seit Bonifatius, dem ersten Erzbischof von Mainz, gehörte das Land zu diesem Bistum und wurde im Laufe des Mittelalters auch politisch mit dem Kurfürstentum verbunden. Aus der Reformation ging das Eichsfeld deshalb als katholische Enklave im mitteldeutschen Raum hervor. 1802 annectierte uns Preußen, 1816 teilte man das Land unter Hannover und Preußen auf. Nach 1866 gehörten wir zwei verschiedenen Verwaltungseinheiten, nämlich den preußischen Provinzen Hannover und Sachsen, an. 1945 wurde die Provinzialgrenze zur Demarkationslinie zwischen sowjetischer und britischer Zone. 30 Orte des Kreises Duderstadt gelangten so 1949 an Niedersachsen, der größere Teil aber, die Kreise Heiligenstadt und Worbis, an die DDR.

In meiner langjährigen sowjetischen Kriegsgefangenschaft hatte ich die Widersprüche zwischen kommunistischer Ideologie und realer Wirklichkeit am eigenen Körper erlitten. Ich hatte auch immer wieder frappierende Ähnlichkeiten zwischen dem Nazi-Reich und dem sowjetischen Imperium feststellen müssen. Als überzeugter Demokrat, der sich für Freiheit, Einheit und Frieden einsetzte, war ich heimgekehrt. Ich konnte mich deshalb niemals mit der Teilung der Heimat abfinden und engagierte mich aus innerer Überzeugung für die Wiederherstellung der Einheit und Freiheit in Deutschland und Europa. Als ich 1963 die Leitung des städtischen Verkehrsbüros in Duderstadt übernahm, organisierte ich deshalb bei zahlreichen Informationsfahrten aus dem nördlichen und westlichen Deutschland an die gewaltsam errichtete Grenze. Nachdem der Kreis Duderstadt im Zuge der Gebietsreform aufgelöst wurde, übernahm ich zusätzlich die Geschäftsführung des 1972 gegründeten Landschafts-, Heimat- und Verkehrsverbandes Eichsfeld, 1973 die Redaktion der Monatsschrift „Eichsfelder Heimatstimmen“ vom Bund der Eichsfelder

Vereine und 1982 die Geschäftsstelle des europa- und deutschlandpolitischen Bildungsinstitutes. Die Gefühle, die einen überkamen, wenn man am Stacheldraht stand und hilflos in den anderen Teil der Heimat hinüberschaute, lassen sich nicht beschreiben. Noch schlimmer war es bei Familienfeiern, so z. B. wie es meiner Frau und mir 1953 bei unserer Hochzeit erging, als weder Eltern noch andere Verwandte aus der DDR teilnehmen durften.

Als 1973 meine Mutter starb, hätte ich in einer Tagesreise über Eisenach in mein nur zehn Kilometer von Duderstadt entfernt liegendes Heimatdorf Holungen zur Beerdigung fahren können. Eine Einreisegenehmigung lag vor, aber das Niedersächsische Ministerium für Bundesangelegenheiten legt mir telefonisch nahe, nicht in die DDR einzureisen, da ich mit meiner Festnahme rechnen müsse. Das war die erste Warnung.

Im Herbst empfahl mir das gleiche Ministerium, versuchsweise mit meiner Familie in die DDR zu fahren. Ich sei der Behörde DM 80.000 Freikaufpreis wert, falls eine Festnahme erfolgen sollte. Der Bus war voll besetzt. Als die Pässe eingesammelt und nach einer viertel Stunde Kontrolle zurückgegeben und gute Weiterfahrt gewünscht wurde, fehlte mir als einzigem Insassen der Reisepaß. Erst nachdem ich mit lauter Stimme reklamiert hatte, holte der Grenzpolizist den Paß aus dem Büro. Das war meine zweite Warnung.

1974 reiste ich auf Initiative des damaligen Bundesvorsitzenden der Eichsfelder Vereine nach Haidenrode zu einem Gespräch mit dem stellvertretenden Schriftleiter der kommunistischen Eichsfelder Heimathefte. Da angeblich kein Westwagen vor seinem Haus halten durfte, fuhr mein Bruder, meine Frau und ich mit seinem Trabi nach dort. Er durfte aber nicht mit in das Haus und mußte draußen im Auto warten. Das Gespräch dauerte etwa eine Stunde. Wir vereinbarten zwar den Austausch unserer Zeitschriften, aber ich wußte fortan auch, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesem überzeugten SED-Genossen nicht möglich war und baute die neue Beziehung nicht weiter aus. Daß zwischen uns grundsätzliche, unüberbrückbare Gegensätze bestanden, erfuhr ich bald aus dem Inhalt, der mir durch den Austausch verfügbaren Heimathefte aus der DDR. Während z. B. ich in meinen Kommentaren auf die immer wieder auftretenden politischen Probleme unserer geteilten Heimat einging, propagierten meine Kontrahenten offen die Kulturrevolution im Eichsfeld. Revolution aber heißt doch, gewaltsamer Umsturz, heißt Vernichtung dessen, was wir als Eichsfelder als den kulturellen Inhalt unserer Heimat empfinden. Deshalb warnte ich immer wieder, aber leider vergebens, den Bundesvorsitzenden vor einem weiteren Ausbau seiner privaten Kontakte zu diesem SED-Funktionär.

1977 besuchte mich der Schriftleiter der Eichsfelder Heimathefte, der angeblich kein Parteimitglied war. Seine erste Frage, als er in mein Büro eingetreten war, lautete: „Kann uns auch keiner hören?“. Ich beruhigte ihn, arrangierte ein gemeinsames Gespräch mit dem Bürgermeister, lud ihn privat in meine

Wohnung ein und in die Eichsfeld-Halle. Weil, wie er mir sagte, keiner erfahren durfte, daß er sich in Duderstadt aufgehalten hatte, benutzte er auf der Rückfahrt nicht den Straßenübergang Duderstadt – Worbis, sondern reiste per Bahn über Göttingen, Eisenach zurück. Übrigens, über diesen angeblich vertraulichen Besuch fand ich jetzt sieben engbeschriebene Schreibmaschinen-seiten in den Stasi-Akten vor. Ende 1979 erfuhren wir auf Umwegen, daß ein Herr X, der kurz vorher in unser Redaktionskollegium offenbar eingeschleust worden war, und der Bundesvorsitzende der Eichsfelder Vereine, was dieser lange bestritt, im Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen in Bonn, Verhandlungen geführt hat, mit dem Ziel, unsere „Eichsfelder Heimatstimmen“ mit dem kommunistischen Eichsfelder Heimatheften zu verbinden. Weder der Vorsitzende des Landschaftsverbandes noch ich als Geschäftsführer und Schriftleiter wußten davon. Jetzt wurde mir endgültig klar, daß die Stasi ihre Finger im Spiel hatte und brachte die Angelegenheit nach langen internen Querelen, meine langjährige Freundschaft mit dem Bundesvorsitzenden des Eichsfelder Vereins ist damals zerbrochen, anläßlich eines Bundestreffens in einem Vortrag an die Öffentlichkeit. Seither war an eine gemeinsame Heimatarbeit auch in Westdeutschland nicht mehr zu denken. Der Bundesvorsitzende aber unterhielt weiter seine engen Beziehungen zur Stasi und, obwohl er in Westfalen wohnte, durfte er jederzeit im Tagesaufenthalt in die DDR einreisen. Jeden Verrat in unserer Heimatarbeit stellte er kategorisch in Abrede.

Die Parole vom „Wandel durch Annäherung“ brachte eine weitere Spaltung der westlichen Deutschlandpolitik mit sich und führte bald zu Widersprüchen zwischen politischen Optimisten und Realisten. Wer diesen Slogan ablehnte, galt fortan als „kalter Krieger“ oder als Extremist. Ich erinnere mich z. B. an einen Kalender, der vom Gesamtdeutschen Institut herausgegeben wurde. Auf dem Januarblatt war ein Farbfoto von der Grenze im Eichsfeld und auf der Rückseite ein redaktioneller Beitrag aus meiner Feder abgedruckt. Das Fernsehen berichtete damals darüber, weil der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen den Kalender wegen meines Artikels an den Schulen dieses Bundeslandes verboten hatte.

Man kann sich unter diesen Umständen leicht vorstellen, welche Meinung erst die Stasi über mich wohl hatte. Für die Staatssicherheit war ich ein Kriegshetzer, ein böswilliger Revanchist. Deshalb wurden mir seit Anfang der achtziger Jahre die Heimathefte nicht mehr übersandt und seit 1983 die Einreise in die DDR verweigert. Auch meine Angehörigen wurden im Sinne der Nazi-Sippenhaft in diese Maßnahmen einbezogen. So wurden z. B. meine beiden Schwestern aus einem PKW und meine Tochter aus einem Bus herausgeholt und, obwohl sie im Besitz gültiger Einreisepapiere waren, nach Duderstadt zurückgewiesen. Auch meine Frau und die übrigen Angehörigen meiner Familie wurden in die Sperrmaßnahmen einbezogen und so für meine Tätigkeit bestraft. Mein Bruder Benno in Holungen aber war so etwas wie

ein Faustpfand der Stasi. Er und seine Familie mußten, was ich erst nach der Wende erfahren habe, besonders unter den Schikanen der Machthaber leiden.

Solange ich in die DDR einreisen durfte, wurde dort jeder meiner Schritte von der Stasi überwacht. Mehrfach bemerkte ich, daß ich mit einem PKW verfolgt wurde. In einem Stasi-Bericht in der Akte „Feind meines Bruders“ heißt es z. B. „Am so und so vielten gegen so und soviel Uhr traf der PKW GP 725 in Holungen ein. V.G. aus Duderstadt ging in das Haus seines Bruders. Nachmittags gingen die Brüder durch das Dorf. Gegen so und soviel Uhr verließ V.G. wieder den Ort.“ Der Staatssicherheitsdienst der DDR hat meine Angehörigen und mich rund 20 Jahre lang, nämlich von 1967 bis 1986, beschattet. Über mich fand ich in Erfurt drei OPK-Akten vor. Zwei tragen den Titel „Revanchist“, eine den Namen „Landsmann“. Eine weitere, „Revanchist“ genannte Akte „OPK B2 Nr. 27 KD Worbis“, ist nicht auffindbar. In den vorliegenden Unterlagen sind 35 Decknamen von Stasi-Spitzeln enthalten. Einige von ihnen wurden enttarnt. Auch in Duderstadt hatte die Stasi mehrere Helfer, wie ich inzwischen weiß.

Die Zielstellung der Akte „A OPK Landsmann“ lautete: „Zielgerichtete Herausarbeitung der feindlich-negativen Einstellung des G. und seine OP-bedeutsamen Verbindungen und Kontakte im grenznahen Operationsgebiet bzw. in der DDR und das rechtzeitige vorbeugende Verhindern weiterer von ihm zu erwartenden feindlich-negativen Aktivitäten.“ Auf Seite 7 heißt es u. a.: „Zum Zeitpunkt des Anlegens der OV „Revanchist“ im Jahre 1971 war bekannt, daß in Duderstadt ein Verkehrsbüro eingerichtet wurde, dessen Aufgaben darin bestanden, Personengruppen in organisierter Form an die Staatsgrenze der DDR heranzuführen. Als aktivste Person bei diesen Einweisungen wurde die Person G. bekannt, die vor Anlegen des OV in einer OPK kontrolliert wurde. Die durchgeführten Überprüfungsergebnisse zum G. begründeten den Verdacht der Verletzung der Straftatbestände des Paragraphen 89 StGB.“ Auf Seite 8 heißt es: „Besonders aggressiv und provokant trat und tritt der G. im Rahmen seiner weiteren Tätigkeit als Schriftleiter der sog. 'Eichsfelder Heimatstimmen' auf. Diese Funktion nutzte und nutzt er zur Propagierung revanchistischen und antikommunistischen Gedankengutes. Seine aggressive, revanchistische, gegen die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten gerichtete Haltung drückt sich vor allem in den von ihm verfaßten Leitartikeln der 'Eichsfelder Heimatstimmen' aus.“

Ähnlich wird meine frühere Tätigkeit im Landschaftsverband und im europa- und deutschlandpolitischen Bildungsinstitut eingeschätzt. Auf Seite 9 heißt es u. a.: „Bei G. laufen quasi alle Fäden zusammen, die irgendwo mit Eichsfeld in Verbindung stehen. Karteien mit Anschriften Heiligenstädter Schüler stehen neben allen möglichen Schriftstücken, die im Eichsfeld erschienen sind oder sich mit demselben beschäftigen. Besonders erfreut ist G. jedesmal, wenn neue

Kontakte zum Eichsfelder Teil der DDR geknüpft bzw. bestehende aufgefrischt werden.“

Auch mein Privatleben, angefangen bei meinen Skatbrüdern, über die Mitgliedschaft im Kirchenvorstand, meine Mitarbeit im Eichsfelder Konvent bis hin zum Vorsitz im Verband der Heimkehrer, sind erfaßt worden. Auf Seite 71 heißt es unter Zielstellung der operativen Beobachtung u. a.: „Auf der Grundlage des geschilderten Sachverhaltes (Anmerkung: G. hatte gesagt, es gehe nicht um meine Person, man will mich zwingen, nicht mehr die Wahrheit zu sagen und zu schreiben) werden folgende Hauptzielstellungen angestrebt: den in der OPK „Feind“ erfaßten Benno G. zu beeinflussen und zu zwingen, daß er dahingehend Einfluß ausübt, daß sein Bruder V.G. seine Hetzartikel gegen die DDR unterläßt. Ist V.G. nicht dazu bereit, wird durch Weiterführung polizeilicher Maßnahmen die Einreisesperre für seine Verwandten verfügt, um dadurch eine Reglementierung und Disziplinierung zu erreichen. Zersetzung und Differenzierung innerhalb der Familien Gerlach (DDR und BRD), alle Geschwister sollen dem V.G. unter psychischen Druck gerät.“ Alle meine Veröffentlichungen wurden von der zentralen Pressestelle der DDR aufmerksam verfolgt, wie ich es der Seite 78 entnehmen konnte.

Als ich 1986 in Rente ging, heißt es in einem Abschlußbericht auf Seite 158 u. a.: „Im Rahmen der Durchführung der OPK konnten entsprechend der Zielstellung die IMB Bernd, IMS Widder ein persönliches Vertrauensverhältnis zum G. aufbauen und die IMB Franz Schuster und IMB Paul Schreiber indirekt zur kontrollierten Person zum Einsatz gebracht werden. Weiterhin wurde ein umfassendes Persönlichkeitsbild zum G. erarbeitet, in dem seine Einstellung, sein Verhalten, sein Auftreten und Argumentieren zu spezifischen politischen, gesellschafts- und ökonomischen Problemen in der DDR und der BRD charakterisierend dargestellt werden. Es wurden Verbindungen und Umgangskreis des G. dargestellt, durch den Einsatz und die Realisierung spezifisch operativer Kombinationen wurde G. aus wichtigen Funktionen herausgedrängt und somit sein Handlungsraum weiter eingeengt und eingeschränkt.“ Die beiden Akten „Revanchist AOP 135183 1 und 2“ haben ähnliche Inhalte. Außerdem sind darin weitere gegen mich gerichtete sog. Operationspläne nach militärischem Muster enthalten. Abschließend heißt es in sämtlichen Akten: „Das Material ist in die Abteilung XII der BV Erfurt gesperrt für unsere DE zu archivieren. Einer Ersatzverfügung wird zugestimmt, der V.G. bleibt seitens unserer De erfaßt.“ Danke.

Benno Gerlach: Ich darf jetzt gleich anschließen. Ich will mich kürzer fassen. Ich war also das Faustpfand für meinen Bruder, weil ich als einziges Familienmitglied in der DDR wohnte. Ich hatte auch Anfang Oktober die Einsicht in meine Stasiakte unter der Bezeichnung OPK-“Feind“ Register Nr. IX-1622 im Umfang von 198 Seiten. Dabei zeigte sich, daß ich also vom 27.6.1975 über einen Zeitraum von zehn Jahren von der Stasidienststelle

Worbis überwacht wurde. Die Führungsoffiziere der Worbisser-Dienststelle bedienten sich dabei der Zuarbeit von 14 IM bzw. FIM. In halbjährigen Protokollen wurden zunächst chronologisch alle Besuche, besonders die sogenannten West-Besuche aufgeführt, in der die Verbindungen zur Familie meines Bruders Vinzenz Gerlach hervorgehoben wurden. Die jeweils angeforderten IM-Berichte waren dort zweckmäßig einbezogen. Waren also die ersten Berichte auf Besuchsinformationen ausgerichtet, so wurden in späteren Berichten meine politischen Auffassungen und Aussagen hinterfragt. Aber im Hintergrund blieb immer die Frage: Inwieweit wurden von mir Nachrichten und Informationen für die „Eichsfelder-Heimatstimmen“ übermittelt? Anfang der 80er Jahre führte dies zum Einreiseverbot meines Bruders und dann auch für seine Familie. 1982 wurde mir das erste Ausreiseverbot erteilt und 1984 wurde ich aus der Reisegruppe „150 Christen nach Rom“ herausgenommen, zu der ich vom Dekanat vorgeschlagen wurde. Gleichzeitig wurden meine beiden Schwestern, beide über 65 Jahre alt, an der Grenzübergangsstelle Duderstadt, trotz gültiger Einreisepapiere, zurückgewiesen. Zur selben Zeit entzog man mir meinen dienstlichen Sperrzonenschein, um mich zu irgendwelchen Reaktionen zu bewegen. Prompt wurde ich beim Amtsleiter des damaligen VPKA (Volks-Polizei-Kreis-Amt) in Worbis vorstellig und bekam einen Gesprächstermin. Aus den Akten geht hervor, daß der Amtsleiter von einem Stasioffizier auf dieses Gespräch eingewiesen und es auf ein Tonband mitgeschnitten wurde. Nachdem man mir aus fünf Heften der „Eichsfelder-Heimatstimmen“ einige, nach damaligem Sprachgebrauch antikommunistische Schriftstellen, zitierte und diese meinem Bruder zuschrieb, forderte man mich auf, von meinen beiden Schwestern eine eidesstattliche Erklärung abzuverlangen, daß diese zu keiner Zeit Nachrichten an meinen Bruder weitergegeben hätten, noch künftig geben würden. Meinem Bruder sollte ich nahelegen, jegliche antikommunistischen Kommentare und Aktionen zu unterlassen. Während meine Schwestern mir diese Erklärungen übersandten, schrieb mein Bruder mir einen Brief, in dem er darlegte, daß in der Bundesrepublik Pressefreiheit und keine Zensur bestehe, daß er Antikommunist sei und man auf mich Druck ausübe, ähnlich der Sippenhaft in der Nazizeit, um mich für ihre Auffassungen gefügig zu machen. Diese Briefe wurden alle geöffnet und abgelichtet und sind in der Akte enthalten. Weiterhin wurde laut Akte mein Telefon seit 1983 abgehört. Dies alles schwächte sich erst ab, als mein Bruder in Rente ging. Die Übernahme und Gleichschaltung der „Eichsfelder-Heimatstimmen“ wurde so nicht erwirkt. Für mich und meine Familie hatte die ganze Sache noch eine andere Seite. Als jüngstes von acht Geschwistern tauschte ich mit meinem älteren Bruder und ging 1948 zurück zu meinen Eltern und begann meine Tätigkeit als Schlosser. 1952 trat ich in die Ortsgruppe der CDU ein, aus der ich am 13. August 1961 aus Protest austrat. Nur in einigen Berichten der informellen Mitarbeiter war ich noch in der CDU. Mein offenes Eintreten für die Belange der Kirche im Pfarrgemeinderat, meine klaren Standpunkte

bei politischen Diskussionen, waren meinem beruflichen Werdegang nicht besonders von Nutzen. Trotzdem war ich als staatlicher Leiter in den letzten 25 Jahren meines Berufslebens tätig. Leider hatten meine heranwachsenden Kinder darunter zu leiden. Ohne Jugendweihe war es schwer, ein Studium zu bekommen. Meine jüngste Tochter wurde nicht zum Abitur zugelassen, obwohl sie von der Schule vorgeschlagen worden war. Mein Sohn wurde erst kurz vor seinem 27. Lebensjahr zur NVA eingezogen und an die polnische Grenze verlegt. So kann er erst jetzt seine Meisterprüfung ablegen, während gleichaltrige bereits als KFZ-Meister in Arbeit stehen. Meine zweite Tochter wurde als Lehrausbilderin von ihrer Leiterin und von einem Lehrer der Berufsschule öffentlich diffamiert, wegen ihres Onkels Vinzenz Gerlach, und zu politischen Aussagen provoziert. Das kam von der Stasi. Wie ich in den Akten ersehen konnte, hatte ich nicht nur Freunde. Die teils widersprüchlichen Berichte der informellen Mitarbeiter aus der Nachbarschaft und aus dem Arbeitsbereich im Kaliwerk machten dies deutlich. Bauschte der eine den geforderten Sachverhalt auf, brachte es der andere wieder auf ein sachliches Niveau. Von Erbstreitigkeiten bis zu politischen Meinungen, die mir in den Mund gelegt wurden, von Gehässigkeiten bis zur bloßen Sollerfüllung. Je nach dem persönlichen Verhältnis zu mir reichte diese Palette. Die angeforderten Gutachten der jeweiligen Abschnittsbevollmächtigten (ABV) waren dagegen sachlich und ziemlich real. In den 80er Jahren wurde verstärkt meine politische Motivation, mein Standpunkt in der Gemeinde und im Betrieb hinterfragt. Aus diesen und ähnlichen Vorgängen resultiert dann folgende Einschätzung: „Gerlach ist objektiv in der Lage im Sinne revanchistischer Kräfte wirksam zu werden bzw. durch diese für die Durchsetzung ihrer Pläne ausgenutzt zu werden. Desweiteren zeigt er Verhaltensweisen und Handlungen, die den Erscheinungsformen der politischen Untergrundtätigkeit entsprechen“. So fand ich mich auf einer Internierungsliste feindlich gesinnter Personen des Kreises Worbis wieder. 235 Personen waren es im Kreis Worbis und davon waren 66 Personen zur Liquidierung vorgeschlagen. Herr Rudolph hatte heute vormittags schon im DDR-Maßstab 10.900 genannt. Der Hauptmann des Staatssicherheitsdienstes verfügte am Ende der Akte die Weiterführung der Überwachung der Person Benno Gerlach bei der Dienst Einheit. In der Geheimen Verschlusssache (GVS) 005 Nr. 6484 vom 1. März 1984, herausgegeben vom Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Generalmajor Schwarz, Erfurt, Grundsätze zur Vorbereitung und Durchführung der Isolierung, sowie zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit der geplanten Isolierungsobjekte unter Punkt 2 „Kriterien für die Isolierung“: „In die Maßnahmen der Isolierung sind Personen einzubeziehen, die feindlich eingestellt sind und bei denen der begründete Verdacht besteht, daß sie im Verteidigungsnotstand aufgrund ihrer Möglichkeiten bestimmte Bevölkerungskreise zu solchen subversiven Handlungen beeinflussen und veranlassen, die die staatliche Sicherheit ernsthaft gefährden, bei denen durch die Deutsche

Volkspolizei Abteilung K1 der begründete Verdacht erarbeitet wurde, daß sie im Verteidigungszustand die Durchsetzung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit erheblich bedrohen.“

Es könnte noch fortgesetzt werden, aber soweit nur Hinweise und Auszüge für die bevorstehende Isolierung, die Gott sei Dank nicht mehr zur Durchführung gelangte, die aber zur harten Realität für mich geworden wäre. Nur heute will niemand davon etwas gewußt haben. Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

Bernhardt Simon: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich kann und will auch nur anhand eines konkreten Falles, einige Facetten beleuchten zur Bearbeitung von Personen in operativen Vorgängen. Ich möchte zeigen, wie schwere Krankheiten als Druckmittel bei Vernehmungen benutzt wurden, wie Schwangerschaft als Druckmittel zur Erpressung von Aussagen benutzt wurden, wie man versuchte, durch Wegnahme von Kindern Menschen zu Aussagen zu erpressen. Ich möchte auch kurz etwas sagen, über die Möglichkeiten sich dagegen zu wehren und schließlich möchte ich über das Unrechtsbewußtsein der inoffiziellen Mitarbeiter damals und teils über ihr Selbstverständnis heute anhand eines konkreten Beispiels reden. Es geht hier um die IMV Marion. Klarname ist Maja Michaela Wiens, eine eher unbedeutende DDR-Schriftstellerin. Ganz kurz zur Einführung. Es geht um einen operativen Vorgang „Aspirant“, einen Biologen in Berlin, Herrn Dr. K. Dr. K. war einige Zeit vor seiner Verhaftung, im Juni 1978 operiert worden und danach invalidisiert worden und wurde in Intervallen behandelt. Auslöser für die folgende Affäre war sein Antrag, zunächst auf eine Besuchsreise, und als diese dann abgelehnt wurde, auf endgültige Ausreise. Es wurde ihm bei diesem zweiten Antrag ausdrücklich eine Begründung für seinen Ausreisewunsch abgefordert und die schrieb er dann. Sie geriet ihm ein bißchen zu ausführlich. Er las sie einigen Freunden vor und wurde daraufhin am 12.06.1978 verhaftet. Das war mitten in seiner Therapie und er mußte diese Therapie im Stasigefängnis Berlin Hohenschönhausen, unter psychisch und physisch schwer belastenden Bedingungen, fortsetzen. Das spielte sich etwa so ab: Dr. K. weigerte sich zunächst, diese Therapie fortzusetzen. Sie wissen sicher, daß man da sehr harte Zeiten durchmacht. Er wollte vermeiden, daß er gleichzeitig verhört wurde. Und genauso war es dann. Immer, wenn er sich bereiterklärte, diese Medikamente einzunehmen, wurde kurz darauf ein Verhör angesetzt. Ich kann hierzu nicht näher Stellung nehmen, das könnte bestenfalls Herr Dr. K. Er hat die ganze Sache überlebt und ist heute Unternehmer in West-Berlin. Wir wurden eingestuft als aktive Verbindungspersonen zu Herrn Dr. K. Wir bewahrten eine Durchschrift seiner Antragsbegründung auf, die Herr Dr. K., kurz vor seiner Verhaftung, versucht hatte, einer Korrespondentin zu übermitteln. Aus diesem Grund wurden wir gleichfalls observiert und am 16. Juni 1978 einer zeugenschaftlichen Vernehmung zugeführt. Meine Frau, Hedwig Simon, war am Vortag für eben diesen Morgen, den 16.06.1978,

wegen einer Risikoschwangerschaft in das Krankenhaus Berlin-Friedrichshain eingewiesen worden. Sie sollte um 7.00 Uhr an diesem Sonnabend erscheinen, dem 16.06.1978. Sie wurde am Morgen und zwar direkt vor ihrem Aufbruch verhaftet, oder zugeführt nannte man dies, und trotz meines Protestes, ich war ebenfalls dann zur Keibelstraße gekommen, 14 Stunden lang von der Stasi verhört, zwischendurch zu einer mehrstündigen Hausdurchsuchung zurücktransportiert. Immer mit der Drohung: „Wir können Sie länger dabehalten, denken Sie, Sie müssen ja ins Krankenhaus“. Sie ging dann erst am 17.06.1978 ins Krankenhaus Friedrichshain und hatte am 21. Juli dort eine Fehlgeburt. Am Morgen des 16.06.1978 waren die Stasiermittler zusammen mit einer Frau erschienen, die sich vor uns nicht ausweisen wollte. Ich wurde als erster abtransportiert, nachdem man mir mit diesem berühmten Offiziersehrenwort zugesichert hatte, daß meine Vernehmung genügen würde und meine Frau ungehindert in die Klinik fahren könne. Nach meiner Abfahrt teilte man meiner Frau mit, daß sie natürlich ebenfalls in die Keibelstraße mitkommen müsse, zum Verhör, und unsere damals siebenjährige Tochter Sabine in die Obhut der Stasi genommen werde. Meine Frau brachte es fertig, die sechs anwesenden Greifer zu täuschen und unsere Tochter durch einen Hinterausgang des Grundstücks zu Herrn Pfarrer Rainer Eppelmann zu schicken, der zwei Straßen weiter wohnte. Herr Eppelmann nahm Sabine auf und erschien dann mittags; er hatte unser Haus seinerseits während der Hausdurchsuchung überwachen lassen. Ich denke, daß unsere Freilassung am gleichen Abend wohl wesentlich auf sein Eingreifen zurückzuführen war, weil bekanntlich das MfS bei diesen Aktionen etwas die Öffentlichkeit scheute. Verantwortlich für die Verhaftung war die IMV „Marion“. Dies möchte ich belegen. Sie hatte uns am Abend zuvor als Freundin aufgesucht. Ich möchte zwei kurze Abschnitte aus ihrem Spitzelbericht vorlesen, verfaßt als Tonbandprotokoll: „Die Adressen, die Frau Simon herausgefunden hat, befinden sich in einem grünen Notizbuch, in kleinem Format etwa 1/2 A5. Dieses kleine Notizbuch wird entweder in der Küche aufbewahrt, da wo die Gewürze stehen oder im Vorraum der Küche in einem Hängeschränkchen. Ab und an hat es Frau Simon auch in der Handtasche. Heute, am 16.06.1978 gegen 7.00 Uhr muß sie ins Krankenhaus Friedrichshain, Station 9, Gynäkologie. Sie hat ein Geschwür an der Gebärmutter, das auch bösartig sein könnte und deshalb wird ein Krebstest unternommen, der sehr dringlich zu sein scheint. Außerdem besteht eine Schwangerschaft“. 6.50 Uhr standen dann diese sechs vor unserem Haus. Die Sache ging noch etwas weiter, ich möchte nur diesen Satz noch vorlesen: „Frau Simon erzählte mir, als ich am 15.06.1978 zu ihr kam, daß der Pfarrer Eppelmann bereit sei, sich einzusetzen und sehr gute Verbindungen zu Attachés und ähnlichen Leuten habe und diese alle einsetzen wolle“. Als meine Frau mittags zur Hausdurchsuchung zurücktransportiert wurde, fand sie Frau Wiens in unserem Hause vor, in das sie durchs Fenster eingedrungen war. Sie hatte sich inzwischen offensichtlich dieses grüne Notizbuch herausgesucht

und daraus Herrn Eppelmans Adresse und Telefonnummer. Sie meldete sich dann bei Herrn Eppelmann. Das war am gleichen Tag mittags. Ich möchte noch einen Abschnitt aus einem zweiten Protokoll, drei Tage später, vom 19.06.1978 vorlesen. Frau Wiens besuchte dann meine Frau im Krankenhaus. „Sonntag, den 17.06.1978, begaben wir uns gegen 16.00 Uhr in das Gebäude des Krankenhauses-Friedrichshain. Frau Simon ist dort untergebracht auf Station soundso, Nr. soundso. Es handelt sich um ein Einzelzimmer. Beim Betreten dieses Raumes stellten wir sofort verwundert fest, daß es sich um ein Einzelzimmer handelte. Frau Simon befand sich beim Schreiben eines Schriftstückes. Dieses Schriftstück packte sie sofort weg als wir kamen, und wir packten erst einmal die mitgebrachten Sachen aus wie Tomatensaft, Äpfel, Bücher usw. Sie hatte mich gebeten, ihr ein paar Bücher mit ins Krankenhaus zu bringen“.

Ich möchte jetzt etwas zu den Gegenmaßnahmen sagen, die wir ergriffen. Glücklicherweise war es Frau Wiens nicht gelungen, unserer Tochter habhaft zu werden. Auf Herrn Eppelmans Rat bin ich dann am nächsten Abend zu ihr gegangen und habe ihr diese Zeugenaussage über die versuchte Entführung unserer Tochter abgepreßt. Hier ist die Abschrift der Zeugenaussage, die sie zwei Tage später zur Stasi brachte. Ich hatte ihr das Original und den Durchschlag weggenommen, sie hat das dann vom Kohlepapier fleißig nochmal rekonstruiert. Wir sind dann am Tag darauf, Herr Eppelmann und ich, zusammen zur Schule unserer Tochter gegangen und haben vor der Direktorin und der Klassenleiterin erklärt, daß man versucht hatte, unsere Tochter zu entführen und daß Herr Eppelmann zeitweise als Notvormund unserer Tochter fungiert, falls wir noch einmal nicht greifbar sein sollten. Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen: Frau Wiens trug durch ihre Berichte, das kann ich jetzt nicht so ausführen, entscheidend zur Inhaftierung von Dr. K. bei und zwar in voller Kenntnis seines kritischen Gesundheitszustandes, und nahm dabei schwerste körperliche Schäden oder auch seinen Tod zumindest billigend in Kauf. Sie gab, in Kenntnis des Gesundheitszustandes meiner Frau, dem MfS am frühen Morgen des 16.06.1978 die entscheidende Information für einen rechtzeitigen Zugriff. Dabei nahm sie auch einen schweren körperlichen und seelischen Schaden meiner Ehefrau und den Tod eines ungeborenen Kindes in Kauf. Sie versuchte, unsere Tochter von Herrn Eppelmann zu entführen. Im Kontrast dazu möchte ich aus einem Artikel der „Zeit“, vom 03.07.1992, vorlesen. „Wenn Herr Kohl jetzt sagt, daß die DDR als DDR nur möglich war, weil das Volk das mitgemacht hat (und den unerträglichen Vergleich zum Dritten Reich zieht), dann gilt das für die Bundesrepublik auch, und die ist für mich mit ihrer Kapitaldemokratie nicht das kleinere Übel, sondern das andere“, schreibt Maja Michaela Wiens. Am 13. November, möchte ich noch nachtragen, wurde in Potsdam ein Film aufgeführt, ein Spielfilm der DEFA, Titel „Versteckte Fallen“. Die Aufführung erfolgte anlässlich

eines Pädagogenkongresses. Das Motto war „Nachdenken über Kinder“. Der Film handelte von der seelischen Befindlichkeit von Heimkindern. Die Drehbuchautorin ist Frau Wiens. Uns war dies zur Kenntnis gelangt, und wir haben protestiert gegen den öffentlichen Auftritt von Frau Wiens bei der anschließenden Besprechung. Ich hätte lieber gesehen, mich dort mit ihr persönlich auseinanderzusetzen, aber Herr Dr. K. war da anderer Meinung. Sie wurde von dieser Besprechung ausgeladen. Ich möchte nur noch bemerken, daß auf diese Ausladung hin zunächst eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Ausladenden Herrn Wolf erfolgte, die aber dann nach Einsichtnahme der Akten sehr bald zurückgezogen wurde. Danke.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Meine Damen und Herren, ich wollte eigentlich eine Frage stellen. Aber ich will Ihnen nicht verhehlen, daß mir die letzte Runde ein wenig zu schaffen gemacht hat. Wie sagt man so schön, das geht einem an die Nieren. Frau Eigenfeld hat sich ja vorhin in dieser Hinsicht sehr deutlich geäußert, daß sie diese Sitzung hier mit einer gewissen offensichtlich inneren Erregung verfolgt hat. Ich habe diese Zeitzeugen oder Zeugen von hier aus beobachtet. Ich meine, das auch bei Herrn Simon festgestellt zu haben, daß er die ganze Zeit über sehr erregt gewesen ist, und es geht mir im Moment ein bißchen wie nach einem guten Konzert. Ich hoffe, der Vergleich ist nicht zu falsch. Wo ich immer ein bißchen Schwierigkeiten habe, daß der Beifall zu schnell kommt, weil eigentlich in mir in einer solchen Situation die Musik noch etwas nachhallt und man eigentlich Zeit haben möchte, das noch etwas zu bewahren. Ich will jetzt diesen Konzertvergleich nicht zu sehr strapazieren. Es ist heute schon die Frage gestellt worden nach dem Ende der Stasi. Ich möchte das nach der jetzigen Runde eigentlich doch noch einmal thematisieren. Herr Schilling hat darüber gesprochen, auch Herr Pfitzenreuter, daß sie bei ihren Befragungen von IM's immer wieder auf die bestimmte Frage, warum diese Leute das gemacht haben, auch bestimmte Antworten bekommen haben. Regelrecht normierte Antworten, wenn ich das richtig verstanden habe. Und von daher stellt sich mir die Frage, ob sie möglicherweise Erfahrungen oder bei ihren Gesprächen Hinweise dafür gefunden haben, ob es denn regelrechte Sprachregelungen gegeben hat. Oder anders gefragt, wir haben ja nun erfahren, daß die Staatssicherheit doch eigentlich für ziemlich alle Fälle vorgesorgt hatte. Wie hat sie eigentlich für ihr Ende vorgesorgt? Gab es für dieses Ende Verhaltensregeln? Ich frage auch deswegen, weil bei Herrn Pfitzenreuter und auch bei Frau Eigenfeld der Hinweis über das Funktionieren des MfS noch Wochen nach dem Mauerfall kam. Gibt es in dieser Hinsicht Erkenntnisse aus Ihren Gesprächen, Herr Schilling, Herr Pfitzenreuter, die Sie mit diesen Dingen zu tun hatten?

Abg. Meckel (SPD): Ich möchte mich auch sehr bedanken für diese Anhörung und bei denen, die hier zu Wort gekommen sind. Ich möchte zwei Bemerkungen machen und Fragen stellen. Erste Bemerkung: Ich denke,

daß das, was Herr Memmler am Anfang gesagt hat, ist durch Aussagen anderer in einem bestimmten Punkt, der mir aber wichtig ist, doch deutlich widerlegt worden. Er sagte, daß die IM innerhalb der Staatssicherheit zu den Eingeweihten gehörten. Dies war vorhin eine seiner Aussagen. Ich denke, es ist deutlich geworden durch die anderen Aussagen, daß ein IM normalerweise nicht wußte, inwiefern er in Maßnahmepläne und dergleichen eingebaut und dann instrumentalisiert worden ist. Genau dies wußte er nicht. Er wußte, daß er mitarbeitet, das hebt alles andere aber nicht auf. Es war mir wichtig, das festzuhalten.

Es war von Herrn Schilling und anderen gesagt worden, daß es relativ wenige waren, die unter Druck oder gar Erpressung gearbeitet haben. Da ich selber einige Fälle kenne, bei denen dies der Fall ist, frage ich mich: Ist es, wenn man dies jetzt so allgemein sagt, nicht auch wiederum eine Untergewichtung auch dieses Faktors? Wobei es gewiß richtig ist, daß bei vielen eben eine politische Grundüberzeugung und nicht Erpressung der Hintergrund war. Ich denke, das ist sehr wichtig und wird uns in der Enquete-Kommission auch weiter beschäftigen, wenn wir nach den Legitimationsmechanismen und auch nach der Bedeutung der Ideologie fragen.

Wenn wir heute, nachdem wir Einsicht in diese Akten hatten, von IMs reden, müssen wir uns bewußt sein, daß unter diese Kategorie, die ja eine Stasikategorie ist, sehr unterschiedliche Art und Weisen der Zusammenarbeit fallen, und daß man sehr genau hinsehen muß, was da jeweils getan worden ist. Wobei ich dem zustimme, daß die Frage der Motive durchaus eine zweite Frage ist, die aber auch nicht unberücksichtigt sein kann. Ich möchte auf diesem Hintergrund die Frage stellen, wie Sie die Formalisierbarkeit der Kategorie IM einschätzen. Früher wurde meist von Spitzeln geredet. Doch das hat nicht die ganze Wirklichkeit abgedeckt. Manche unter uns ahnten auch damals schon, daß es nicht nur um Spitzeltätigkeiten ging, sondern durchaus auch um Lenkung und Einflußnahme. Beides muß deutlich hervorgehoben werden.

Vorletzte Frage an Herrn Busch. Sie haben die Beziehungen HVA und deren Bearbeitung von operativen Maßnahmen innerhalb des Landes dargestellt. Ich halte dies für eine zentrale Frage auch der Gesamtstruktur der Staatssicherheit. Ich möchte Sie fragen: Haben Sie Kenntnis darüber, aus welchen Akten dies hervorgeht, da wir die HVA-Akten leider nicht mehr haben? Wie können wir diese Beziehungen nachweisen? Ich halte das für sehr wichtig.

Letzter Punkt: Eine persönliche Bemerkung, die sich auch auf Walter Schilling bezieht. Du hast gesagt, Dich erschüttert nichts mehr in Deiner Umgebung. Ich hoffe, Dir geht es ähnlich wie mir. Wir hatten in der Vergangenheit doch mit vielen Kontakt, ohne hundertprozentig sicher zu sein, auch da, wo man zusammengearbeitet hat. Zum anderen aber gab es durchaus eine Reihe von Leuten, für die man, damals wie heute, die Hand ins Feuer legen würde.

Walter Schilling: Ich habe nur begrenzte Zeit. Als erstes möchte ich drei Dinge loswerden, weil ich nun einmal die Gelegenheit habe, hier zu sein. Die Gauck-Behörde ist ein wesentliches Instrument der „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland.“ Trotzdem habe ich drei Kritikpunkte loszuwerden:

1. Wenn mein Freund zersetzt worden ist, bin ich mit zersetzt worden. Ich habe aber, wenn er keinen Antrag stellt auf Akteneinsichten, nicht die Möglichkeit, dies zu lesen. Diese juristisch, von der Bundesrepublik so vorgegebene individualistische Auslegung, so muß ich das sehen, geht an der ehemaligen DDR-Wirklichkeit vorbei. Wir müssen Gruppeneinsicht haben, und es muß die Schwärzungstechnik geändert werden. Ich habe jetzt gehört, es wäre eine neue Anweisung gekommen und einer der Bearbeiter hat mir gesagt: „Da können Sie gleich schwarze Blätter herausgeben.“

2. Es ist so, daß viele IM-Akten vernichtet worden sind. Da ist natürlich noch genug da, nämlich in den OPKs in den OVs und den Vorläufen. Vor allem in den Vorläufen, wo Leute gefunden werden sollten, die dann archiviert wurden ohne Werbung, weil sie sich nicht haben fangen lassen. Wir kommen da überhaupt nicht heran, wenn die selber keine Akteneinsicht stellen. Wir könnten aber der Gauck-Behörde die entsprechenden Hinweise geben, weil wir ja am ehesten wissen, in welcher Gegend sicher irgendwelche OPKs, OV's sein könnten. Das ist eine ganz große Schwierigkeit, daß da keine Auskunft gegeben wird.

3. Das belege ich jetzt mit Beispielen, damit es etwas deutlicher wird. Ergebnis einer Beratung am 18.04.1981 in Jena, das war kurz nach dem Tod von Matthias Domaschk. Dabei waren verschiedene Leute anwesend und es erging von Oberkirchenrat Schäfer eine eindeutige Warnung an Pfarrer Schilling, sich aus den Problemen in Jena herauszuhalten und seine Einmischung zu unterlassen. Dazu Information von IME Gastenberger und 26A. 26A ist eine Telefonabhörung. IME Gastenberger hat selber berichtet, daß er mich diszipliniert hat. Das ist eindeutig, es ist hundertprozentig, da ist nicht dran zu rütteln. Am 26. Juni 1990 wurde die Anforderung an die Gauck-Behörde gegeben, die Kirchenleitung zu überprüfen. Es ist bis heute nicht die Anforderung der Gauck-Behörde in Gera, an der Außenstelle Gera gelandet, eben diesen IME Gastenberger zu überprüfen, der dort immerhin etliche Jahre als IME Gastenberger geführt wurde. Das geht weiter mit unzähligen anderen Namen. Es sind mehrfach von der Thüringer Kirche Eilaufträge nachgeschoben worden. Es ist mit tausend Behörden in Suhl, Gera und Erfurt geredet worden. Es passiert nichts! Wir fragen uns, was ist da eigentlich los? Wir haben in Thüringen eine einzige Endauskunft über einen IM. Eine einzige! Wir haben zwei, die sich dazu stellen und sagen: „Ja, ich war ein IM. Ich bin es mit Überzeugung gewesen.“ Es soll ein Disziplinarverfahren anlaufen. Wir können es nicht anlaufen lassen, weil wir

keine offizielle Auskunft haben und die ganze Überprüfungsgruppe stirbt daran, daß wir keine offiziellen Auskünfte haben. Alles was wir sonst wissen, zählt ja dann vor Gericht nicht. Das nächste Beispiel IME Martina Strassmann, das ist die Frau Sch., meines Wissens heute noch im Konsistorium in Berlin. Ich habe vor über einem Jahr das ganze nach Berlin gegeben. Es ist keine Endauskunft da. Jetzt ist sie endlich auf den Weg gegangen nach Berlin, weil sie nicht eher angefordert wurde. Hier wird massiv die Arbeit behindert, anders kann ich es nicht mehr empfinden. Hier wird aber gleichzeitig ein unheimlicher Schaden angerichtet. Im Sinne dessen, was ich vorhin gesagt habe nicht nur für die Kirche, auch z. B. für die Ärzteschaft, fürs ärztliche Ethos, wo ich ähnliche Dinge weiß. Weil hier ein Unrecht, was geschehen ist, weiter fortgesetzt wird und weil hier Menschen, von denen ich sage, sie sind deformiert, weiter in die Gesellschaft hineinwirken können, mitunter an maßgeblichen Stellen. Dies können wir so, wenn wir dies alles aufarbeiten wollen, nicht dulden. Das mußte ich hier einmal so scharf und deutlich sagen mit zwei Beispielen, aber es gibt sehr viel mehr.

Zu den Fragen von vorhin. Ich habe einem Kollegen die Akte seines Schwiegervaters gezeigt. Darauf sagte er: „Ich werde nie wieder die Hand für jemanden ins Feuer legen.“ Das ist die Antwort an Dich Markus Meckel. Genau diese Antwort sage ich auch. Allerdings bin ich der Meinung, Freunde, selbst wenn ich es morgen erfahre, blieben meine Freunde und ich würde mit ihnen versuchen zu arbeiten. Das allerdings!

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir wollen in der Reihenfolge bitte weitermachen. Walter Schilling, ich stehe auch auf dieser Liste hier mit drauf, das führt dann weiter zu Herrn Pfitzenreuter. Ich würde Dich bitten wollen, das, was Du jetzt hier völlig berechtigt klagend und beschwerend gesagt hast, mach daraus einen Vorgang, schreibe uns einen Brief. Wir werden den nicht in den Papierkorb fallen lassen und auch nicht auf dem Schreibtisch liegen lassen. Zu Ihnen Herr Pfitzenreuter, im Hinblick auf eine Fülle von Vorwürfen, die Sie vorhin gemacht haben: Bringen Sie die zu Papier und machen Sie dies konkret, dann werden wir sehen, was wir davon haben. So wird man bloß blaß und bekommt einen Schreck. Man kann aber so nichts damit anfangen. Ich hätte noch eine Frage an Herrn Oberst Busch: Sie haben vorhin angefangen, ein paar Funktionen zu benennen von Menschen in der Wirtschaft, die gar keine Sonderanwerbung gebraucht haben fürs Ministerium für Staatssicherheit, weil sie aufgrund ihrer Funktionen oder ihres Berufes, ihrer Tätigkeit selbstverständlich für die Staatssicherheit auskunftspflichtig gewesen sind. Könnten Sie uns da nicht bloß so einen Tupfer nennen wie vorhin, sondern das ganze ein bißchen vollständiger machen.

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich werde von der Fülle der Fragen, die ich eigentlich hatte, aus dem ersten und dem zweiten Teil der Anhörung nur noch eine stellen. Und zwar hat uns ja der Nachmittag vor allem auch gezeigt,

daß es, was jetzt die Opfer angeht, keinen Unterschied zwischen Frauen und Männern gab. Frau Kukutz und Frau Eigenfeld haben uns das sehr deutlich gezeigt. Herr Schilling, Sie hatten für mich eine sehr tiefgehende Analyse der Vergangenheitsaufarbeitung mit Blick auf unsere Zukunft, was es bedeutet, wenn das nicht richtig geschieht, wenn die Verdrängung weiter geschieht oder wenn man Menschen, die sich selbst nicht öffnen können, weil sie so deformiert sind, nicht helfen und was das für unsere Zukunft bedeutet und haben dann in einem Nebensatz gesagt, daß es dort schon noch einen Unterschied gibt, IM-Mann, IM-Frau. Wenn Sie so nett wären, dazu noch ein paar Worte zu sagen.

Walter Schilling: Es ist feststellbar, daß tatsächlich der Frauenanteil geringer ist, im übrigen ist er bei IMBs ein kleines bißchen höher zu den besonderen IM, aber im großen und ganzen gering. Ich denke, das liegt darin, daß die Staatssicherheit eine militärische, streng hierarchisch männlich geführte Einrichtung war. Man sollte einmal nachgehen, wir haben es schon versucht, wir sind noch nicht so weit, welches Frauenbild sie eigentlich hatten. Ich denke, da tun sich erschreckende Abgründe auf. Wo allerdings Frauen als IMs eingestiegen sind, da neigen sie dazu, IMB zu werden. Das ist einfach eine Feststellung. Prozentual ist es relativ wenig.

Abg. Frau von Renesse (SPD): Ich habe auch eine Frage an Herrn Schilling. Sie haben bei Ihrer Vorstellung, wie man Aufarbeitung der Vergangenheit, insbesondere in dem Verhältnis zwischen den gewesenen IM, ihren Freunden und der Gesellschaft um sie herum angeht, eine Perspektive aufgezeigt, die etwas anders ist als die normale, Strafen, rechtliche Nachteile usw. Sie hatten eine besondere Sicht, zusätzlich zu der im menschlichen Problem, und zwar was machen die in Zukunft in unserer Gesellschaft? Das ist sicherlich auch sehr wichtig. Nur wenn man das machen will, geht es einmal um die von ihnen aufgeworfenen Fragen, wie kommt man an die Informationen? Die sind die Voraussetzung für alles, und dann stellt sich die Frage der Einordnung. Ich muß sagen, ich bin in der Bundesrepublik aufgewachsen, von daher sind meine Fragen vielleicht naiv, gebe ich gerne zu, und vielleicht bitte ich um Entschuldigung auch etwas holzschnittartig. Mir sind nach dieser Anhörung, insbesondere nach der ersten Runde, ein bißchen die Felle weggeschwommen. Ich bemühe mich dauernd, Kriterien zu finden für Rechtsfolgen. Und es ist für mich sehr schwierig geworden, noch mehr als in der Vergangenheit, etwas festzustellen, was ist denn wohl ein IM mit Punkt und Komma, klar und deutlich. Denn nur was klar ist, kann Sanktionsfolgen haben. Jedenfalls muß ein Gesetz oder eine rechtsähnliche Einrichtung deutlich Kriterien haben. Ich habe etwas gelernt, daß man in das IM-Dasein fast prozeßhaft hineinschlittern konnte. Daß es nicht einmal in allen Fällen einer Unterschrift bedurfte. Daß sich möglicherweise die Leute darüber täuschten, ob sie die innere Nähe zu ihren gewesenen Freunden verloren. Sie hatten vielleicht gar

nicht das Gefühl dafür, sondern meinten nach wie vor, gute Freunde zu sein. Sie glaubten vielleicht sogar, in der Normalität geblieben zu sein. Und das schöne deutsche Wort Spitzel, das ja alles deutlich macht, konnte man auch ersetzen durch das sehr viel schönere Wort „Kundschafter“. Also für mich ist es sehr sehr unklar, an welcher Stelle und mit welchem Kriterium greife ich den IM, daß er sich in konspirativen Wohnungen trifft, kann es nicht sein, das gibt es auch im Vorlauf. Bitte sagen Sie mir Kriterien.

Walter Schilling: Ich denke, man muß dabei genau differenzieren, wo nachweisbar ist, daß z. B. eine Verhaftung aufgrund einer Spitzelmeldung erfolgt ist. Da ist die Sache klar, hier muß die Rechtsprechung einspringen. Es wird aber viele andere Dinge geben, die sich auf einer moralischen Ebene bewegen und nicht justitiabel sind, zerstörte Ehen usw. usw. Dies ist eine gesellschaftliche Anforderung, eine Frage der Moral, im weitesten Sinne der Moral, in unserer Gesellschaft überhaupt und das kann nur auf diesem Boden aufgearbeitet werden. Ich wünschte mir mehr Gruppen, Selbstberatungsgruppen usw., die hier mitarbeiten. Anders wird es nicht gehen. Die Kriterien liegen für mich eindeutig fest: Überall da, wo die Konspiration nachweisbar ist. Wir haben in Thüringen Kriterien dafür aufgestellt. Zweitens die Frage: Wo hat ein IM, im Zuge der Konspiration, diesen Vertrauensbruch begangen? Und z. B. den Betroffenen nicht gesagt, daß über sie geredet worden ist, das ist ein wesentliches Kriterium. Aber ansonsten hängt es an der Konspiration.

Abg. Hilsberg (SPD): Gestatten Sie mir eine kleine Vorbemerkung. Ich möchte meinen Respekt ausdrücken für die Arbeit des Widerstandes, der in der DDR geleistet worden ist, bei allen die hier vorgetragen haben und für die Bemühungen um die Aufarbeitung. Ich weiß, daß das nicht selbstverständlich ist. Ich weiß aber, daß es ungeheuer wichtig ist, einerseits an den Fakten festzuhalten und zweitens die Fakten weiter aufzuarbeiten und die Wertung mitzuliefern. Das wird weiter große Wirkung haben, auch in der Zukunft, denn letztlich geht es um die Frage: „Wie verhält man sich innerhalb einer Diktatur und wie geht man von außerhalb mit dieser Diktatur um?“ Das ist eigentlich das Hauptthema, mit dem wir uns hier in der Enquete-Kommission zu beschäftigen haben. Ich habe einige wenige Fragen, die erste an Herrn Schwalm. Sie führten aus, die Stasiakten lügen in Ihren Augen nicht. Dies ist auch meine Meinung. Es gibt aber bei der Bewertung der Aktivitäten der IMs vor allem der IMBs, also solche, die zur Beeinflussung eingesetzt wurden. Noch weitere Fragen: Was ist denn für ihn (das MfS) ein Maßstab der Erfolgskontrolle, daß die IMs als solche, wie sie beschrieben wurden, auch tatsächlich gearbeitet haben? Das ist sehr wichtig für uns, um die Bewertung der Akten, insbesondere dann, wenn es zu Widersprüchen kommt zwischen den Aussagen, die in den Akten stehen einerseits und den Aussagen derjenigen, die das ausgeführt haben damals. Die zweite Frage wollte ich eigentlich an

Herrn Schilling stellen, aber der ist leider nicht mehr da. Frau Kukutz, ich habe es eben schon in der Pause angesprochen. Der Vorgang, daß in der DDR ein IM enttarnt wurde, ist durchaus nicht selbstverständlich, also ich kenne keinen zweiten. Woran hat das denn gelegen, daß es Ihnen damals gelungen ist, die Monika H. zu enttarnen, unter den Bedingungen der Konspiration, unter den Bedingungen der DDR?

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich möchte mich bei allen sehr bedanken, vor allen Dingen, weil ich mir auch vorstellen kann, daß es für viele nicht einfach ist, und das haben wir ja auch gespürt, in der Öffentlichkeit über die sehr persönlichen Erlebnisse zu sprechen und deshalb glaube ich, gilt unser Dank doppelt. Ich möchte dann noch einmal anknüpfen an die Frage, die Frau von Renesse gestellt hat und richte sie im Grunde genommen an Sie alle, an Herrn Schwalm oder auch Herrn Schult. Ich denke, und das habe ich aus all Ihren Beschreibungen gehört: Jeder, der IM war, wußte, daß das nicht normal ist, was er tut, daß das nicht das Gleiche ist, als wenn man zum Finanzamt geht und dort Gespräche führt. Aber mein Eindruck ist, daß man vielleicht kein Unrechtsbewußtsein hatte, weil man glaubte, diesem Staat zu dienen, oder weil man dachte, daß man dies seinen Kindern schuldig war, damit sie Karriere machen konnten. Aber auch, wenn man nicht genau wußte, was mit seinen Aussagen und seinen Berichten geschah, nicht genau den operativen Vorgang kannte, der daraus folgte, dann mußte man aber doch wissen, daß es nicht normal ist, über Mitbürger möglichst konspirativ zu berichten. Herr Pfitzenreuter, Sie haben ja im Grunde einige massive Vorwürfe auch gegen die Justiz erhoben. Wir sollten das jetzt hier nicht vertiefen, aber hier würde ich auch sagen, Sie sollten es präzisieren, weil das schon sehr scharfe Vorwürfe waren. Da Sie ja offensichtlich Bescheid wissen über die Situation in Ihrem Bereich, sollten Sie uns doch mal mitteilen, das kann ja dann auch schriftlich passieren, wieviel operative Vorgänge haben Sie denn in Ihrem Beobachtungsbereich festgestellt? Und die nächste Frage an Sie, die auch jetzt nicht zu beantworten ist, ist: Sie haben das Beispiel der CDU-Leute hier gebracht, bei denen es noch einen Anteil von solchen gäbe, die auch IM waren oder sonst verflochten waren mit dem System. Mich würde das gleiche Phänomen bei den anderen Parteien auch einmal interessieren. Herr Schult, Sie haben für mich sehr interessant gesagt, im Grunde genommen muß man von vier Kategorien sprechen, in die man die Bevölkerung in ihrer Haltung zum alten Regime einteilen muß. Da würde mich eine nähere Erläuterung interessieren. Danke!

Abg. Hansen (F.D.P.): Meine erste Frage vielleicht an Frau Eigenfeld und den Nachbarn von Herrn Tautz, dessen Name mir jetzt entfallen ist. Kann man so scharf formulieren, generell gewissermaßen? Derjenige, der angeworben worden sei, wie in einigen Fällen gesagt wird, der kann nicht mit Recht behaupten, er sei mißbraucht worden, denn er habe sich ja

gebrauchen lassen. Herr Schilling hat ja sehr deutlich gemacht, wer sich heimlich konspirativ irgendwo hin begibt, weiß darum und deswegen ist es dann keine Entschuldigung. Es war ein Mißbrauch. Meine zweite Frage geht an Herrn Pfitzenreuter. Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie gesagt haben, aus dem Bezirk Erfurt seien dreitausend IMs in Niedersachsen tätig gewesen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, Sie sind das einzige Amt für Vergangenheitsbewältigung. Wie gehen Sie als „Amt“ damit um? Ist das nur ein allgemeines Quantum, was Sie festgestellt haben, haben Sie präzise, individuelle Kenntnis; ich sag mal Namenslisten? Wenn ja, wie wird dann damit umgegangen? Ich habe heute morgen schon bei Herrn Fricke nachgefragt, das wäre ja dann so eine Präzisierung, bezogen auf seinen eigenen Amtsbereich, für eine Fragestellung, die ich seit langem hier immer wieder vertrete unter dem Motto, die DDR-Geschichte sei eine gesamtdeutsche Geschichte und da liegt noch weites, so gesehen offenes Feld, über das sehr wenig in der Öffentlichkeit gesprochen wird. Und um dieses zu befördern, könnten Sie dann mit Ihren Kenntnissen, Herr Pfitzenreuter, ich sage das jetzt mal in Anführungsstrichen „amtlich“ diesen Gang befördern?

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich möchte an die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden anknüpfen und eine Frage an Herrn Busch stellen: Sie haben ja ziemlich prägnant beschrieben, vor allem darauf hingewiesen, daß auch die Staatssicherheit sozusagen nicht alleine IMs brauchte, sondern auch staatliche Leiter etc. bewußt nicht angeworben hat, weil die weisungspflichtig waren. Dann haben Sie auch darauf hingewiesen, daß Sie schon im Januar 1990 in die Bundesrepublik gegangen sind, daß Sie da im Sicherheitsbereich arbeiten. Sie sind ja nun in der Situation, wo auch Sie sicherlich genau wissen, wenn man beim BND arbeitet, dann ist man ja ziemlich orientiert darüber, wie beispielsweise die Wahrnehmungsfähigkeit der bundesdeutschen Dienste war, z. B. von den Maßnahmen der Staatssicherheit. Also mich würde interessieren, wie Sie sozusagen die Situation innerhalb des Bundesnachrichtendienstes, die Wahrnehmungsfähigkeit des Bundesnachrichtendienstes einschätzen, z. B. von den Maßnahmen des Staatssicherheitsdienstes und ob der Bundesnachrichtendienst sich so intensiv mit diesen Dingen schon vor der Wende beschäftigt hat?

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Die Enquete-Kommission steht vor der Schwierigkeit, zwar nicht heute, aber im Laufe ihrer Arbeit, das, was sie in derartigen Anhörungen vorgetragen bekommt, irgendwie zu qualifizieren und damit umzugehen. Und nach der heutigen Runde muß ich sagen, werden die Dinge nicht einfacher, denn ganz offensichtlich sind die Fälle, mit denen wir es zu tun haben, außerordentlich unterschiedlich und sie sind in sich auch sehr vielschichtig. Wenn man auf diesem Hintergrund die Frage der Verantwortlichkeit aufwirft, kommt man doch in große Schwierigkeiten, wobei zu unterscheiden ist zwischen einer juristischen Verantwortlichkeit

und einer mehr moralischen Verantwortlichkeit. Und es ist auch schwierig, die Verantwortlichkeit jeweils personal festzumachen. Deshalb meine Frage an Herrn Schult, an Herrn Tautz u. a.: Wie haben wir beispielsweise die Verantwortlichkeit zwischen den Stasi-Offizieren auf der einen Seite und den IM's auf der anderen Seite zu gewichten? Es handelt sich ja vielfach in den Operationen um einen Aktionszusammenhang. Ist es nicht so, daß in vielen Fällen das Hauptgewicht der Verantwortlichkeit bei dem Stasi-Offizier liegen muß, ohne daß man den IM freisprechen kann? Müßte man die Dinge nicht jeweils in einem Zusammenhang, d. h. als Gesamtkomplex, an dem verschiedene Leute beteiligt waren, bewerten? Liegt das eigentlich schwierige dann nicht darin, die Verantwortlichkeit individuell festzumachen? Das dürfte doch außerordentlich schwierig sein, wenn man die verschiedenen Fälle hier sieht. Ich will es nur als Problem aufwerfen.

Dann eine zweite Frage: Wenn es stimmt, was Herr Schilling und andere hier dargestellt haben, daß ein Teil der Motivation zur Mitarbeit ideologisch gespeist ist, etwa die Bereitschaft zur Mitarbeit – was nichts an den verheerenden Folgen ändert – dann müssen wir wohl davon ausgehen, daß ein Teil derjenigen, die gehandelt haben, sowohl auf der Ebene der hauptamtlichen Mitarbeiter wie auf der Ebene der IMs, ohne Unrechtsbewußtsein gehandelt haben. Das muß man sich klarmachen. Das könnte dann zu einer erheblichen Skepsis in der Beurteilung der Frage führen, inwieweit Menschen in bestimmten Konstellationen tatsächlich individuell verantwortlich zu handeln in der Lage sind. Die Frage der Motivation ist insgesamt im Strafrecht und auch sonst ja nicht irrelevant und auch hier wird man fragen müssen, ob nicht ein Teil der Leute, aufgrund der Gesamtbedingungen gesellschaftlicher Art, de facto ohne Unrechtsbewußtsein gehandelt hat. Ich will dies nur mal als Problem ansprechen.

Können einige Zeitzeugen, diejenigen, die beteiligt waren, zu diesen beiden Fragen noch einmal etwas sagen? Zu der Gewichtung der Verantwortlichkeit zwischen den verschiedenen Gruppen, zu der Möglichkeit personaler Zuordnung der Verantwortlichkeit und zu der Frage, inwieweit Unrechtsbewußtsein vorgelegen hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Darüber können wir dann intern reden, wenn wir wollen. Ich möchte jetzt jedem der Zeitzeugen und Experten und Vortragenden nochmal, sofern er es wünscht, die Möglichkeit geben, einmal auf eine Frage, die ihm konkret gestellt worden ist, zu antworten.

Katrin Eigenfeld: Die Geschichte der Abschöpfung muß ich weiterdelegieren. Ich habe in meiner ganzen Geschichte nirgendwo so etwas gefunden, wo jemand unschuldig war. Was kann diese Kommission leisten? Was mir wichtig ist und was mir am Herzen liegt: Die Situation, in der wir uns jetzt noch befinden, sage ich mal, im Volk, in der Gesellschaft, ist ja Sündenböcke zu suchen, zuschieben von Schuld. Ob das Herr Honecker ist oder ob das die IMs

sind oder sonstwer. Es kann nur helfen, wenn immer mehr ans Licht kommt und immer mehr aufgedeckt wird. So werden sich diese Fragen aus meiner Sicht von ganz alleine beantworten.

Ich habe das Glück, aus einer Stadt zu kommen, die im Sommer 1992 diese sog. IM-Listen veröffentlicht hat und habe damit eine sehr wichtige Erfahrung gemacht. Die hätte ich gerne hier mit zur Verfügung gestellt oder zumindest würde ich anregen, ob Sie sich nicht doch auch Gedanken darüber machen, ob das nachvollziehbar ist in anderen Städten, aufgrund auch dieser Erfahrung, die wir gemacht haben. Ich denke, das ist ganz wichtig gewesen, was da passiert ist. Auch in beiderseitigem Sinne. Es ist eine Art psychische Reinigung passiert. Es ist keine Gewalt vorgekommen und es ist allerdings nach einem halben Jahr dann erstaunlich schnell Ruhe eingetreten. Entweder ist das wirklich so, weil es für die Stadt jetzt bewältigt ist, oder es ist schon wieder so, daß man eben dann doch zu seinen alltäglichen Problemen übergegangen ist. In Halle ist keine generelle Denunziation passiert, es ist ein Stück Nachhilfe gewesen. Und es hat Menschen betroffen, die registriert wurden als IM. Mehr sagt diese Liste ja im Prinzip nicht aus. Weder ihren Arbeitsbereich, noch das, wofür sie vorgesehen sind oder waren oder evtl. auch tatsächlich gearbeitet haben und zwar in den letzten 4 Jahren. Das ist meiner Meinung nach in Halle gut gelöst worden und es hat sehr sehr viel bewegt. Es ist ja aufgrund dessen, was auch Walter Schilling eben angemahnt hat, es ist nichts passiert mit den Überprüfungen. Ich will das jetzt nicht der Behörde vorwerfen, weil ich sie nicht auch noch kritisieren möchte, weil ich aus Halle weiß, wie schwer das ist, diese Arbeit dort zu tun und unter wieviel objektiven Schwierigkeiten sie auch zu leiden haben, z. B. Baumaßnahmen, kein Geld, keine Leute. Aber weil das nicht vorwärts ging in den Ämtern, im öffentlichen Dienst usw., ist hier dieses Stück Nachhilfe passiert und daß das berechtigt war, ist ja bewiesen worden. Es sind im Magistrat alleine 84 Leute danach gegangen oder gegangen worden oder wie auch immer. Gleichzeitig, was mir aber vielleicht viel wichtiger ist, hat in dieser Stadt so ein Prozeß begonnen. Die Reaktionen bei den IMs waren sehr vielfältig. Es ist also keine Formalisierung in ihrer Reaktion, weil ich einfach jeden Menschen, auch jeden IM, als Individuum sehen muß, auch in seiner Verarbeitung, Aussage usw. Viele haben uns gedankt: Endlich, endlich ist es heraus. Endlich habt ihr mir auch geholfen. Jetzt muß ich mich dem stellen usw. Vielleicht sollte darüber noch einmal nachgedacht werden. Das läge mir am Herzen und wir stehen in Halle jederzeit zur Verfügung, über diese Erfahrung dann auch Hilfestellung zu leisten. Es ist sehr viel in der Presse dazu auch geschrieben worden. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Walter Schilling. Gute Reise. Kannst Du selber, vielleicht auch andere, die das so mitgemacht haben, uns das einfach mal aufschreiben, erzählen. Es ist ja ungeheuer wichtig, von gemachten Erfahrungen mal was zu hören. Danke.

Bernhardt Simon: Betreffend dem Wahrheitsgehalt der Stasi-Akten. Es wurde natürlich mitunter sehr schlampig recherchiert. Ich darf hier einen Satz vorlesen: Die S., also meine Frau, unterhält aktive persönliche Verbindungen zu politisch ideologisch negativ eingestellten Personen der DDR, hartnäckigen Antragstellern und trotzkistischen und maoistischen Kreisen der BRD/WB. Ich grüble seit einem dreiviertel Jahr, wo diese Kreise sich befanden. Teilweise ist sehr hastig recherchiert worden, viele Verwechslungen von Personen u.ä. sind passiert.

Reinhard Schult: Ich wollte noch was zum Unrechtsbewußtsein sagen, was vorhin angefragt worden ist. Ich denke, auch in der DDR waren Spitzelei und Denunziantentum auf der Tagesordnung. Viele sind über eine Schmerzgrenze nicht hinausgegangen. Für viele war doch eindeutig, daß man da zum Täter wird und daß man auf der anderen Seite steht, wenn man Leute bespitzelt bzw. auch die Aufträge dafür erteilt. Das war für mich nicht alles nur Tätertum. Hier ist auch zu differenzieren und genau hinzusehen. Aber ich denke schon, daß die Leute, die die Befehle dazu gegeben haben, die aktiv mit beigetragen haben, die die Ideen dazu geliefert haben, schon zu diesem Täterkreis gehören. Es gab eine größere Zahl von Mitläufern, die passiv das System mitgetragen haben und den Teil von Leuten, die verweigert haben, ob sie nicht zur Wahl gegangen sind, oder nicht in die Partei eingetreten sind, diese und jene Sachen nicht mitgetragen haben und ein ganzer Teil von Leuten, die organisiert und auch individuell Widerstand und Opposition geleistet haben. Ich denke, man sollte doch versuchen, das noch genauer zu charakterisieren und zu qualifizieren, um dieses einseitige Schema Opfer/Täter irgendwie aufzubrechen. Doch bisher ist es weder der ehemaligen Volkskammer noch uns am Runden Tisch gelungen, die Staatssicherheit als verfassungsfeindlich oder kriminelle Organisation zu erklären. Auch in der neuen Bundesrepublik wagt sich anscheinend niemand da heran. Und mir geht es auch nicht darum, nun alle Leute einzusperren, sondern zu sehen, wo sie abgetaucht sind. Für mich hat es einen geordneten Rückzug der Staatssicherheit gegeben. Gerade im wirtschaftlichen Bereich ist ja bis heute nicht klar, wo sind die Finanzen, wo sind die Gelder, wo kommen diese Firmen her, die z.T. gegründet werden, z.T. lange noch als ehemalige Kokofirmen weiter aktiv waren mit der alten Belegschaft! Man geht nicht an die Konten, man geht nicht an die Banken, um nachzusehen, wo sind diese Geldbewegungen zur damaligen Zeit passiert. Ich denke, dieses wäre eine Aufgabe gewesen, diesen Clan zu knacken und sich jetzt hier nicht mit Einzelverfahren oder Einzeltäterschaften auseinanderzusetzen und zu fragen, wie hoch der Anteil der IM war usw. usf. Ich denke es geht darum, deren Struktur zu zerschlagen. Für mich ist die Stasi zumindest in Teilen des wirtschaftlichen und öffentlichen Bereichs noch vorhanden. Eine Frage habe ich selber noch. Mich hat es ein bißchen überrascht, daß Herr Busch sich vorhin hingesetzt hat und gesagt hat, er hat eine Aufgabe der HVA am

Zentralen Runden Tisch gehabt. Ich habe selber da gegessen und würde ganz gerne davon etwas erfahren. Und die zweite Frage, ob ich sie richtig verstanden habe, daß Sie, Herr Busch, nahtlos von einem Sicherheitsdienst zum nächsten gegangen sind? Ob diese Wahrnehmung jetzt richtig war oder ob ich mich getäuscht habe? Ich finde das schon ein bißchen merkwürdig. Gut wenn der BND hier mit herangezogen wird, zu so einer Kommissionstagung, dann würde mich schon mal interessieren, was hat der BND für Erkenntnisse in 30 oder 40 Jahren DDR gesammelt oder ob er vielleicht bereit wäre, seine Akten auf den Tisch zu packen. Ich denke, da die HVA-Akten ja vernichtet worden sind, sind vielleicht noch einige Leute in den BND-Akten zu finden oder beim Verfassungsschutz, die wir bisher noch nicht kennen. Also das würde ich schon ganz gern mal aufgeklärt haben. Auch von Herrn Busch selber hätte ich gerne eine Antwort dazu. Als letzte Frage dazu, der 15. Januar ist ja nun ein markantes Datum gewesen. Von Seiten der Staatssicherheit kam damals der Vorwurf, daß vom BND einzelne Leute vorher angeworben wurden, übergelaufen sind, dort in Räume eingebrochen sind, Akten mitgenommen haben. Welche Kenntnisse haben Sie dazu?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Reinhard Schult, auch an Dich eine Bitte. Die Vorschläge, die Du vorhin so angedeutet hast in Richtung auch auf gesetzgeberisches Handeln, das Du Dir wünschen würdest, kannst Du vielleicht noch mal zu Papier bringen und uns doch vernünftige Vorschläge unterbreiten?

Irena Kukutz: Ich möchte zuerst etwas zu diesem Satz von Walter Schilling sagen, „mich erschüttert nichts mehr“. Also mir ging es ganz ähnlich. Die ganze Zeit und seit die Stasi-Akten offen sind, bin ich unheimlich erleichtert, weil sich bewahrheitet hat, was ich mir am Anfang des Jahres 1992 gewünscht hatte. Nämlich, daß ich mich recht oft geirrt hätte in den Menschen. Und ich bin auch darüber erschüttert, wie sehr das Mißtrauen in mich eingedrungen war, und das war ja auch eine Arbeit der IMs, Mißtrauen zu säen und ich habe sehr vielen Menschen mißtraut und denke, daß auch wir daran ein bißchen krank geworden sind und mußte feststellen, daß ich mich getäuscht habe und habe inzwischen auch mit Frauen geredet, darüber, daß ich sie verdächtig habe und das war manchmal nicht ganz einfach. Ich wollte nur diesen Aspekt noch einmal benennen, daß ich auch erschüttert bin über mich selbst. Dann wollte ich noch einen ganz kurzen Satz zu dem Frauenbild des MfS sagen: Es hat sich also herausgestellt, auch nachdem wir die Akten gelesen haben, daß Frauen von der Stasi nicht so ganz ernst genommen wurden. Also das hat man nicht so ernst genommen, wenn Frauen aktiv waren. Die „Frauen für den Frieden“ 1982 gegründet, 1985 wurde dieser ZOV „Wespen“ angelegt und viele der Ehefrauen oder Freundinnen von bearbeiteten Männern sind dann in diesen Akten mitbearbeitet worden, aber das wurde immer ein wenig heruntergespielt, was die Frauen gemacht haben. Dann wollte ich jetzt die

Frage beantworten, wie es zu einer Enttarnung von Spitzeln in der DDR kam. Ein Fehler in der Konspiration und der kam bei Monika H. dadurch zustande, das versuchte sie uns auch zu erklären, daß sie natürlich in diesen ganzen Jahren zunehmend unter Druck geriet und ihre Arbeit eigentlich nicht mehr so richtig ordentlich verrichtete und zunehmend luschiger, wie sie das sagte, wurde. Mir gab sie eines Tages Fotos, die sie dann entlarvten. Aber sie hat dann standhaft erstmals weitergeleugnet, noch Monate und ihre Arbeit für die Stasi sehr gut weitergemacht, in dem Sinne, daß sie den Freundeskreis gesprengt hat. An der Frage, wer hält zu mir, wer hält zu denen, die von mir denken, daß ich für die Stasi arbeite. Das war für mich die bitterste Erfahrung und die schlimmste Zeit, weil sie in der Zeit auch versucht hat, mich verdächtig zu machen. Das war viel schlimmer, als das, was sie die ganzen Jahre davor gemacht hatte. Aber dennoch möchte ich etwas sagen, nochmal zu den Spitzeln. Ich bin der Ansicht, sie wurden mißbraucht, waren Werkzeuge gegen uns in den Händen ihrer Führungsoffiziere und man muß sich ganz genau den Einzelfall anschauen, was sie wirklich getan haben und nicht nur, warum sie es getan haben. Den Aktionszusammenhang Führungsoffizier/IM gab es. Zu Monika H.: Unrechtsbewußtsein hat sie, sie hat sich also in die Öffentlichkeit gestellt, vor die Fernsehkamera und sonst was. Sie ist jetzt eine derjenigen, die vom Generalbundesanwalt ein Vorermittlungsverfahren hat, Leute sollen aussagen gegen sie. Ich habe einen Brief geschrieben an den Generalbundesanwalt und habe noch nicht einmal eine Antwort bekommen. Ich denke, daß es sehr schwer ist, die Rechtsfolgekriterien für Rechtsfolgen für diese zahlreichen IMs zu entwickeln und dem wirklich gerecht zu werden. Also mir ist es unerträglich z. B., daß die Führungsoffiziere herangezogen werden und auch noch als Zeugen vernommen werden, in solchen Verfahren. Wenn ich mir das vorstelle, dann sträuben sich mir alle Haare und deshalb möchte ich zum Schluß vorlesen, was der Führungsoffizier von Monika H. im Sommer 1992 einer japanischen Journalistin auf die Frage gesagt hat, ob er glaube, daß sich Monika H. durch ihre Öffentlichmachung selbst geschadet hätte. Und da antwortet er: „Ja, sicherlich, meines Erachtens schadet sich Monika dadurch selber, indem sie diese Öffentlichkeit sucht. Vielleicht fühlt sie sich dadurch psychisch mehr entlastet, der psychische Druck fällt erst einmal von ihr ab. Ich meine der Druck, der dann wiederum durch die Öffentlichkeit auf sie ausgeübt wird, der ist ja dann ungleich stärker, als der, der vorher auf ihrer Seele lastete. Deswegen bin ich gegen solche Formen“. Und auf die Frage, warum er nicht in die Öffentlichkeit ginge, wie die IM Monika H., antwortet er: „Ich werde keinen seelischen Exhibitionismus betreiben. Ich habe eine starke Fürsorgepflicht gegenüber meiner Familie. Ich sehe im Moment und auch zukünftig keine Möglichkeit, mich öffentlich zu artikulieren“. Ich muß sagen, ich komme damit nicht klar und ich fühle mich auch irgendwo verantwortlich dafür, daß Monika H. in die Öffentlichkeit gegangen ist. Wenn sie jetzt exemplarisch für die vielen verurteilt wird, und wenn ausgerechnet so jemand,

der sich tatsächlich nun in die Öffentlichkeit getraut hat und tatsächlich ein Unrechtsbewußtsein entwickelt hat, wiederum vor Gericht stehen sollte und die vielen anderen leer ausgehen, damit könnte ich nicht gut leben.

Dr. Heinz Busch: Meine Damen und meine Herren, der Reihe nach. Herr Meckel fragte, wo denn die Mitwirkung der HVA bei der Ausführung der inneren Repressionsfunktion aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit hervorgeht, insbesondere angesichts des Umstandes, daß der Aktenbestand der HVA ja nahezu vollständig vernichtet ist. Es gibt nach meinem Wissen dafür zwei hauptsächliche Fundstellen, die auch erkennen lassen, daß diese Zulieferung von der HVA erfolgt ist. Das sind zum ersten die operativen Vorgänge, die Vorlaufakten und die anderen operativen Unterlagen, die in den Hauptabteilungen des Ministeriums für Staatssicherheit geführt worden sind und korrespondierend damit auch operative Vorgänge in den Abwehreinheiten der Bezirksverwaltungen, die Materialien aus dem Aufkommen ihrer jeweiligen Abteilung XV beinhalten können.

Zum zweiten sind es die sogenannten Objektvorgänge oder die zentralen Objektvorgänge, die in den Hauptabteilungen der Abwehr geführt wurden. Ich darf hier ein wenig dozieren. Jede Hauptabteilung der Abwehr hatte, auf der Grundlage eines zentralen Befehls von Minister Mielke, sogenannte Hauptobjekte unter ständiger Kontrolle zu halten. Das waren zum Teil auch Objekte, um mal bei diesem etwas schwammigen Begriff zu bleiben, die nicht in der DDR lagen, sondern in der Bundesrepublik. Zur Illustration gerade dieses Aspektes vielleicht. Das Gesamtdeutsche Ministerium in Bonn war immer ein Hauptobjekt der Hauptabteilung XX, unter dem Gesichtspunkt der politisch-ideologischen Diversion. Zulieferungen der HVA über dieses Objekt finden sich, sodann vorhanden, in dem Objektvorgang „Gesamtdeutsches Ministerium“ in der Hauptabteilung XX. Analoges wäre zu sagen von der Spionageabwehr, von der Terrorabwehr usw. Das ist das, was ich im Augenblick dazu sagen kann. Die Zulieferungen der HVA sind in der Regel kenntlich, d. h. der Dienstkopf HVA, meinerwegen Abteilung 2, ist sicher stehengeblieben. Aus verschiedenen Gründen hat man das nicht gelöscht. Das zum einen.

Herr Vorsitzender, was die ganze Problematik des Zusammenwirkens des MfS mit den offiziellen staatlichen Leitern angeht, bin ich gerne bereit, dazu eine Ausarbeitung zu machen. Das greift auch noch etwas weiter, als ich hier andeuten konnte. Dem komme ich gerne nach. Eine Bitte allerdings habe ich, im Kontext mir ihrer Anrede, die Sache mit dem Oberst, die ist seit drei Jahren erledigt. Sie ist auch innerlich erledigt und Sie würden mir entgegenkommen, wenn Sie davon keinen Gebrauch machen würden. Dankeschön.

Zu Herrn Mitter's Frage an mich, und ich kann hier auch die Fragestellung von Herrn Schult einbeziehen. Es wurde hier auch verbal unterstellt, ich hätte gesagt, ich sei beim BND anstellig oder wie das hier auch immer ausgedrückt

worden ist. Das ist, ich bin fast versucht zu sagen, leider nicht der Fall, und das ist auch ganz verständlich, wer die Grundsätze der Arbeitsweisen der Sicherheitsbehörden der alten Bundesrepublik kennt. Ich habe gesagt, ich bin in die Bundesrepublik übergetreten und habe mich unter den Schutz bundesdeutscher Sicherheitsbehörden gestellt. Die Formel möchte ich doch noch einmal ausdrücklich betonen, und die ist wohl auch sicher vorzufinden. Wohin sollte ich gehen, frage ich Sie? Einen Weg zu den Bürgerbewegungen in der DDR hat es nicht gegeben. Das würde auch sehr weit führen, wenn ich hier meinen Grund angebe, warum ich übergetreten bin und gesagt habe, das und das ist die Art der Bedrohung, ich weiß keinen anderen Ausweg, deshalb stelle ich mich unter den Schutz der Bundesrepublik. Im übrigen, Herr Poppe, zur Erinnerung, die Bundesrepublik hat nicht nur durch den Aufruf Franz Josef Strauß' an die Soldaten der Bewaffneten Kräfte 1963, immer schon eine Politik verfolgt, die darauf gerichtet war, gerade die Mitarbeiter der Staatssicherheit, die Aufklärer der Nationalen Volksarmee etc. auch zu solch einem Schritt zu bewegen. Ich habe darin nichts Verwerfliches gesehen. Ich sehe heute auch nichts Verwerfliches darin. Abgesehen davon mache ich auch aus meinem Motiv überhaupt keinen Hehl. Ich bin aus sehr egoistischen Gründen, im Interesse meines Lebens, übergetreten und habe natürlich die Bereitschaft damit verbunden, all' die Geheimnisse darzulegen, die ich dem deutschen Staat geben kann im Zusammenhang mit diesem Ministerium für Staatssicherheit. Ich habe insofern, Herr Mitter, natürlich keinen Einblick in den Erkenntnisstand des Bundesnachrichtendienstes über das Ministerium für Staatssicherheit, wie sollte ich denn auch. Das wäre ja etwas ganz Schlimmes, wenn so etwas eingetreten wäre. Allerdings ist mir aus meiner früheren Arbeit in der HVA, insbesondere durch Materiallieferungen aus der Gegenspionage, aus der Abteilung 9 der HVA, manches bekannt geworden über den Erkenntnisstand des Bundesnachrichtendienstes, so weit es die Streitkräfte und die Militärpolitik des Warschauer Paktes und der DDR angeht. Das war auch mein Tätigkeitsfeld. Aber über den Erkenntnisstand des BND über das MfS habe ich natürlich keine Erkenntnisse bekommen. Um es mal zusammenzufassen, ich habe solch eine Erkenntnis weder im Osten noch im Westen bekommen können. Also damit kann ich nicht dienen. Im übrigen, wenn ich das auch dozierend vielleicht anfügen darf: Die eigentliche Kompetenz liegt doch wohl beim Bundesamt für Verfassungsschutz; was die Aktivitäten des BND angeht, so habe ich das gelernt und so hat es sich wohl auch bestätigt, beschäftigte sich der BND mit dem MfS nur, eben soweit es den Eigenschutz der eigenen Organisation betraf, und so ist wohl auch die gesetzliche Grundlage. Das war das zweite, das dritte zu Herrn Schult. Ich würde mich also gegen diese etwas simplifizierende, wenn nicht gar unterstellende Formulierung wenden, von einem Nachrichtendienst zum anderen übergewechselt zu sein. So habe ich den Schritt nicht betrachtet, weder persönlich noch politisch. Ich habe dazu hier schon etwas gesagt, deshalb will

ich mich jetzt hier in eine Polemik nicht begeben. Und die Formulierung, „wenn der BND schon hier ist“ das bezogen auf die Präsenz meiner Person, das ist nun wirklich danebengegriffen. Hier sitzt nicht der BND, hier sitzt der deutsche Bürger Dr. Heinz Busch und sein gegenwärtiger Status ist, das darf ich hier sagen, arbeitslos. Das ist alles, was dazu zu sagen ist. Welche Kenntnisse ich habe, wollten sie noch wissen, Herr Schult. Von einem möglicherweise oder tatsächlich stattgefundenen Umstand, daß beim Sturm auf die MfS-Zentrale am 15. Januar abends, Akten mitgegangen sind. Ich kann dazu überhaupt nichts sagen. Ich war an diesem Tag nicht mehr dort. Ich bin am Morgen des 15. Januar in die Bundesrepublik Deutschland übergewechselt. Wenn Sie aber meine Meinung dazu wissen wollen, ich sage sie hier gern. Die Art und Weise, wie dort verfahren worden ist, es ist ja auch hier und da in der neueren Literatur schon behandelt worden, im großen und ganzen was die Fragestellung angeht, meiner Ansicht nach zu Recht. Z.B. der Umstand, daß das Haus 15 des MfS-Komplexes, also das Hauptquartier der HVA, nicht berührt wurde, gibt natürlich schon zu denken und ich würde das auch nicht ausschließen, daß hier doch Kräfte des MfS sehr aktiv mitgewirkt haben. Ich würde auch, wenn dieser Komplex untersucht wird, nicht nur vordergründig die physische Mitwirkung ins Auge fassen, sondern auch die inspirierende Mitwirkung von noch intakten Strukturteilen, von Abwehrdiensteinheiten und auch von der Aufklärung. Das ist schwer zu sagen. Es gibt ja eine interessante Formulierung in der Veröffentlichung von Rösler und Richter, über die auch in den letzten Tagen funktionierende, weitreichende Steuerung von Kräften der Opposition durch die HVA, nicht durch das MfS, sondern sie sagen es ausdrücklich durch die HVA. Hier kann durchaus einiges gelaufen sein. Ob sich das allerdings darauf erstreckt hat, nun auf diese Weise in den Besitz von Akten zu kommen, das vermag ich nicht zu sagen. Die Bilder, die gekommen sind über die Medien, geben dafür keinen Anhalt. Soweit man sehen konnte, war man ja an anderen materiellen sensationellen Funden, an sog. Westwagen etc. dort viel mehr interessiert. Aber wie gesagt, ich kann sachkundig dazu nichts sagen, ganz einfach, weil ich nichts weiß.

Meine Rolle am Runden Tisch selber einzuschätzen, ist schwierig. Ich bin von General Großmann beauftragt worden, am 9. Januar diese Aufgabe wahrzunehmen und habe, auf das wesentliche reduziert, zwei Amtshandlungen vorgenommen. Ich habe mich getroffen mit dem Beauftragten der Regierung Modrow, Dr. Peter Koch, in dem Haus der Elektronik und Elektrotechnik am Alexanderplatz, um mich mit ihm bekanntzumachen, mich vorzustellen und zu sehen, von welchen instruktiven Grundlagen geht er aus, weil ich selber von meinem Vorgesetzten überhaupt keine Sachinstruktionen bekommen habe. Und das zweite, ich habe dann teilgenommen am 11. Januar, an der Sitzung der Kommission für Sicherheit des Rundes Tisches. Dort habe ich Sie, Herr Schult, auch das erste Mal gesehen und einige andere Herren, die ich heute

hier gesehen habe. Das war der Abend, wo es um die Vorbereitung der Tagung des Zentralen Runden Tisches für den 15. Januar ging. Das war alles, was ich dazu sagen kann. Die Möglichkeit dort zu wirken war, sie waren ja selbst Zeuge, nicht sehr groß. Die Versuche, auch der anwesenden Kollegen von den zentralen Dienstseinheiten, etwas zu korrigieren und zu animieren, ausführlicher und konkreter zu werden, ging dann ja unter in internen Debatten, die die Mitglieder der Kommission selber mit sich hatten. Zu diesem Zeitpunkt habe ich noch nicht übersehen können, daß das nicht nur mein erster, sondern zugleich auch mein letzter Tag der Mitwirkung in diesem Gremium ist. Mehr kann ich dazu im Augenblick nicht sagen.

Der konkrete Auftrag von General Großmann war: Begebe dich zu Dr. Peter Koch und nimm dort am Zentralen Runden Tisch die Interessen unserer Hauptverwaltung wahr. Damals wurde auch schon der Begriff Nachrichtendienst der DDR verwendet, obwohl er noch nicht offiziell sanktioniert war. Alles andere stimme ab mit Oberst Eschberger, das war der Beauftragte von Generalmajor Engelhardt. Aber zu solchen Abstimmungen ist es nicht mehr gekommen. Ich bin also im Grunde genommen unausgestattet mit instruktiven Hinweisen dort hingegangen, zunächst einmal mit dem Vorsatz, sowie man das als Offizier gelernt hatte: „Na gut, wenn dir deine Vorgesetzten nichts sagen, dann sondiere einmal selber die Lage und höre erst mal“. Im übrigen war das ein Grund der Auseinandersetzung mit Großmann, der dann zu den weitgehenden Differenzen geführt hat, nämlich daß kein Auftrag erteilt wurde.

Lothar Tautz: Wenn Herr Mielke singemäß gesagt hat, wir haben es vorhin von Frau Eigenfeld schon gehört, die „inoffiziellen Mitarbeiter sind die beste Waffe in der Hand des MfS gegen feindlich negative Kräfte“, dann wird ja schon dargestellt, wie die Gewichtung ist. Ich meine, die Gewichtung ist bloß in unserer Diskussion falsch. Auch heute kam das wieder, für mein Empfinden jedenfalls, nicht ganz richtig raus. Wir sprechen immer über die inoffiziellen Mitarbeiter, das ist auch wichtig, das ist ganz klar, aber viel zu wenig über die Verantwortung der Führungsoffiziere. Ich bin, das ist das Positive, was ich heute erlebt habe, sehr froh darüber, daß heute endlich mal die Verantwortung der SED-Funktionäre in den Kreis- und Bezirksdienststellen und weiter nach oben zur Sprache kam und auch belegt worden ist. Denn auch dies ist bisher in öffentlichen Diskussionen viel zu wenig, nach meinem Empfinden, zur Sprache gekommen. Ich wollte eigentlich selbst noch etwas zu den Unterschiedlichkeiten der inoffiziellen Mitarbeiter sagen. Aus meiner persönlichen Erfahrung, unter den zwei Dutzend etwa, die auf mich angesetzt waren, waren zwei dabei, die über 15 Jahre aus meinem engsten Familien- und Freundeskreis berichtet haben und auch dazugehörten, die sich von selbst noch im Jahr 1991 offenbart haben. Es sind die meisten darunter gewesen, Leute, die mir eigentlich egal sind, die auch nicht so interessant berichtet haben, daß ich da irgendwelche Konsequenzen daraus ziehen würde. Einen muß ich

vielleicht erwähnen, den würde ich unter Zurücklassung aller christlichen Nächstenliebe wahrscheinlich verprügeln, wenn ich ihn einmal auf der Straße treffen würde. Der hatte den Auftrag, durch ein Liebesverhältnis über meine minderjährige Tochter in die Wohnung zu kommen. Aber ich bin stolz auf meine Tochter. Sie hat dieser Versuchung erfolgreich widerstanden; er ist bei ihr nicht gelandet. Insofern bloß die Prügelstrafe. Es gibt aber auch noch, und das will ich jetzt ernsthaft sagen, einen, wo ich mit einigen Freunden überlege, ob wir einen Prozeß anstreben, weil durch dessen Aussage eine Familie 1989 sehr viel leiden mußte, da zwei Familienangehörige, Vater und auch minderjährige Tochter, deswegen 1989 ins Gefängnis gekommen sind. Das kann man und sollte man so nicht stehenlassen. Dennoch bin ich insgesamt der Meinung, immer noch, und deswegen möchte ich meinen Wunsch von heute Vormittag wiederholen, daß wir noch zu einer differenzierteren Betrachtungsweise der Tätigkeit der inoffiziellen Mitarbeiter kommen sollten und wir sollten vielleicht, und da beziehe ich mich selbst mit ein, auch schon in der Terminologie darauf achten, was wir sagen. Diese Kürzel OV, OPK etc., das sind ja typische Formulierungen der DDR-Sprachkultur, die das MfS ganz besonders gepflegt hat und die mit Herabwürdigung des Menschen, der dahinter stand, etwas zu tun hat. Wir sagen ja auch immer, ich sag es ja selbst viel zu oft, IMs. Ich möchte mir gerne selber Mühe geben, zumindest es auszusprechen und „inoffizieller Mitarbeiter“ zu sagen und damit auch zum Ausdruck bringen, daß ich schon immer noch den Menschen dahinter sehen will. Ansonsten will ich nur wiederholen, was der Walter Schilling vorhin gesagt hat. Wenn ein IM ein Freund gewesen ist, bleibt er das auch nach seiner Enttarnung, ob er es selbst getan hat oder ob es durch die Akteneinsicht geschehen ist. Für mich jedenfalls kann eine Freundschaft, wenn sie gut ist, auch ganz schlimme Krisen aushalten. Es geht nicht immer gut, das kann man nicht vorprogrammieren, aber bei mir ist es so gewesen. Das will ich noch einmal sagen. Wie wohl ich weiß, daß andere, ganz andere Erfahrungen gemacht haben und auch seelische Schäden davongetragen haben, die nicht heilbar sind und schon gar nicht durch meine Worte und meine Erfahrung.

Franz Pfitzenreuter: Ich versuche eine Antwort auf die vielen Fragen zu geben. Ich danke erst einmal den Leuten, die dafür gesorgt haben, daß ich heute hier sein kann. Ich habe in den letzten drei Jahren in Thüringen nicht die Möglichkeit gehabt, diese vielen Probleme, und das ist nur die Spitze vom Eisberg, anzusprechen und rechtsstaatlich zu behandeln. Ich bin seit Mitte des Jahres 1990 vom Rechtsstaat äußerst enttäuscht. Von diesem Rechtsstaat besonders enttäuscht, weil ich nicht mehr sehe, daß hier die Probleme ernstlich angepackt werden. Ich habe hier im letzten Satz gesagt, ich möchte mein Wissen kompetenten und zuverlässigen Stellen überlassen, und wenn ich feststelle, daß das gegeben ist, bin ich gern bereit auch das zu tun, was jetzt möglicherweise ein Selbsttor werden kann. Ich bin bereit zu sagen, wo die

Unterlagen und die Belege für das, was ich gesagt habe, zur Zeit liegen. Ich kann hier sagen, daß einige im Bürgerkomitee Unterlagen und Belege noch besitzen, die vielleicht schon beim Staatsanwalt oder der Gauck-Behörde sein müßten. Ich will auch nicht weiter ins Detail gehen. Der Verfassungsschutz war auch zwischenzeitlich beteiligt. Aber das Ergebnis ist, wie gesagt, gleich Null. Ich versuche, die Fragen nach meinen Notizen zu beantworten. Ich habe sehr viele detaillierte Informationen erhalten von Offizieren des MfS in den ersten Monaten 1990. Da hatte ich den Eindruck, daß die Herren so ein bißchen Schuldgefühl hatten und ich habe aufgrund meiner Position sie dann auch eingeladen. Ich war ein blutiger Laie, hatte aber ihr Wachbuch sichergestellt und konnte sehr leicht feststellen, wer war wann und wo. Ich habe sie einfach eingeladen und sie sind auch erschienen, mit hängenden Köpfen, und ich habe Fragen gestellt. Bis heute hat sich gezeigt, daß alle ihre Antworten mehr oder weniger richtig waren, leicht übertrieben, aber nicht total falsch. Sie haben mich dort nicht belogen. Darum muß ich auch heute davon ausgehen, daß es eine zentrale Regelung gab zur Sicherung der Macht. Wenn ich von Herrn Schwenke weiß, daß die GVS alle sehr geordnet vorhanden waren, nur eine einzige Dienstanweisung von 1986 dort in der großen Reihe in der Normannenstraße im Panzerschrank fehlt, muß ich davon ausgehen, daß es die entscheidende Weisung gab. Ich denke, man wird sie eines Tages finden oder direkte Belege dafür finden. Die Offiziere, die ich befragt habe, waren in der Größenordnung dienstgradmäßig Major oder Oberleutnant. Sie haben alle einheitlich gesagt, auf meine Fragen und ich habe damals 10 - 20 dieser Herrn immer mit derselben Frage bombardiert: Warum ist das nicht losgegangen, warum habt ihr nicht geschossen usw.? Da haben sie immer wieder gesagt: Der KGB-Offizier hat uns das verboten, die Rote Armee hat uns im Stich gelassen. Dazu kam, was heute schon erwähnt wurde, die Fehlinformation. Sie sind mit ihren Kreisdienststellen zur Grenze marschiert und haben dort die Grenze verstärkt und die Kreisdienststellen selber waren unterbesetzt. Bei uns in Worbis, wo wir ankamen, waren noch fünf Mann da. Die hätten wir mit dem Knüppel erschlagen. Die hatten keine Chance mehr, die hatten Fehlinformationen. Das ist so meine Sicht. In der durchgeführten Wahl vom 6. Mai 1990, so hat sich in unserem Landkreis gezeigt, daß von den 58 Kreistagsabgeordneten, 8 Mitglieder inoffizielle Mitarbeiter mit Akten waren. Davon war einer SED-Genosse; die restlichen waren in der CDU. Die anderen Parteien, die da noch tätig waren, hatten keinen IM dabei. Von den gewählten Bürgermeistern, von den enttarnten Bürgermeistern, waren 20 % von 52 inoffizielle Mitarbeiter. Alle Enttarnten waren CDU-Mitglieder. Zu der Problematik inoffizieller Mitarbeiter in den alten Bundesländern: Auch dort gab es Gespräche mit einem Offizier, der selber welche betreut hat und der hat belegt, daß die Bezirksverwaltung Erfurt dreitausend inoffizielle Mitarbeiter selbst betreut hat, die nicht zur Hauptabteilung Aufklärung von Markus Wolf gehörten. Und in der ersten Akte, die wir hier grenzüberschreitend gelesen

haben, von den Brüdern Gerlach, waren 41 IMs. Die, die wir bisher noch nicht mit Klarnamen enttarnen konnten, sind wahrscheinlich die aus Niedersachsen; denn die Karteikarten in der Suchkartei, die in der Gauck-Behörde in Erfurt liegen, sind „gefleddert“. Wie gehen wir mit den Namen und Personen um? Wir haben von den 41 Personen, 34 mit Klarnamen enttarnt. Dazu gehören drei inoffizielle Mitarbeiter aus dem Heimatort Duderstadt und die restlichen 7 oder 8 werden wir möglicherweise niemals erfahren oder man findet sie indirekt. Was können wir jetzt tun? Wir haben ja amtlich von der Gauck-Behörde die Klarnamen erhalten. In kleineren Orten geschieht es von alleine, weil die Herrn ja dort nicht unterirdisch wohnen. Was tun wir jetzt, was dürfen wir überhaupt noch? Das ist die Frage. Dürfen wir jetzt die 41 enttarnen oder sollen wir sie alle zum Bier einladen? Wir wissen es nicht. Meine Erkenntnisse zu den IMs. Sehr viele sind deshalb dort hineingeraten, weil man ihr Vorfeld in ihrem persönlichen Leben aufgeklärt hat und sie dann doch irgendwo genötigt hat. Aber dem Führungsoffizier hat das nicht genügt, einen zu haben, der ihm lustlos Schwindeleien untergebracht hat. Nach meinen Erkenntnissen haben die inoffiziellen Mitarbeiter letztendlich, mit oder ohne Gewissensbisse, diese Aktion als Verpflichtungserklärung benutzt. Für sie hat sich Tür und Tor geöffnet. Für sie war es die erste Stufe auf ihrer Karriereleiter. Wie weit ein inoffizieller Mitarbeiter informiert war oder informiert wurde von Führungsoffizieren, entschied man nach seiner Aufgabe, nach seiner Kategorie. War das ein relativ hoher, ein IMB, der im Westen etwas unternehmen sollte, der selbständig arbeiten mußte, wo er nicht nachfragen mußte, dann hat er auch gewußt, warum er das tut. War es ein kleiner GMS, der z. B. in der Landwirtschaft war, der Informationen gegeben hat, die hätten sie sich zehnmals woanders holen können, das waren nur Leute, oft nur Leute, die den Berichten nach auch eigentlich hätten eingesparrt werden können. Ich denke, die waren dabei, damit die Herrn Offiziere die Prämien kassieren konnten. Vielen Dank.

Klaus Schwalm: Herr Schilling hat sich vorhin kritisch zur Gauck-Behörde geäußert. Dies ist die Behörde des Bundesbeauftragten, die modernste Behörde, die von Verwaltungsfachleuten der Bundesrepublik aufgebaut worden ist mit einem großen finanziellen Opfer zuungunsten der Steuerzahler. Diese Behörde entspricht nicht ganz den Anforderungen, oder ist nicht auf diese Anforderungen zugeschnitten, die Herr Schilling stellte, nämlich zu einer Art Sozialtherapie zu kommen, Aufarbeitung/Umgang miteinander. Was die Behörde verlangt, ist das, was auch das Innenministerium verlangt, daß abrechenbare Ergebnisse gebracht werden, die statistisch erfaßbar sind. Und zwischen diesem Widerspruch einmal einer bürgernahen Arbeit und den Anforderungen, die vom Innenministerium gestellt werden, ist es schwierig zu lancieren. Die Akten lügen nicht. Akten sind Dokumente, sie können falsch interpretiert werden, sie können richtig interpretiert werden und das

Interpretationsergebnis kann trotzdem noch einmal falsch interpretiert werden. Die Akten wurden nicht angelegt zu dem Zweck, für die wir sie heute nutzen, sondern es war Arbeitsmaterial der Staatssicherheit, der Führungsoffiziere, die ihren Vorgesetzten gegenüber natürlich auch eine gute IM-Führung nachweisen mußten, mit einer guten Aktenführung und teilweise auch mit Beschönigungen. Die Einschätzungen der Führungsoffizieren, die sie über ihre geführten IM abgeben, haben einen gewissen Standard: zuverlässig, gewissenhaft, Treue, Pflichterfüllung, Phantasie, etc. Das sind so Sprachregelungen, die so ganz automatisch einfließen und wenn man das jetzt für bare Münze nimmt, sich ein Urteil über den IM erlaubt, ist das sicher falsch und dann kann man sagen, diese Aktenaussage ist erlogen. Für mich war von Anfang an diese Akte bei der Einsicht, über die wir Auskunft geben sollten, eine Auskunft über Akteninhalte, nicht über Menschen. Wenn die Auskünfte, die die Behörde gibt, mißverstanden werden, besteht allerdings die Gefahr, daß es den Anschein erweckt, als sei diese Behörde da, um einen Teil der Intelligenz der DDR abwickeln zu helfen. Wenn die Auskunft kommt, erfaßt als IM von - bis, und das ist ausreichend für den öffentlichen Arbeitgeber diesen Mann zu feuern, ist das falsch. Es liegt nicht im Verantwortungsbereich der Behörde, glaube ich, oder man müßte verlangen, daß die Behörde, wenn sie Auskünfte gibt, auch Interpretationshilfen mitliefert, wie diese Auskünfte zu behandeln sind. Zum Unrechtsbewußtsein der inoffiziellen Mitarbeiter. Diese Frage wurde auch gestellt. Es gab möglicherweise eine Ebene, wo sogar ein inoffizieller Mitarbeiter das Gefühl haben mußte, etwas gutes zu tun. Es gab nicht nur die Staatssicherheit, den BND, es gab ausländische Geheimdienste. Ich habe jetzt den Fall eines führenden medizinischen Wissenschaftlers der DDR, der natürlich aufgrund seiner Reisetätigkeit ins Ausland der Gefahr ausgesetzt war, abgeworben zu werden, für eine Universität in den USA. Dies mußte also dem Mitarbeiter, der in die USA fuhr, doch als ein Angriff auf das Gesundheitswesen der DDR erscheinen dürfen. Dieser Mitarbeiter wurde als IM geworben. Dieser medizinische Wissenschaftler wurde als IM des Ministeriums für Staatssicherheit, Abteilung XVIII, gewonnen und sollte sich offenhalten für die erwarteten Kontakte durch einen amerikanischen Dienst. Das Ansinnen, daß der amerikanische Dienst an diesen Wissenschaftler stellte, war, sich beruflich so zu qualifizieren, daß er eines Tages die Aufgabe, die er jetzt erfüllen könnte, noch deutlicher noch besser erfüllen könnte, nämlich bei einem Datentransfer behilflich zu sein, Gesundheitsdaten interessanter Persönlichkeiten der DDR gegen Geld einem amerikanischen Dienst abzuliefern. Gab es da nicht eine Motivation für gewisse Bereiche der Staatssicherheit, gegen diesen gegnerischen Dienst auch inoffizielle Mittel einzusetzen?

Thomas Rudolph: Ich möchte erst etwas sagen zur Frage der Abschöpfung und ob ein inoffizieller Mitarbeiter das wußte. Es gibt, wie im Bereich der Aufklärung, einen Begriff Kontaktperson. Dieser Begriff Kontaktperson, die in

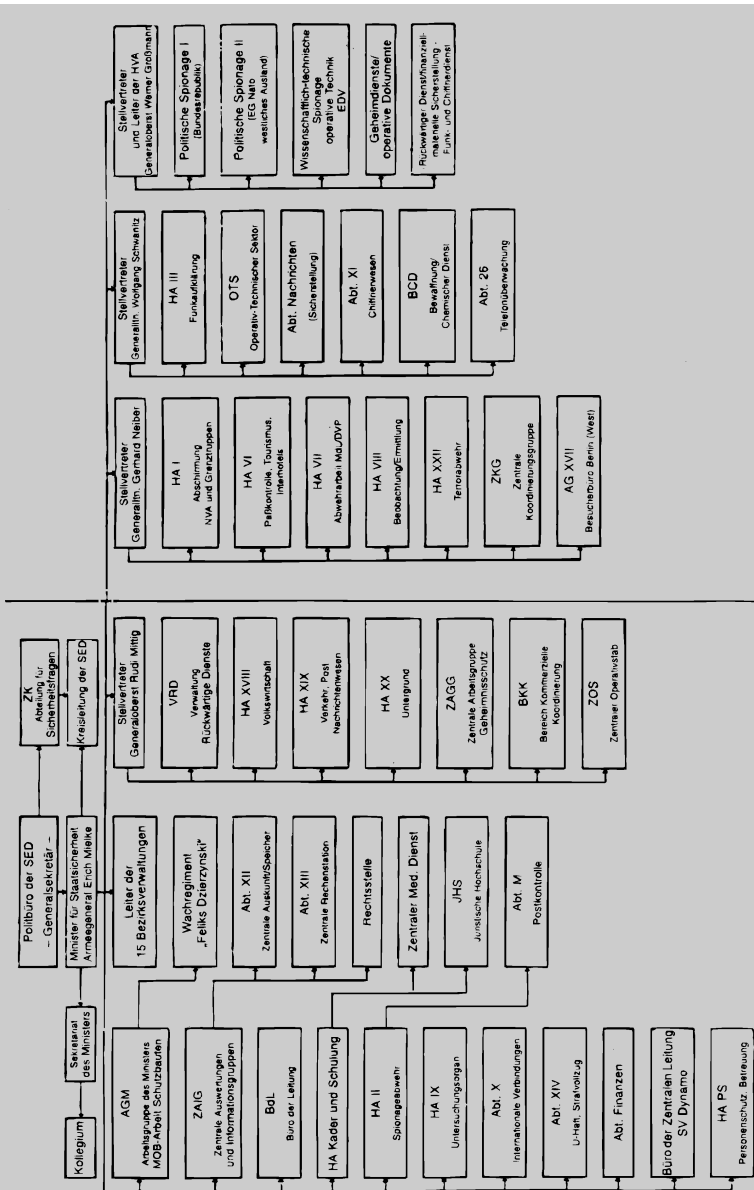
der Behörde des Bundesbeauftragten alle registriert sein müßten, umfassen die Personen, die ohne Wissen abgeschöpft worden sind; d. h.: Wenn eine Person aus Versehen zum inoffiziellen Mitarbeiter registriert worden ist, obwohl sie von Dienststeinheiten der Abwehr nur abgeschöpft worden ist, dann müßte es normalerweise durch die Kontrollgruppe, die zentrale Kontrollgruppe, ein Verfahren gegen diesen Mitarbeiter geben. Es gibt also für die Personen, die ohne ihr Wissen abgeschöpft werden, auch in den Abwehrdienststeinheiten eine eigene Kategorie.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hätte mich an sich vorhin gerne zu ein paar Fragen melden wollen. Das ist aber untergegangen, deshalb möchte ich jetzt auch die Fragen nicht mehr stellen, sondern ich möchte nur eine kurze Bemerkung machen. Einmal, daß mich doch die Aussagen der Zeitzeugen wieder tief betroffen gemacht haben. Ich habe mich ja selbst lange Jahre mit dem Phänomen Staatssicherheit auseinandergesetzt und intensiv damit beschäftigt, und doch bin ich immer wieder bestürzt und betroffen, was eben doch alles möglich war. Und das führt mich zu der fast zwingenden Erkenntnis, daß die Erblast dieses schrecklichen Überwachungs- und Unterdrückungsapparates noch lange, lange nicht getilgt ist. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Das war im Grunde ein Schlußwort. Ich möchte aber einen kleinen Schimmer noch dazu setzen, wenn ich darf. Herr Fricke, ich glaube, das hängt ein bißchen auch von uns allen ab. Wie wir diese schwere Last in den nächsten Jahren tragen und darum glaube ich, war es ganz gut, daß wir hier zusammengekommen sind. Darum bei aller, mir sehr verständlichen Kritik, auch einen Dank an die Gauck-Behörde, Herr Schwalm, die Sie hier vertreten, weil so manche Erkenntnis, die wir heute haben, wir eben nicht hätten, wenn es diese Behörde nicht gäbe. Ich möchte hier nochmals allen ganz herzlich danken. Ich hoffe, daß Sie, die Sie hier heute uns das gesagt haben, oder die, die zugehört haben, die Erkenntnis mitnehmen können, daß uns die Aufgabe, die uns gestellt worden ist, eine ernste Aufgabe ist und nach bestem Wissen versuchen, diese Aufgabe zu lösen, und daß vielleicht auch deutlich geworden ist, wenn sie es nicht schon wußten, daß wir diese Aufgabe ohne Sie nicht lösen können. Ich möchte Sie noch auf zwei Dinge hinweisen. Einmal auf ein Versprechen, das ich vorhin gegeben habe. Wir werden wahrscheinlich die Anhörung in „Zur Sache“ drucken. Wer das gerne haben möchte, möchte seinen Namen hier lassen. Wir werden uns bemühen, gerade das Material zu der heutigen Anhörung, so schnell wie nur irgend möglich, herauszubringen und ich möchte sie noch auf etwas hinweisen: Die nächsten öffentlichen Anhörungen sind am 26. und 27. Januar 1993, in Berlin. Sinnigerweise, wie ich meine, im ehemaligen ZK-Gebäude der SED zum Thema „Machtstrukturen der SED“. Kommen Sie gut nach Hause, ein gutes Wochenende, tragen Sie Ihre Last.

Anlagen

Schaubild Strukturschema des MfS (Stand 1. Oktober 1989)



*Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit**Vom 8. Februar 1950*

§ 1

Die bisher dem Ministerium des Innern unterstellte Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft wird zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Das Gesetz vom 7. Oktober 1949 über die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (GBI. S. 2) wird entsprechend geändert.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Berlin, den 8. Februar 1950

Das vorstehende, vom Präsidenten der Provisorischen Volkskammer unter dem 10. Februar 1950 ausgefertigte Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 18. Februar 1950

Der Präsident
der Deutschen Demokratischen
Republik
W. Pieck

Quelle: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950, Nr. 15, S. 95

U/30.7.1969

Verteiler:

- | | |
|-----------------------------------|---------------|
| 1. Expl. 1 Bl. Gen. Mielke | Geheime |
| 2. Expl. 1 Bl. Gen. Borning | Kommandosache |
| 3. Expl. Bl. Gen. | – Beschluß – |
| 4. Expl. Bl. Gen. | NVR |
| 5. Expl. Bl. Gen. | |
| 6. Expl. Bl. Gen. | |

Ausfertigung insges. 11 Blatt**Betrifft:** *Statut des Ministeriums für Staatssicherheit*

1. Das Statut des Ministeriums für Staatssicherheit wird bestätigt.

Anlage 5

2. Der Minister für Staatssicherheit hat die zur Durchsetzung des Statutes erforderlichen Maßnahmen zu treffen.
3. Das Statut des Ministeriums für Staatssicherheit ist nicht zu veröffentlichen.

STATUT
DES
MINISTERIUMS FÜR STAATSSICHERHEIT
DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

- I. *Stellung und Hauptaufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR*

§ 1

- (1) Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ist ein Organ des Ministerrates. Es gewährleistet als Sicherheits- und Rechtspflegeorgan die staatliche Sicherheit und den Schutz der Deutschen Demokratischen Republik.
- (2) Das MfS verwirklicht seine Aufgaben auf der Grundlage
 - des Programmes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,
 - der Beschlüsse des Zentralkomitees und des Politbüros des Zentralkomitees der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

- der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, der Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer
 - der Erlasse und Beschlüsse des Staatsrates
 - der Beschlüsse und Anordnungen des Nationalen Verteidigungsrates und der Befehle, Direktiven und Weisungen seines Vorsitzenden
 - der Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates sowie anderer allgemeinverbindlicher Rechtsvorschriften.
- (3) Die Tätigkeit des MfS konzentriert sich auf die Aufklärung und Abwehr zur Entlarvung und Verhinderung feindlicher Pläne und Absichten der aggressiven imperialistischen Kräfte und ihrer Helfer und dient
- der Festigung und Stärkung des sozialistischen Staates als der politischen Organisation der Werktätigen, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen
 - der Sicherung der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus
 - dem Schutz der verfassungsmäßigen Grundrechte und des friedlichen Lebens der Bürger.

§ 2

Die Hauptaufgabe des MfS zum Schutze der Souveränität, bei der allseitigen politischen, militärischen, ökonomischen und kulturellen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, der Sicherung der sozialistischen Errungenschaften und der Staatsgrenze mit spezifischen Mitteln und Methoden bestehen darin:

- a) feindliche Agenturen zu zerschlagen, Geheimdienstzentralen zu zersetzen und andere politisch-operative Maßnahmen gegen die Zentren des Feindes durchzuführen und
 - ihre geheimen subversiven Pläne und Absichten, ihre konspirative Tätigkeit insbesondere gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder offensiv aufzudecken
 - durch rechtzeitige Aufdeckung geplanter militärischer Anschläge und Provokationen gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder dazu beizutragen, Überraschungshandlungen zu verhindern;
- b) entsprechend den übertragenen Aufgaben alle erforderlichen Maßnahmen für den Verteidigungszustand vorzubereiten und durchzusetzen;
- c) Straftaten, insbesondere gegen die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, den Frieden, die Menschlichkeit und Menschenrechte

- sowie gegen die Deutsche Demokratische Republik aufzudecken, zu untersuchen und vorbeugende Maßnahmen auf diesem Gebiet zu treffen;
- d) die zuständigen Partei- und Staatsorgane rechtzeitig und umfassend über feindliche Pläne, Absichten und das gegnerische Potential sowie über Mängel und Ungesetzlichkeiten zu informieren;
 - e) die staatliche Sicherheit in der Nationalen Volksarmee und den bewaffneten Organen zu gewährleisten;
 - f) in Zusammenwirken mit den staatlichen Organen, insbesondere dem Ministerium für Nationale Verteidigung und dem Ministerium des Innern die Staatsgrenze mit spezifischen Mitteln und Methoden zu schützen und unter Einbeziehung der Organe der Zollverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik den grenzüberschreitenden Verkehr zu sichern;
 - g) eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

§ 3

(1) Das MfS hat zu gewährleisten, daß die staatlichen, wirtschaftlichen, dienstlichen und militärischen Geheimnisse allseitig gegen jede Form der Verletzung der Geheimhaltung geschützt und gesichert und deren personelle Träger in die Maßnahmen des allumfassenden Geheimnisschutzes einbezogen werden.

(2) Das MfS hat in Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen und Einrichtungen, die mit Verschlusssachen (Tatsachen, Nachrichten, Pläne, Forschungsergebnisse, Zeichnungen und Gegenstände, die aus politischen oder wirtschaftlichen Interessen oder zum Schutze der DDR geheimzuhalten sind) arbeiten, die Grundsätze für die Arbeit mit Verschlusssachen durchzusetzen, einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Fragen der Sicherheit und Ordnung.

§ 4

(1) Das MfS führt den Kampf gegen die Feinde in enger Zusammenarbeit mit den Werktätigen und mit Unterstützung aufrechter Patrioten. Auf der Grundlage des Vertrauens und der bewußten Verantwortung der Bürger ist die revolutionäre Massenwachsamkeit in der Deutschen Demokratischen Republik weiter zu erhöhen. Das MfS stützt sich dabei auf eine breite gesellschaftliche Basis, um die Sicherheit der Staats- und Gesellschaftsordnung in noch größerem Umfang zu gewährleisten und zu einer weitgehenden Reduzierung und Ausschließung störender und hemmender Faktoren der Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen beizutragen.

(2) Das MfS erfüllt die Abwehr- und Aufklärungsaufgaben unter Anwendung spezifischer Mittel und Methoden.

§ 5

- (1) Das MfS arbeitet eng mit anderen staatlichen Organen zusammen, insbesondere mit den Schutz- und Sicherheitsorganen sowie den Rechtspflegeorganen.
- (2) Das MfS hat das Recht, zu allen Problemen der staatlichen Leitung, durch die Fragen der staatlichen Sicherheit berührt werden, Stellung zu nehmen und Vorschläge zu machen. Im Rahmen der allgemeinverbindlichen Rechtsvorschriften und Beschlüsse ist es befugt, Forderungen gegenüber den zuständigen Stellen zu erheben.
- (3) Das MfS arbeitet im Rahmen seiner Zuständigkeit allgemeinverbindliche Rechtsvorschriften aus.

§ 6

Das MfS wirkt auf der Grundlage internationaler Verträge und Vereinbarungen im Kampf gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind mit den Sicherheitsorganen sozialistischer Staaten zusammen.

§ 7

Die wissenschaftliche Führungs- und Leitungstätigkeit im MfS richtet sich vor allem auf:

- die Arbeit am Feind und das Eindringen in politische, militärische, ökonomische und wissenschaftliche Zentren des Feindes
- diesbezügliche prognostische und perspektivische Planungen
- Konzentration, Spezialisierung und Koordinierung aller Kräfte, Mittel und Möglichkeiten auf die zielstrebige Lösung der Schwerpunktaufgaben
- systematische Kontrolle des Standes der Erfüllung der Aufgaben und der Analyse der Ergebnisse
- Anwendung neuester Mittel und Methoden in der politisch-operativen Arbeit.

II. *Leitung des MfS*

§ 8

- (1) Der Minister leitet das MfS nach dem Prinzip der Einzelleitung. Er ist persönlich für die gesamte Tätigkeit des MfS verantwortlich und der

Volkskammer, dem Staatsrat, dem Nationalen Verteidigungsrat und dem Ministerrat rechenschaftspflichtig.

(2) Bei Verhinderung des Ministers übernimmt der 1. Stellvertreter des Ministers und bei dessen Verhinderung ein vom Minister beauftragter Stellvertreter des Ministers die Vertretung.

§ 9

Die Stellvertreter des Ministers sind gegenüber dem Minister für die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

§ 10

(1) Der Minister legt die sich aus der Arbeit des MfS ergebenden Fragen, deren Entscheidung dem Nationalen Verteidigungsrat oder dem Ministerrat obliegt, den genannten Organen vor.

(2) Der Minister erläßt im Rahmen seiner Zuständigkeit allgemeinverbindliche Rechtsvorschriften sowie Dienstvorschriften, Befehle und andere dienstliche Bestimmungen.

§ 11

Beim MfS besteht ein Kollegium als beratendes Organ des Ministers. Die Mitglieder des Kollegiums werden vom Minister berufen.

§ 12

(1) Das MfS gliedert sich in Diensteinheiten entsprechend der bestätigten Struktur.

(2) Die Leiter der Diensteinheiten sind im Rahmen ihrer Zuständigkeit ihrem Vorgesetzten für die Lösung der Aufgaben des MfS in ihrem Bereich verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

III. *Entwicklung und Förderung der Angehörigen des MfS*

§ 13

(1) Die Angehörigen des MfS leisten im Kampf gegen die Feinde eine verantwortliche Arbeit. Die allseitige Erfüllung ihrer Aufgaben erfordert ihre Erziehung

- zu unverbrüchlicher Treue zur Partei der Arbeiterklasse und zur Arbeiter- und-Bauern-Macht
- zu enger Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen
- zu unerschütterlicher Siegeszuversicht des Marxismus-Leninismus
- zum sozialistischen Internationalismus
- zur Freundschaft mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten.

(2) Durch die richtige Auswahl und kontinuierliche Zuführung neuer Kader, die politisch-ideologische Erziehung und die Aneignung umfangreicher politisch-fachlicher und militärischer Kenntnisse und Fähigkeiten, den zweckmäßigen Einsatz und die planmäßige Entwicklung und Förderung der Angehörigen des MfS ist die militärische Disziplin und Einsatzbereitschaft des MfS ständig so zu erhöhen, daß alle gestellten Aufgaben mit hoher Qualität gelöst werden.

§ 14

(1) Die Angehörigen des MfS leisten den Fahneneid und haben die Pflicht, ihrem sozialistischen Vaterland, der Deutschen Demokratischen Republik, allzeit treu zu dienen.

(2) Der Dienst im MfS ist Wehrrersatzdienst. Die Angehörigen des MfS führen militärische Dienstgrade entsprechend der Dienstlaufbahnordnung.

IV. *Vertretung des MfS im Rechtsverkehr*

§ 15

Das MfS ist juristische Person und Haushaltorganisation.

Sein Sitz ist Berlin, die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik.

§ 16

(1) Das MfS wird im Rechtsverkehr durch den Minister vertreten. Bei Verhinderung des Ministers bestimmt sich seine Vertretung nach § 8, Absatz 2.

(2) Angehörige des MfS oder andere Personen können zur Vertretung des MfS durch den Minister bevollmächtigt werden. Der Minister kann das Recht zur Bevollmächtigung übertragen.

§ 17

Das Statut tritt mit Wirkung vom in Kraft.